

3111

**Tierärztliche Auswertung von Akten
des Stadtmagistrats Straubing
über Puschereien an Tieren aus der
1. Hälfte des 19. Jahrhunderts**

Doris Raudonat

*Diss
München
1986*



Aus dem Institut für Palaeoanatomie,
Domestikationsforschung und Geschichte der Tiermedizin
der Universität München

Vorstand: Prof. Dr. Joachim B o e s s n e c k

Tierärztliche Auswertung von Akten des Stadtmagistrats
Straubing über Puschereien an Tieren aus der
1. Hälfte des 19. Jahrhunderts

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der tiermedizinischen Doktorwürde
der Tierärztlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität
München

von
Doris Raudonat
aus
Berlin

München 1986

Gedruckt mit Genehmigung der Tierärztlichen Fakultät
der Universität München

Dekan: Prof. Dr. H. Zucker

Referent: Prof. Dr. J. Boessneck

Korreferent: Prof. Dr. H. Kraft

Tag der Promotion: 28. Februar 1986

Druck: Dissertationsdruck Novotny jr., 8135 Söcking/Starnberg

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Einleitung	1
B. Methodik	2
C. Die verwaltungspolitische Organisation Bayerns zu Beginn des 19. Jahrhunderts	5
I. Anmerkungen zur staatlichen Neuordnung Bayerns sowie zur Gerichts- und Verwaltungsorganisation Straubings am Anfang des 19. Jahrhunderts	5
II. Die Stellung des Magistrats	8
D. Übertragung und Beurteilung der Akten	12
I. Verfahren wegen Aderlaß an Tieren	12
1. Fallbeschreibung	12
2. Beurteilung	32
II. Verfahren wegen unberechtigter Vornahme von Kastrationen	47
1. Fallbeschreibung	47
2. Beurteilung	58
III. Verfahren wegen der Errichtung eines Kurstalles	70
1. Fallbeschreibung	70
2. Beurteilung	80
IV. Verfahren wegen unberechtigter Vornahme von Eingüssen an Tieren	89
1. Fallbeschreibung	89
2. Beurteilung	105
V. Gesuche um Zulassung zur tierärztlichen Praxis	118
1. Fallbeschreibung	118
2. Beurteilung	133

E. Diskussion	143
F. Zusammenfassung	147
Summary	148
G. Index juristischer Fachbegriffe	149
H. Literaturverzeichnis	151

A. Einleitung

Im Herbst 1984 entdeckte ich bei einem Besuch im Straubinger Stadtarchiv Akten des Magistrats der Stadt aus der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts, die wegen der Vornahme von "thierärztlichen Puschereien" angelegt worden waren. Die Durchsicht der Akten ergab, daß in Straubing im Zeitraum von 1803 bis 1854 insgesamt 13 Personen unterschiedlichen Berufes und Standes wegen der Vornahme von Puschereien an Tieren von Straubinger Tierärzten angeklagt wurden.

Kannte man in der Tierheilkunde auch bisher die Gewährungsschafftsklagen bei Viehmängeln, so ist die in den Akten vorliegende Form einer Beschwerde tiermedizinischen Inhaltes neu. Sie war möglich geworden durch die erste Reorganisation des Veterinärwesens in Bayern, die im Jahre 1810 durch das organische Edikt erfolgte. Dieses Edikt sicherte den sogenannten "wissenschaftlich gebildeten" Tierärzten ausdrücklich Schutz vor Puschern zu und war damit für die bayerischen Tierärzte jener Zeit die rechtliche Grundlage, bei den Obrigkeiten auf diesem Schutz zu bestehen.

Die Aufgabe der vorliegenden Arbeit ist es, anhand der Akten zu untersuchen, inwieweit die Bestimmungen des organischen Edikts vom 1. Februar 1810 zum Vollzug gekommen sind.

Darüberhinaus soll die gesellschaftliche Stellung des Tierarztes und seines Berufes in Bayern in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beleuchtet werden.

B. Methodik

Die Akten umfassen 285 Seiten und lagen mir als DIN A4-Fotokopien vor. Sie sind in 13 verschiedene Fälle gegliedert, wobei eine Akte jeweils eine Person betrifft, die oft mehrere Puschereien begangen hat. Jede Akte besitzt ein Titelblatt, auf dem sich in der oberen Blatthälfte die Bezeichnung "Acta des Stadtmagistrats Straubing" mit der jeweiligen Angabe des Jahres, in dem die Akte angelegt wurde, befindet. Die untere Blatthälfte wird von dem entsprechenden Betreff eingenommen. Am linken unteren Blattrand befindet sich die Registriernummer der Akten, die in allen Fällen

"Rep. I. Abthlg. 18.
ad. Reg. N^r. 4. "

lautet. Die Akten wurden von Straubinger Stadtschreibern in der Amtssprache damaliger Zeit in deutscher Kurrentschrift angefertigt. Die Schrift ist gut leserlich und kaum verblaßt.

Zunächst wurde die buchstabengetreue Übertragung aller vorliegenden Akten in lateinische Schrift vorgenommen. Anschließend wurde die alte Einteilung der Akten aufgehoben und eine neue Einteilung in folgende Themenkreise getroffen:

1. Beschwerden wegen der unberechtigten Vornahme von Aderlässen an Tieren
2. Beschwerden wegen der unberechtigten Vornahme von Kastrationen an Tieren
3. Beschwerde wegen der Errichtung eines Kurstalles
4. Beschwerden wegen der unberechtigten Vornahme von Eingüssen bei Tieren
5. Gesuche um die Zulassung zur tierärztlichen Praxis.

Die einzelnen Akten wurden innerhalb der Themenkreise nach dem Zeitpunkt der Anzeige geordnet. Jeder Themenkreis bildet ein eigenes Kapitel, wobei das Kapitel jeweils aus zwei Teilen besteht. Im ersten Teil werden die Akten auszugsweise, aber buchstabengetreu wiedergegeben. Den zweiten Teil eines Kapitels bildet die Beurteilung der Akten, wobei die Bearbeitung und die

anschließende Auswertung der Akten nach folgenden Kriterien vorgenommen wurde:

1. Situation der Tierärzte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts
 - a) Soziale und wirtschaftliche Stellung der Tierärzte und der Beklagten
 - b) Ausbildungsstand der Tierärzte
 - c) Bildungsgrad der Bevölkerung
 - d) Abhängigkeit der Tiermedizin von der Humanmedizin
2. Rechtliche Grundlage der Beschwerden
3. Verhalten des Stadtmagistrats Straubing den Tierärzten gegenüber.

Juristische Fachausdrücke werden im Index juristischer Fachbegriffe erläutert (s. u. S. 149 f).

Um die Lesbarkeit des Textes zu erleichtern, wurden von mir folgende redaktionelle Änderungen getroffen:

- / / Zwischen Schrägstrichen stehen von mir hinzugefügte Buchstaben oder Wörter
- () Runde Klammern in den Akten kennzeichnen doppelt geschriebene Wörter oder Buchstaben
- ... Drei Punkte markieren Auslassungen weniger wichtiger Textstellen in den Akten.

C. Die verwaltungspolitische Organisation Bayerns zu Beginn des 19. Jahrhunderts

I. Anmerkungen zur staatlichen Neuordnung Bayerns sowie zur Gerichts- und Verwaltungsorganisation Straubings am Anfang des 19. Jahrhunderts

Die Neuordnung des bayerischen Staates erfolgte kurz vor dem Ende des 18. Jahrhunderts (FREUNDORFER 1974, S. 305) unter der Regierung von Kurfürst Maximilian IV. Joseph, der 1806 als Maximilian I. Joseph den Königstitel annahm (CONRAD 1966, S. 303). Die bisher bestehende oberste Landesregierung – der geheime Rat – wurde 1799 durch vier Ministerien ersetzt. Dies waren die Ministerien des Innern, des Äußern, der Finanzen und der Justiz. Im Jahre 1808 kam als fünftes das Armeeministerium hinzu. 1802 begann man mit der Umorganisation der Mittelbehörden, wobei zunächst die "Innere Regierung" zu Landshut und anschließend die "Äußere Regierung" zu Straubing aufgelöst wurde. In Straubing errichtete man stattdessen ein Hofgericht, das die übergeordnete Behörde für die neu zu errichtenden Landgerichte darstellte (FREUNDORFER 1974, S. 305). Die Landgerichte bildeten ebenso wie die Stadt- und Patrimonialgerichte die Untergerichte der einzelnen Kreise (DÖLLINGER 1813, S. 107). Ihr Aufgabenbereich war sehr vielfältig. Sie waren die ersten Instanzen bei Zivilstreitigkeiten und zugleich die anweisenden Behörden in den "peinlichen Prozessen" (ebd., S. 106). Die Landgerichte hatten die Administrativjustiz inne (VOLKERT 1983, S. 530), worunter unter anderem die Kultur- und Gewerbestreitigkeiten sowie die Postbeeinträchtigungen fielen (DÖLLINGER 1835, S. 181). Die Landgerichte übten außerdem die Polizeistrafgerichtsbarkeit bei Polizeiübertretungen aus (s. u. S. 10), wobei sie Geldstrafen bis zu einer Höhe von 50 Gulden und Arreststrafen bis zu drei Tagen verhängen durften (VOLKERT 1983, S. 530).

In den Städten I. Klasse, aber auch in den Städten II. Klasse, in denen – wie in Straubing (FREUNDORFER 1974, S. 341) – ein eigener königlicher Kommissar aufgestellt war, bestand bezüglich der Stellung der Landgerichte eine Sonderregelung. Der

Magistrat wurde in diesen Städten — also auch in Straubing — als Distriktverwaltungsbehörde (= untere Polizeibehörde) den Landgerichten gleichgestellt (VOLKERT 1983, S. 546). Die Städte blieben damit der Kreisregierung unmittelbar untergeordnet (l. c.). Entsprechend der 1818 erfolgten Gliederung des Magistrates in einen Verwaltungs- und Polizeisenat, übte der Magistrat die gesamte Lokalpolizei aus (INSTRUCTION ÜBER DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG DER MAGISTRATE IN DEN STÄDTEN UND MÄRKTEN 1818, S. 4 ff), zu deren Resort auch die Behandlung von Polizeiübertretungen (s. u. S. 10) gehörte (ANMERKUNGEN ZUM STRAFGESETZBUCH FÜR DAS KÖNIGREICH BAIERN 1813, I, S. 80).

Die kleineren Städte und Märkte dagegen blieben einem Land- oder gutsherrlichen Gericht untergeordnet (MOY 1840, S. 416).

1808 wurde das Königreich in Kreise eingeteilt (DÖLLINGER 1813, S. 187), wobei Straubing zunächst zum Regenkreis kam (FREUNDORFER 1974, S. 305; s. u. S. 118). Durch die Umgestaltung der Kreise im Jahr 1810 gehörte Straubing dann zum Unterdonaukreis (FREUNDORFER 1974, S. 305). Das oberste Regierungsorgan der einzelnen Kreise bildete der Generalkommissär (DÖLLINGER 1813, S. 187), der das "gedachte Ministerium", d. h. Generalkreiskommissariat leitete. Dem Generalkommissär waren ein Kreiskanzlei-Direktor bei-, sowie drei bis fünf KreISRäte untergeordnet (ebd., S. 189). Der Wirkungskreis der Generalkreiskommissariate war überwiegend exekutiv und erstreckte sich auf staatsrechtliche, polizeiliche, militärische und staatswirtschaftliche Angelegenheiten (l. c.).

Ebenfalls 1808 erfolgte die Klassifikation der Städte nach der Einwohnerzahl in Städte I., II. und III. Klasse (DÖLLINGER 1817, S. 144 f). Nach FREUNDORFER (1974, S. 341) wurde im gleichen Jahr in Straubing ein Stadtgericht II. Klasse errichtet.

In den Städten I. und II. Klasse wurden außerdem königliche Kommissare aufgestellt (l. c.). In Straubing war bereits seit 1803 ein eigener Stadtkommissar tätig (KEYSER/STOBB 1974, S. 649), der — ähnlich wie der Generalkommissär dem Generalkreiskommissariat — dem Stadtkommissariat vorstand. Diesen

Stadtkommissariaten oblag, gemeinsam mit den Generalkreiskommissariaten, unter anderem die Handhabung der höheren Polizei (DÖLLINGER 1817, S. 143). Gleichzeitig waren die Stadtkommissariate als Kontrollorgane für die Magistrate tätig (VOLKERT 1983a, S. 89).

Straubing besaß seit 1806 ein eigenes Polizeikommissariat (zu den Befugnissen der Polizeikommissariate vgl. DÖLLINGER 1817, S. 147 ff) und ein Appellationsgericht (KEYSER/STOOB 1974, S. 649). Letzteres war die zweite Instanz bei Zivilstreitigkeiten und die erste Instanz bei "peinlichen" Rechtsangelegenheiten (DÖLLINGER 1813, S. 106).



II. Die Stellung des Magistrats

Im Jahr 1818 erschien die "VERFASSUNG UND VERWALTUNG DER GEMEINDEN IM KOENIGREICHE BAIERN", die unter anderem die Einteilung der Gemeinden und Städte neu regelte. Demnach wurden die Städte nach der Familienzahl neu eingeteilt (ebd., S. 8 f), wobei Straubing mit 1453 Familien (VON HERMANN 1850, S. 4) zu den Städten II. Klasse gehörte. Diese Gemeindeverfassung setzte gleichzeitig fest, daß in den Städten und größeren Märkten die Gemeindeverwaltung 1. von einem bürgerlichen Magistrat, 2. von einem Gemeindeausschuß, der sich aus den Gemeindebevollmächtigten zusammensetzte, und 3. von Distriktvorstehern, die dem Magistrat beigegeben waren, gehandhabt werden sollte. Der Magistrat war

"... der Vorsteher der Gemeinde, und zugleich der Beamte für die Verwaltung ihrer gemeinschaftlichen Angelegenheiten und ihres Vermögens" (VERFASSUNG UND VERWALTUNG DER GEMEINDEN IM KOENIGREICHE BAIERN 1818, S. 21).

Diese Formulierung macht deutlich, daß der Magistrat eine Doppelstellung innehatte. Einerseits war er als Gemeindevorsteher mit polizeilich-obrigkeitlicher Gewalt ausgestattet, andererseits bildete er als Beamter der Gemeinde zugleich das Gemeindeorgan (CLÉMENT 1934, S. 40).

Der Magistrat setzte sich in den Städten II. Klasse aus folgenden Mitgliedern zusammen: 1 Bürgermeister, 1 oder 2 rechtskundige Räte, 1 Stadtschreiber und 8 bis 10 Bürger (VERFASSUNG UND VERWALTUNG DER GEMEINDEN IM KOENIGREICHE BAIERN 1818, S. 22). Der Magistrat wurde durch die Gemeindebevollmächtigten gewählt (ebd., S. 27). Die Amtszeit des Bürgermeisters war auf sechs Jahre begrenzt. Genöß er das besondere Vertrauen der Bevölkerung, sowar die Wiederwahl möglich (ebd., S. 25). Die bürgerlichen Magistratsmitglieder wurden ebenfalls für sechs Jahre gewählt, allerdings so,

"... daß alle drey Jahre die Hälfte derselben nach der sie treffenden Reihe, das erstemal aber durch das Loos — austritt, und durch eine neue Wahl er-

setzt wird" (l. c.).

Die Bestätigung der gewählten Magistratsmitglieder erfolgte in den Städten II. Klasse durch die jeweilige Kreisregierung (ebd., S. 28).

Am 24. September 1818 erschien die "INSTRUCTION ÜBER DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG DER MAGISTRATE IN DEN STÄDTEN UND MÄRKTEN". Darin wurde festgesetzt, daß sich der Magistrat in den Städten I. Klasse sowie in

"... den Städten zweyter Classe, welche durch die Aufstellung eines besondern Commissäre's den königlichen Regierungen unmittelbar untergeordnet werden ..." (S. 6),

in einen Verwaltungs- und Polizeisenat gliedert (S. 4). Der Verwaltungssenat hatte die durch die Gemeindeverfassung festgesetzten Aufgaben zu übernehmen (l. c.). Dazu gehörte unter anderem die Ausübung aller

"... der bürgerlichen Corporation zustehenden Rechte im ganzen Umfange des Gemeinde-Bezirktes ..." (VERFASSUNG UND VERWALTUNG DER GEMEINDEN IM KOENIGREICHE BAIERN 1818, S. 28 f.).

Gleichzeitig leitete und beaufsichtigte der Verwaltungssenat

"Alle Öffentlichen Institute, die zur Erreichung des gesellschaftlichen Zweckes der Gemeinde errichtet sind, und aus Gemeinde-Mitteln erhalten werden ..." (ebd., S. 29).

Ihm stand ferner die Anstellung der Stadt- und Marktschreiber, sowie des Kanzleipersonals zu (l. c.). Der Magistrat verwaltete das Kommunal- und Stiftungsvermögen, sorgte für die Erhaltung der Gemeindegüter und dafür, daß die Gemeindeverbindlichkeiten erfüllt wurden (ebd., S. 30). Gleichzeitig war er zuständig für die Bewilligung von Heiratsgenehmigungen und verlieh Gewerbekonzessionen. Ferner leitete und beaufsichtigte der Magistrat das Bauwesen, die Leihanstalten sowie die Feuerlösch- und Beleuchtungsanstalten (ebd., S. 31). Dem Polizeisenat oblag die gesamte Lokalpolizei (INSTRUCTION ÜBER DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG DER MAGISTRATE IN DEN STÄDTEN UND MÄRKTEN 1818, S. 5), wobei auch

"... das bisherige untergeordnete Personal der Polizeydirectionen und Commissariate ..." verwendet werden sollte (l. c.).

In seiner Funktion als Lokalpolizei (MOY 1840, S. 416; s. u. S. 70) hatte der Magistrat nach dem Gewerbegesetz vom 11. Sep-

tember 1825

"... den berechtigten Gewerbs- oder Privilegieninhabern den erforderlichen Schutz gegen Anmaßung, Puschereien oder Eingriffe in ihre zuständige Gewerbsthätigkeit, oder bevorzugte Befugnisse auf Anrufen und von Amtswegen schleunigst zu gewähren ..." (DÖLLINGER 1838, S. 873).

Dementsprechend hatte die Polizei bzw. der Magistrat die Tierärzte, deren Tätigkeit zu den medizinisch-polizeilichen Gewerben zählte (ebd., S. 1012 f), vor den Übergriffen der Pfuscher in Schutz zu nehmen. Den Tierärzten war außerdem bereits durch das organische Edikt von 1810 zugesichert worden, daß ihre Obrigkeiten sie vor Pfuschern in Schutz nehmen würden (DÖLLINGER 1838a, S. 255).

Die Übergriffe der Pfuscher wurden als sogenannte Polizeiübertretungen bestraft (s. u. S. 95), worunter Handlungen verstanden wurden, die

"... zwar wegen Gefahr für rechtliche Ordnung und Sicherheit unter Strafe verboten sind, aber an und für sich selbst Rechte des Staats oder eines Unterthans nicht verletzen" (ANMERKUNGEN ZUM STRAFGESETZBUCHE FÜR DAS KOENIGREICH BAIERN 1813, S. 79 f).

Eine vergleichbare "Polizeiübertretung" in heutiger Zeit wäre das "Falschparken" eines Autos, bei dem man eine Ordnungswidrigkeit begeht und daher verwarnt wird.

Für die exekutive Polizei wurden in den Städten II. Klasse vorübergehend besondere Kommissare aufgestellt, die sich aus den Magistratsmitgliedern rekrutierten (INSTRUCTION ÜBER DIE GESCHAFTSFÜHRUNG DER MAGISTRATE IN DEN STÄDTEN UND MARKTEN 1818, S. 7).

Die in Straubing gewählten Magistratoren wurden 1819 von der Passauer Kreisregierung bestätigt. Darüber FREUNDORFER (1974, S. 341):

"... in der Stadt II. Klasse Straubing sei nicht nur die feierliche Einsetzung der Magistratoren und deren Einweisung in ihren Wirkungskreis erfolgt, sondern auch die Aus- und Einantwortung der Polizei-, Kommunal- und Stiftungsverwaltung sei vollzogen und somit der Magistrat konstitutionsgemäß tätig".

Tab. 1. Übersicht der Verfahren wegen Aderlaß. Nach dem Zeitpunkt der
Anklage geordnet.

Kläger	Beklagter	Datum der Anklage
Tierarzt Sporer aus Straubing	Anton Pallauf u. Michael Rappel	1. Juni 1837
Tierarzt Sporer	Xaver Wilhelm	19. Februar 1849
Tierarzt Sporer	J. Michael Wallner	13. März 1850
Tierarzt Sporer	Josef Froschauer	18. September 1850
Veterinärpraktikant Max Obich (tritt auf im Namen von Sporer)	Xaver Ibel	21. Dezember 1850
Tierarztassistent Max Obich	Josef Froschauer	7. November 1851
Tierarztassistent Max Obich	Josef Exler	2. Dezember 1852

D. Übertragung und Beurteilung der Akten

I. Verfahren wegen Aderlaß an Tieren

1. Fallbeschreibung

Im Zeitraum von 1837-1852 werden beim Stadtmagistrat Straubing insgesamt sechs Personen der Puscherei an Tieren angezeigt. Alle Beschuldigten sollen Aderlässe an Tieren vorgenommen haben. In drei Fällen, nämlich beim Schmiedemeister Pallauf, beim Veterinärpraktikanten Wilhelm sowie beim Schmiedsohn Wallner, tritt der Tierarzt Jakob Sporer aus Straubing als Kläger auf. Die Beschwerde, das heißt Anzeige gegen den Schmiedemeister Froschauer wird 1850 vom Tierarzt Sporer und 1851 vom "Tierarztassistenten" Max Obich geführt. Bei den letzten beiden Fällen, nämlich beim Schmiedemeister Ibel, tritt 1850 der "tierärztliche Praktikant" Max Obich als Kläger auf und Max Obich führt auch 1852 als "Tierarztassistent" die Beschwerde gegen den Schmiedemeister Exler.

a) Die Beschwerde des Tierarztes Jakob Sporer gegen den Schmiedemeister Anton Pallauf und den Tagelöhnersohn Michael Rappel, vom 1. Juni 1837

Der Tierarzt Jakob Sporer aus Straubing zeigt den Schmiedemeister Anton Pallauf aus Straubing und den Tagelöhnersohn Michael Rappel wegen Puscherei und Beeinträchtigung seiner Praxis beim Stadtmagistrat Straubing an. Beschwerdegründe gegen Pallauf sind die Vornahme eines Aderlasses, das Verabreichen von Klistieren und das Eingießen von Heiltränken bei einem kranken Pferd. Rappel dagegen wird generell der Behandlung kranken Viehes angeklagt. -

Die Beschwerde datiert vom 1. Juni 1837. Sporer wirft dem Schmiedemeister Pallauf vor, daß er

"... bei dem k. Bauconducteur

Freih. v. Pellkofen einem

kranken Pferde Heilge-

tränke eingegoßen, und
 Aderläße und Clystire
 vorgenommen hat ..."

Gegen den Tagelöhnersohn Michael Rappel führt er an, daß er

"... sich überhaupt
 durch Behandlung kranker
 Thiere fortzubringen
 sucht, und zu diesem Zwe/c/ke
 eigens auf dem Lande
 herum geht. -

Er bittet um Schutz gegen
 diese Beeinträchtigung.
 Pallauf giebt an, daß
 der Bauconducteur, welcher
 bei ihm arbeiten lasse,
 ihn ersucht habe, seinem
 kranken Pferde einen
 Heiltrank einzugiessen,
 und ein Clystir beizu-
 bringen, was er auch
 gethan habe, jedoch aus
 blosser Gefälligkeit, und
 ohne Entgeltung. Die Arz-
 neyen und die Clystir
 seyen jedoch schon bereitet
 da gewesen, und der Bau-
 conducteur (sic!) habe sie selbst
 verordnet. - Eine Ader-
 läße habe er bei diesem
 Pferde nicht vorgenommen,
 obwohl er nicht läugnen
 könne, daß er auf An-
 fo/r/dern jedesmal bei
 seinen Kundschaften den
 Pferden *entweder*
selbst oder durch seine
 Gesellen zur Ader lasse,

weil der Thierarzt
 unmöglich die vielen
 hiesigen Pferde allein
 versehen könnte. -
 Rappel giebt an, daß er
 nicht als Pfuscher, sondern
 als Unterhändler in
 Pferdkäufen auf dem
 Lande herum gehe.
 Daß er bei dieser Gelegen-
 heit hie und da auf Ansuchen
 den Pferden Ader lasse,
 und für kranke Pferde
 einen Rath ertheile könne
 er nicht läugnen; doch
 könne sich Sporer deßhalb
 nicht beschweren, weil diese
 Leute ihn doch nicht zu Rathe
 ziehen würden, was
 ihm wohl selbst bekannt sey."

Der Tierarzt bittet, ihn gegen diese Beeinträchtigung in Schutz zu nehmen. Es folgt der Beschluß des Stadtmagistrats Straubing. Der Stadtmagistrat verurteilt die Beklagten zu einer Geldstrafe von je zwei Reichstalern samt Protokoll- und Citirgebühr. Für den Wiederholungsfall wird ihnen eine höhere Geldstrafe angedroht. Das Urteil wird folgendermaßen begründet:

"Da nach § 29 der allerrh. Verordnung vom
 1. Febr. 1810 das Veterinärwesen betr.
 die Thierärzte das ausschliessende Recht
 haben, Thierkrankheiten zu behandeln,
 und die an den Thieren erforderlichen
 Operationen vorzunehmen, und da die
 Polizeibehörden die Thierärzte gegen alle
 Beeinträchtigung durch Pfuscher schützen
 müssen; so werden Anton Pallauf, und
 Michael Rappel wegen Puscherey durch Be-
 handlung kranker Pferde, und Vornahme

von Aderläßen, auf den Grund ihres eigenen Geständnißes jeder in eine Strafe von 2 Reichsthalern samt Protokoll und Citir Gebühr verurtheilt; für den Wiederbetretungsfall aber mit einer Strafe von 6 Reichsthalern bedroht. Eröffnet den Unterzeichneten, von welchen Pallauf sich eine vidimirte Abschrift von dieser Verhandlung erbittet."

Am 14. Juni 1837 kündigt Anton Pallauf in einem Brief an den Magistrat der Stadt Straubing an, daß er den Rekurs an die königliche Regierung gegen den Beschluß vom 1. Juni 1837 ergreifen werde. Am 19. Juli 1837 ergeht vom Stadtmagistrat folgende Mitteilung an den Hufschmied Pallauf:

"Da Anton Pallauf gegen den Beschluß des Magistrats vom 1^t Juni d. J., die Bestrafung des Anton Pallauf und Michael Rappel wegen medizinischer Puscherei betr. die Berufung an die k. Kreisregierung zwar am 15^t v. M. invinirt aber nicht ausgeführt hat, so ist dieser Beschluß in Rechtskraft übergegangen, u. derselbe erhält daher hiemit den Auftrag, die Strafe mit 3 f u. die Kosten mit - f 59 $\frac{1}{2}$ K um so gewisser binnen 14 Tagen zu bezahlen, als er sonst unnachsichtlich hierum ausgepfändet werden würde."

b) Die Beschwerde des Tierarztes Jakob Sporer gegen den tier-
ärztlichen Praktikanten Xaver Wilhelm vom 19. Februar 1849

Der Rottmeister Feldl zeigt am 19. 2. 1849 dem Magistrat der Stadt Straubing an, daß der Tierarzt Sporer sich gegen den Veterinärpraktikanten Wilhelm wegen Behandlung kranker Pferde beschwert. Sporer beschuldigt Wilhelm, zwei kranke Pferde behandelt zu haben, von denen eines bereits zu Grunde gegangen sei. Der Veterinärpraktikant streitet dies ab, wird jedoch auf Grund von Zeugenaussagen der Behandlung eines an Tetanus sowie eines an Kolik erkrankten Pferdes überführt. Am 21. Februar 1849 erscheint der Tierarzt Sporer vor dem Magistrat und gibt folgendes zu Protokoll:

"Wilhelm ist wie bekannt
mit seinem Gesuche
um Aufnahme als
Thierarzt dahier ab-
gewiesen worden.
Derselbe hält sich
aber iömer dahier
auf und erlaubt
sich an verschie-
denen Orten thier-
ärztliche Kuren
vorzunehmen, und
mich sohin zu beein-
trächtigen. So
hatte er kurz be/i/ Jakob
Neumaier Bräuer
dahier ein Pferd in
der Behandlung wel-
ches auch zu Grunde
gieng, weiters be-
handelt er zur Zeit
beim Bauer Pergmai-
er in hiesiger Altstadt
ein Pferd. Ich zeige

dieses zur geeig-
neten Einschrei-
tung gegen ihn
an, und bitte mich
in meinem Recht
zu schützen."

Daraufhin wird der Veterinärpraktikant Wilhelm vom Magistrat in Straubing vorgeladen und gibt knapp einen Monat später, am 17. März 1849 zu Protokoll:

"Ich habe seitdem Thier-
arzt Sporrer (sic!) seinen
neuen Gehilfen
Peither hat in hie-
sigen Polizei Be-
zirke die thierärztl-
iche Praxis gar nicht
mehr ausgeübt.
Ehe er an sein Assistent
kam, hat mir der-
selbe selbst die
Leute zugeschickt,
weil er meisten-
theils bettliegerig
war.

Beim Jakob Neumaier
war ich zufällig an-
wesend, als sein
Pferd erkrankte
ich habe das selbe
auf Bitte des
Neumaier nur be-
sichtigt, die Erklä-
rung abgegeben,
daß nichts mehr
helfe, und nicht im
geringsten eine
Arznei verord-

net, oder gegeben.

Anbelangend den

Bauer Bergmaier (sic!)

so köme ich tag

tächlich zu dessen

Nachbar dem

Müller Jos. Müller

auf Besuch. Eines

Tags kam die

Bergmaier Tochter

zum Müller ersuchte

mich, ihr krankes

Pferd zu besichtigen

was ich auch that.

Ich erklärte daß die-

ses Pferd am Starr

Krampf leide, aber

nichts verordnet,

nichts gegeben und

ließ mir auch hie-

für nichts zu bezahlen.

Sonst habe /ich/ nichts an-

zugeben."

Aufgrund dieser Aussage des Veterinärpraktikanten werden am 20. März 1849 die Zeugen G. Bergmaier und Jacob Neumaier vom Stadt-
magistrat vorgeladen, vereidigt und vernommen. Bergmaier erklärt
auf Befragen, daß der tierärztliche Praktikant Wilhelm ihm er-
öffnet habe, daß sein Pferd an Starrkrampf leide. Wilhelm habe
dem Pferd

"... die Aderlässe

verfügt ... wofür

ich dem Wilhelm keine

Vergütung zu leisten

hatte, nachdem das

Pferde am 2^t Tage

ohnehin schon gefallen

ist."

Jacob Neumaier erklärt auf die Frage, ob der tierärztliche Praktikant Wilhelm kürzlich ein Pferd von ihm (Neumaier) behandelt habe:

"Am 1^t Freitag in diesem Monat brachte mein Knecht ein krankes Pferd nach Hause. Ich war damals krank, und beauftragte meinen Knecht zum Bierbräuer Hölzl zu gehen, um den thierärztl. Practicant Wilhelm zu holen. Ich kam damals nicht aus dem Bette, u. erfuhr von meinen Leuten, daß Wilhelm diesem Pferde zur Ader gelassen hat, ob er demselben auch etwas ordinirte, od. eingab, kann ich wirklich nicht bestimt sagen. Vermuthlich wird es geschehen sein; ich werde mich jedoch gleich zu Hause erkundigen, u. nähere Nachricht ertheilen, das Pferd litt an der Kolik, krepirte nach Verlauf von ein paar Stunden, und ich mußte dem Wilhelm für seine Hilfe 48 K. bezahlen."

Am 4. April ergeht der Dienst-Beschluß in der Beschwerde des Tierarztes Sporer gegen den tierärztlichen Praktikanten Wilhelm wegen Pfscherei: Es beschließt

"... unterfertigte

Behörde auf collegiale

Berathung:

es sei der thierärztliche

Praktikant Xaver Wilhelm

wegen thierärztlicher Pfuscherei

mit 1 f 30 K zu bestrafen,

sei ihm für den Wieder-

betretungsfall die Aus-

weisung aus diess. Polizei-

bezirke angedroht, und

habe die Untersuchungs-

kosten zu tragen.

Gründe

Thierarzt Sporrer beschwerte

sich gegen seinen ehemaligen

Praktikanten Wilhelm

darüber, daß sich derselbe

erlaubt, wie wohl er zur

Ausübung der thierärztlichen

Praxis dahier nicht befugt

ist, Thiere zu behandeln und

verlangt Schutz in seinem

Rechte. Namentlich bezeichnete

Sporrer den Bauer Bergmaier

von hiesiger Altstadt und

den Bierbrauer Jakob Neu-

mair (sic!) von hier, dessen Pferde

er behandelt haben soll.

Wilhelm hierüber zur Ver-

antwortung gezogen, gesteht

wohl zu, die Pferde des

Neumair und Bergmair (sic!) auf

Bitten der Eigenthümer besichtigt,

jedoch dieselben nicht behandelt

zu haben. Bergmair und Neumair

erklären, daß Wilhelm ihre

Pferde besichtigt und zur Ader
 gelassen habe, daß beide Pferde
 krepirt seien, und Neumair
 fügt noch bei,
 daß er dem
 Wilhelm hirtfür 48 K geben
 mußte, und daß er nicht gewiß sagen
 könne, ob Wilhelm seinen
 Pferd nicht auch Arz-
 neien gegeben habe.
 Ob das Geben von Arzneien
 sich bewahrheitet könnte
 sogleich bei Apotheker Steuber
 woselbst sich die Rümpfe be-
 finden sollen, erfragt werden.
 Allein dieß zu erforschen ist
 unöthig, indem einmal
 vorliegt, daß beide Pferde
 sehr krank waren, was daraus
 hervorgeht, daß beide sehr
 bald krepirten, daß Wil-
 helm denselben zur Ader
 ließ, sich hirtfür auch vom
 Bierbrauer Neumair bezahlen
 ließ. Indem sonach hergestellt ist
 daß Wilhelm, welcher zur
 Ausübung der thierärztlichen
 Praxis nicht berechtigt ist,
 sich einen Uebergrieff in das
 Gebiet und die Rechte des
 Thierarztes Sporrer er-
 laubte, und zwar wird
 dieses um so weniger be-
 anstandet werden können,
 da die thierärztliche Praxis
 nicht frei gegeben ist.

Auch sind die Thierärzte
nach § 29 der Verordnung
vom 1 Feb. 1810 das Veterinär-
wesen betreffend gegen
jeden fremdartigen Eingriff
bes. streng zu unterstützen.
Aus Erörterten mußte daher
Wilhelm als der ihm zur
Last gelegten Beschuldig/ung/ für
schuldig erkannt und bestraft
werden.

Die Strafe ist angemessen u.
der Beisatz bezüglich des diesseitig
Aufenthaltverbotes ist gerecht-
fertigt, weil nach § 6 des
jüngsten Heimathsgesetzes nur
jener einen Grund zum
Aufenthalte in einer andern
Gemeinde hat, so er unbescholtenen
Ruf hat, sich ausweist über seinen
Rend, seine Heimathsverhältnisse
und die Art seiner Subsistenz, u. weil
einem solchen diese Be-
fugniß allerdings
wieder entzogen werden
kañ, da er sie nur dazu be-
nützt, um andere in ihren
Rechten zu schmälern.
Da Wilhelm als schuldig be-
funden wurde, so rechtfertiget
sich auch die Bezahlung der
Untersuchungskosten zu
deren Tragung Wilhelm
fähig ist."

Am 5. April wird dieser Beschluß dem Veterinärpraktikanten Wil-
helm mitgeteilt. Gleichzeitig wird er mit dem Hinweis auf das

Strafschärfungsrecht der zweiten Instanz auf das ihm zustehende 14-tägige Berufungsrecht aufmerksam gemacht.

c) Die Beschwerde des Tierarztes Jakob Sporer gegen den Schmiedesohn Johann Michael Wallner vom 13. März 1850

Am 13. März 1850 beschwert sich der Tierarzt Jakob Sporer beim Stadtmagistrat Straubing gegen den Schmiedesohn Johann Michael Wallner wegen tierärztlicher Pfuscherei. Sporer beschuldigt Wallner, an zwei Pferden Aderlässe durchgeführt sowie eine kranke Kuh behandelt zu haben. Über die Art der Behandlung äußert er sich nicht. Er bittet den Stadtmagistrat um Schutz vor dieser Beeinträchtigung. Auf Befragen gesteht

"Johann Michael Wallner ...

zu, daß er einer Kuh
des Jos. Müller und
mehreren Pferden des
Reicherstorfer zur Ader
gelassen, und eine vom
Schlage berührte Kuh
des Wirthes Mayer
wieder hergestellt habe,
allein er könne hierin
keine Beeinträchtigung
des Sporer finden, weil
er diese Verrichtungen
ganz unentgeltlich
vorgenommen habe, indem
die genannten drei
Viehbesi/t/zer bei ihm
alle Schmidarbeiten
anfertigen und die
Pferde beschlagen lassen,
und es eine uralte
Uibung sei, daß ein
Schmid seinen Kund-

schaften die Viehader-
lässe unentgeltlich
versehen müsse, wi-
drigenfalls er die
Kundschaften verlieren
würde.

Jakob Sporer wider-
streitet, daß den
Hufschmiden das
Recht zustehe, Ader-
lassen vorzunehmen,
und thierärztliche
Funktionen auszuüben,
und bittet ihn gegen
diese widerrechtlichen
Eingriffe des Johann M.
Wallner in Schutz
zu nehmen."

Am 6. April 1850 beschließt der Stadtmagistrat Straubing, Johann Michael Wallner wegen tierärztlicher Pfuscherei mit einem Verweis zu bestrafen sowie in die entstandenen Verhandlungskosten zu verurteilen. Bei einer Wiederholung wird ihm eine Geldstrafe angedroht. Die Begründung lautet folgendermaßen:

"a. weil Wallner auf erhobene Beschwerde des Thierarztes

Sporer zugestand, daß er einer Kuh des Müllers Joseph Müller und mehreren Pferden des Lohnkutschers Peter Reicherstorfer zur Ader gelassen, und eine vom Schlage berührte Kuh des Wirthes Johann Mayer kurirt habe,

b. weil nach § 29 der allerhöchsten Verordnung vom^t Februar 1810, das Veterinär-Wesen und die Errichtung einer Central-Veterinärschule betreffend, nur die Thierärzte das Recht haben, die vorkömenden Thierkrankheiten zu behandeln, und die an den Thieren erforderlichen Operationen vorzunehmen, und dieselben von ihren Obrigkeiten gegen alle Beeinträchtigung der Pfuscher geschü/t/zt werden müssen,

c. weil nach § 31 l. c. nur geprüfte Beschlag-Schmide und auch diese nur bei dem Ausbruche einer Seuche von den Thierärzten zur Mitbehandlung kranker Thiere verwendet werden können, während M. Wallner die Veterinär-Schule noch gar nicht besucht hat, und zu seiner aushilfsweisen Verwendung bei kranken Thieren kein gesetzlicher Grund vorhanden war und

d. weil diesen klaren gesetzlichen Bestimmungen gegenüber die Behauptung des Wallner, daß nach einer alten Übung die Schmide den Thieren ihrer Kundschaften unentgeltlich zur Ader lassen müßten, gar keine Beachtung verdient.

Dieser Beschluß wird dem M. Wallner mit dem Bedeuten eröffnet, daß er binnen 14 Tagen dagegen die Berufung an die k. Regierung v. Niederbayern ergreifen könne.

II Dem Thierarzt Sporer ist eine Abschrift dieses Beschlusses mitzutheilen."

d) Die Beschwerde des Tierarztes Jakob Sporer gegen den Schmiedemeister Froschauer vom 18. September 1850 sowie die Beschwerde des Tierarztassistenten Max Obich gegen den Schmiedemeister Froschauer vom 7. November 1851

Am 18. September 1850 zeigt der Polizeisoldat Hisbeeth dem Magistrat Straubing die Klage des Tierarztes Sporer wegen Pfüscherei gegen den Schmiedemeister Froschauer an. Fünf Tage später, am 23. September 1850, wird vom Stadtmagistrat mit dem Kläger und dem Beklagten folgende Verhandlung geführt:

"Tierarzt Sporrer beschwert sich darüber, daß Froschauer mehrere Pferde zur Adergelassen habe, was ihm nicht zuständig sey, und bittet um Schutz gegen diese Beeinträchtigung.

Josef Froschauer, kan̄
 diese Klage vielmehr deren
 Richtigkeit nicht in Abrede
 stellen, entschuldigt sich
 aber damit, daß er glaubte
 Aderläße vornehmen zu
 dürfen, und daß diese in
 der Berechtigung eines
 Hufschmides begründet sey."

Anschließend wird dem Schmiedemeister Josef Froschauer eröffnet,
 daß er als Beschlagschmied zur Vornahme von Aderlässen bei Pfer-
 den und Rindern nicht berechtigt sei, und daß

"... daher ihm der Auftrag
 gegeben wurde, für die Zukunft derlei
 thierärztliche Verrichtungen zu unter-
 lassen."

Ein gutes Jahr später, am 7. November 1851, wird gegen den Schmie-
 demeister Josef Froschauer erneut Klage erhoben. Diesmal jedoch
 tritt der Tierarztassistent Max Obich als Ankläger auf und be-
 schwert sich, daß Froschauer ein krankes Pferd zur Ader gelassen
 habe. Er gibt folgendes zu Protokoll:

"Heute Morgens wurde ich
 zu einem kranken Pferde des
 Hauptmañs Hebberling ge-
 rufen, u. fand bei der Be-
 sichtigung, daß dasselbe
 an rheumatischer Brustfell-
 entzündung leidet. Zu-
 gleich überzeugte ich mich,
 daß an dem Pferde be-
 reits eine Aderlaß vor-
 genommen wurde. Wie
 ich von dem Bedienten des
 genannten Hauptmañs
 erfuhr, hat gestern der
 Hufschmid Froschauer die

Aderlaß vorgenommen
 und dem Pferde 3 Maß
 Blut entzogen. Es ist
 dieß offenbar eine von
 Seite des Froschauer
 Überschreitung seiner
 Befugnisse, u. um so
 strafbarer, als dem Pferde
 wenigstens um den dritten
 Theil zu viel Blut entzogen
 wurde, als bei seinem
 leidenden Zustande hätte
 genommen werden sollen.
 Das fragliche Pferd steht bei
 dieser verkehrten Behandlung
 in großer Gefahr, indem
 die angewandten Heilmit-
 tel wegen der durch den
 großen Blutverlust er-
 folgten Abstumpfung des
 Pferdes nicht mehr in ge-
 höriger Weise wirken.
 Ich beantrage, daß gegen
 Froschauer, welcher bereits
 wegen thierärztlicher Pfu-
 scherei abgestraft worden
 ist, mit ergiebiger Strafe
 eingeschritten werde."

Josef Froschauer gibt zu, das Pferd auf den Befehl des Haupt-
 manns Hebberling zur Ader gelassen zu haben. Er (Froschauer)
 habe jedoch den Hauptmann darauf hingewiesen, daß er zum Ader-
 lassen

"... nicht befugt sei, und
 Strafe befürchten
 müsse ..."

Der Hauptmann erklärte darauf dem Schmiedemeister,
 "... daß er

alle Folgen auf sich nehme ...".

Froschauer fährt fort:

"Das fragliche Pferd befin-
de sich übrigens jetzt
wieder ganz wohl u.
es könne davon, daß
er ihm zu viel Blut ent-
zogen, keine Sprache
sein."

Am 14. Januar 1852 ergeht der Beschluß des Stadtmagistrats Straubing, der Froschauer am 16. 1. 1852 mit dem Hinweis auf die 14-tägige Berufungsfrist und das Strafschärfungsrecht eröffnet wird:

"Der

Stadtmagistrat Straubing
hat in seiner heutigen Sitzung auf er-
statteten Vortrag u. kollegiale Be-
rathung in der Untersuchung gegen
d/e/n Hufschmied Josef Froschauer von
hier wegen thierärztlicher Pfuscherei
beschlossen:

es sei Josef Froschauer deswegen
zu einer Geldstrafe von 1 f 30 K
u. in die Verhandlungskosten
zu verurtheilen,
weil Froschauer im Monat November
v. J. einem kranken Pferde des k.
Hauptmanns (sic!) Hebberling seinem
eigenen Geständnisse nach zur Ader
gelassen hat, welche Funktion nach
der Verordnung über das Veterinär
Wesen vom 1. Februar 1810 nur
den Thierärzten zusteht, u. weil
die Einwendung des Froschauer, d/a/ß
der Hauptmann Hebberling alle
Folgen auf sich nehme, im concreten
Falle den Froschauer nicht im Ge-
ringsten zur Entschuldigung d/i/enen

kann, u. weil Froschauer erst
am 23. Septbr. 1850 amtlich darüber
belehrt worden ist, d/a/ß ihm nicht
zustehe, bei Pferden Aderlässe
vorzunehmen."

e) Die Beschwerde des tierärztlichen Praktikanten Max Obich gegen den Schmiedemeister Xaver Ibel vom 21. Dezember 1850

"Es erscheint der thier-
ärztliche Praktikant Max
Obich, nomine des Thier-
arztes Jakob Sporer, und
stellt Klage gegen den
Schmidmeister Xaver
Ibel, wegen unberech-
tigter Vornahme von
Aderlassen an fremden
Thieren."

Dieser vorgebrachten Klage folgt weder eine Anhörung des Schmiedemeisters noch eine Konkretisierung der Beschwerde, d. h., es wird kein spezielles Beispiel einer Pfuscherei genannt. Am gleichen Tag, an dem die Klage gestellt wurde, wird dem Schmiedemeister die Belehrung erteilt,

"... daß die Vornahme
von Aderläße/n/ an
Thiere/n/ zu der thier-
ärztliche/n/ Funktion
gehöre, und
daher
gegen ihn
strafend einge-
schritten werden
würde, wenn er sich
künftig derlei Ein-

griffe in die Berech-
 tigung/en/ des Thier-
 arztes erlaube/n/
 sollte."

f) Die Beschwerde des Tierarztassistenten Max Obich gegen den
 Hufschmiedemeister Josef Exler vom 2. Dezember 1852

Der Tierarztassistent Max Obich beschuldigt am 2. Dezember 1852 den Hufschmiedemeister Exler, vier Pferde zur Ader gelassen zu haben. Er bittet um geeignete Strafeinschreitung gegen Exler. Dieser erklärt daraufhin,

"... daß
 er nicht widersprechen
 könne, den 4 Pfer-
 den des Bierbräuers
 Max Samereier
 zur angegebenen
 Zeit zur Ader ge-
 lassen zu haben,
 und zwar aus dem
 Grunde weil Samereier (sic!) bei ihm arbeiten lasse.

Eine Bezahlung fürs
 Aderlassen habe er
 jedoch nicht erhalten,
 und auch nicht ver-
 langt, sondern bloß
 der Erhaltung der
 Kundschaft wegen
 die Aderlässe vorge-
 nommen."

Am 3. Dezember 1852 beschließt der Stadtmagistrat Straubing:

"... es sei der Hufschmid Josef Exler wegen thierärztlicher Pfuscherei unter Verurtheilung in die Verhandlungskosten mit einem Ver-

weise zu bestrafen,
 weil Josef Exler selbst zugestanden hat, d/a/ß er 4 Pferde d/e/s Bier-
 brauers Max Samereier zur Ader gelassen, eine Befugniß, welche
 blossen Hufschmide/n/ durchaus nicht eingeräumt werden kann, indem
 die Vornahme von Aderlässen u. d. an den Thieren überhaupt
 erforderlichen Operationen lediglich den Thierärzten gebührt,
 welche nach § 29 der allgemeinen Bestimmungen über das Ve-
 terinärwesen vom 1. Februar 1810 in der Ausübung ihres
 Faches von den Obrigkeiten gegen alle Beeinträchtigung
 der Pfuscher geschützt werden müssen."

Am 13. Januar 1853 wird dem Hufschmied Josef Exler der am 3. 12.
 1852 gefällte Strafbeschluß mitgeteilt. Gleichzeitig wird er auf
 das ihm zustehende 14-tägige Berufungsrecht sowie auf das Straf-
 schärfungsrecht hingewiesen.

2. Beurteilung der Verfahren wegen Aderlaß

Als Kläger treten in allen Verfahren wegen unbefugtem Aderlaß zwei Tierärzte aus Straubing auf. Die Mehrzahl der Klagen führt der Tierarzt Jakob Sporer aus Straubing im Zeitraum 1837-1850. Ab 1850 tritt dann auch sein Assistent Max Obich – anfangs noch als Veterinärpraktikant bezeichnet – als Kläger auf.

Jakob Sporer wurde in Engelsdorf/Regenkreis geboren und hat an der königlich bayerischen "Central-Thierarznei-Schule" 1815/16 die Approbation als Tierarzt erlangt (HAHN/VIANDT 1890, Beilage II, S. 9). Nach eigener Aussage wurde er 1816 zunächst in Cham – ca. 40 Kilometer nördlich von Straubing – als Tierarzt angestellt. 1819 folgte seine Versetzung nach Straubing (s. u. S. 70). Sporer praktizierte dort die nächsten 47 Jahre als Tierarzt. Er war jedoch seit ca. 1850 schwer an Gicht erkrankt und konnte seiner tierärztlichen Tätigkeit kaum mehr nachgehen (STRAUBINGER TAG-BLATT 15. 11. 1979, S. 17). 1856 starb Jakob Sporer in Straubing (MÜNICH 1936, S. 5).

Maximilian Obich wurde am 3. Oktober 1823 in der Nähe von Pfarrkirchen geboren. 1846-1849 besuchte er die Zentral-Veterinär-schule in München und erhielt 1849 die Approbation als Tierarzt. Seit 1850 war Obich Assistent von Tierarzt Sporer in Straubing. 1856 wurde er Bezirkstierarzt und Landgerichtstierarzt in Straubing. Obich erwarb sich ausgezeichnete fachliche Kenntnisse und operierte als erster Tierarzt in Deutschland die Magenperforation der Rinder. Er infizierte sich bei der Sektion eines französischen Beutepferdes mit Rotz und starb am 6. November 1871 (ebd., S. 4 ff).

Die beiden Tierärzte brachten ihre Klagen jeweils dem Stadt-magistrat Straubing vor. Der Magistrat bestand aus einem Bürger-meister und diversen Ratsmitgliedern (s. o. S. 8). Ursprünglich waren in einem solchen Magistrat nur ratsfähige Familien (= Pa-trizier) vertreten. Im Spätmittelalter drängten dann durch die sogenannten Zunftrevolutionen immer mehr Handwerker in den Ma-gistrat (CONRAD 1966, S. 197). In Straubing waren bereits seit dem 14. Jahrhundert Handwerker im Magistrat vertreten (KEYSER/

STOOB 1974, S. 649). Die Mitglieder des Magistrats waren demnach nicht nur juristisch vorgebildete Personen.

Die Beklagten sind bis auf zwei Ausnahmen Angehörige der Schmiedezunft. Es werden vier Schmiedemeister angeklagt (Pallauf, Froschauer, Ibel und Exler) und ein Sohn eines Schmiedes (Wallner). Wilhelm war Veterinärpraktikant und Rappel Sohn eines Tagelöhners. Die Beschuldigung gegen Rappel wird gemeinsam mit der gegen Pallauf abgehandelt, da über Rappel keine eigene Akte vorliegt.

Es ist kein Zufall, daß die meisten Beschwerden sich gegen Angehörige des Schmiedehandwerks richten. Schließlich waren es vor der Errichtung der Tierarzneischulen oftmals die Schmiede, die man im Krankheitsfall zu Hilfe rief (VON NIDA 1934, S. 493). Trotz der Ausbildung wissenschaftlicher Tierärzte seit Ende des 18. Jahrhunderts wußten die Schmiede zunächst bei Krankheiten noch besser Bescheid als die Tierärzte. Sie hatten meist langjährige Erfahrung in der Behandlung kranker Tiere, während die Tierärzte nur ungenügend ausgebildet wurden und kaum praktische Erfahrung besaßen. Dies belegt auch ein Antrag, der zur Hebung des Veterinärwesens 1846 von fünf Mitgliedern der hohen Kammer gestellt wurde (HAHN/VIANDT 1890, S. 53). Darin wird unter anderem der Vorwurf erhoben,

"... dass die Schüler keine kranken Rinder, Schafe und Schweine, keine kalbenden Kühe zu sehen bekommen, die Schüler nicht einmal die einfachsten Operationen wie Aderlassen ... verrichten lernen ..." (ebd., S. 55).

Berücksichtigt man die schlechte Ausbildung der Tierärzte, so ist es nicht erstaunlich, daß die Schmiede weiterhin neben den Tierärzten das Vieh behandelten, obwohl es ihnen durch das organische Edikt von 1810 verboten worden war. Dieses Edikt wurde am 1. Februar 1810 von König Maximilian Joseph auf Betreiben des Grafen Montgelas erlassen. Es war die erste rechtliche Grundlage, die den Tierärzten gesetzlichen Schutz vor Pfuschern zusicherte (PLANK 1834, S. 192).

Aber nicht nur die mangelhafte Ausbildung der Tierärzte trug dazu bei, daß viele Pfuscher sich mit der Tierheilkunde abgaben. Auch die Tierbesitzer brachten den neu ausgebildeten Tierärzten Mißtrauen entgegen. Sie baten im Krankheitsfall

eher den Schmied oder den Nachbarn um Hilfe, als daß sie sich an den Tierarzt wandten. Der Tagelöhnersohn Rappel deutet dies an, als er auf Sporer's Vorwurf, als Pfuscher auf dem Lande umherzugehen, antwortet:

"Daß er /Rappel/ bei dieser Gelegenheit hie und da auf Ansuchen den Pferden Ader lasse, und für kranke Pferde einen Rath ertheile könne er nicht läugnen; doch könne sich Sporer deßhalb nicht beschweren, weil diese Leute ihn doch nicht zu Rathe ziehen würden, was ihm wohl selbst bekannt sey" (s. o. S. 14).

Rappels Aussage macht gleichzeitig deutlich, warum Tierarzt Sporer diese Klagen führt. Er fühlt sich in seiner tierärztlichen Praxis durch die Pfuschereien beeinträchtigt, das heißt, er bangt um seine Existenz als Tierarzt. Die Existenzangst des Tierarztes war ebenso berechtigt wie der Einwand Rappels, daß die Bevölkerung Sporer nicht hinzuziehen würde. Das Mißtrauen der Bevölkerung Tierärzten gegenüber war stark. In der Schilderung des Verfahrens gegen den Schmiedemeister Pallauf wegen der Vornahme von Eingüssen wird dies am deutlichsten. 1827 reicht der Pfarrer von Oberschneiding beim Stadtmagistrat eine Petition ein und bittet, daß der Hufschmied Pallauf sein Pferd weiterhin behandeln dürfe. Die Art der Erkrankung oder die Behandlung des Pferdes werden nicht genannt. Der Pfarrer begründet seine Petition damit, daß

"... er zu dem hiesigen Thierarzt kein Zutrauen habe. Ausserdem wäre er veranlaßt, einen auswärtigen Thierarzt von Landau oder noch weiter her

beizuziehen; denn
 weder er Comparent
 noch das Stadt- und
 Landvolk sei geneigt
 den hiesigen Veterinär
 Arzt beizuziehen" (s. u. S. 94).

Hier tritt neben dem allgemeinen Mißtrauen Tierärzten gegenüber noch ein weiterer Aspekt hinzu, der aber später abgehandelt werden soll: das Mißtrauen gegen Sporer's Person (s. u. S. 107 f). Wie tief Skepsis und Aberglaube in der Bevölkerung verwurzelt waren, beweist eine Aussage des Landrichters von Griesbach. Im Jahre 1820 haben in Griesbach 18 000 und im darauffolgenden Jahr 30 000 Menschen mit krankem Vieh eine Wallfahrtskirche aufgesucht (RUDHART 1825, S. 137). Um dieses Mißtrauen und auch den Aberglauben zu bekämpfen, mußten die Tierärzte oft billigste Preise festsetzen. Obich verlangte z. B. für einen Stadtbesuch 10 Kreuzer (MÜNICH 1936, S. 6). Zum Vergleich sei gesagt, daß ein Laib Schwarzbrot damals 22 Kreuzer kostete und man für 28 Kreuzer 1 kg Ochsenfleisch erhielt (HÄRTL 1976, S. 13). Durch die Übergriffe der Schmiede und anderer Personen in die Tierheilkunde wurde das geringe Einkommen der Tierärzte noch geschmälert. Sporer traf diese Beeinträchtigungen um so härter, da er eine große Familie zu versorgen hatte (s. u. S. 91).

Der Schmiedemeister Pallauf begründet im Gegensatz zu Rap-pel die Vornahme von Aderlässen nicht mit dem mangelnden Zutrauen zu Sporer. Er führt an, daß

"... der Thierarzt
 unmöglich die vielen
 hiesigen Pferde allein
 versehen könnte" (s. o. S. 14).

Dieser Einwand des Schmiedemeisters war begründet, zumal es 1844 allein in Straubing 470 Pferde gab (VON HERMANN 1855, S. 4 f), jedoch bis 1859 nur zwei Tierärzte (KOLB 1859, S. 86). Demgegenüber arbeiteten 1859 50 Hufschmiede im gesamten Landkreis (ebd., S. 172). Erschwerend kam hinzu, daß der Tierarzt seine Patienten mit Pferd und Wagen aufsuchen mußte. Dabei mußte er oft beträcht-

liche Entfernungen zurücklegen und war oft nicht erreichbar. Die Pferdebesitzer aus Straubing formulieren dies folgendermaßen:

"... Der für den Thierarzt ... angewiesene District dürfte zu groß seyn, als daß ihn ein einziger Thierarzt versehen könnte. Neben willkührlichen Abwesenheiten ist der Thierarzt auch wegen seinen Geschäften nicht immer in der Stadt zu treffen" (s. u. S. 125).

So ist es nicht verwunderlich, daß die Bevölkerung eher den Hufschmied zu Hilfe rief als den Tierarzt.

In der Humanmedizin bestand eine ähnlich schlechte Versorgungssituation. 1801 beklagt sich ein bayerischer Landmann in einem Brief an Max Joseph III. über die schlechte medizinische Versorgung auf dem Lande. Er führt an, daß es im Umkreis von zehn Stunden nur einen einzigen Arzt für die Bevölkerung gäbe und dieser auch nicht immer anzutreffen wäre. Daher bliebe

"... den Landleuten in unsrer Gegend ... kein anderes Mittel übrig, als ihre Zuflucht zu Abdeckern, Einsiedlern, Hirten, Bauern, Badern, alten Weibern zu nehmen und von diesen sich morden zu lassen ..."

(BITTE EINES BAIERISCHEN LANDMANNES AN MAX JOSEPH III. BEI DESSEN WIEDERKEHR UM ÄRZTE, WUNDÄRZTE UND GEBURTSHELFER AUF DAS LAND; zit. n. VON ZWEHL/BOEHNKE 1985, S. 127).

Die angeklagten Personen führten die Aderlässe durchaus nicht nur an kranken Tieren durch. So bestreitet Schmiedemeister Pallauf, daß er an dem genannten (kranken) Pferd einen Aderlaß vorgenommen hat. Gleichzeitig gibt Pallauf aber zu, daß er bei den (gesunden) Pferden seiner Kunden Aderlässe durchführt. Er begründet dies, wie bereits erwähnt, mit der großen Pferdezahl. Der Schmiedemeister Wallner und auch die Schmiedemeister Froschauer und Exler geben zu, daß sie Aderlässe vornehmen. Wallner streitet sogar ab, daß der Tierarzt dadurch beeinträchtigt sei, zumal er diese Aderlässe unentgeltlich vornehme. Er formuliert dies folgendermaßen:

"... allein er könne hierin keine Beeinträchtigung des Sporer finden, weil er diese Verrichtungen

ganz unentgeltlich
 vorgenommen habe, indem
 die genannten drei
 Viehbesi/t/zer bei ihm
 alle Schmidarbeiten
 anfertigen und die

Pferde beschlagen lassen ..." (s. o. S. 23).

Hier wird der Aderlaß an gesunden Pferden als eine Art "Kundenservice" vorgenommen. Ebenso beim Schmiedemeister Froschauer, Ibel und Exler (s. o. S. 26, 29, 30). Der Schmiedemeister Wallner führt weiter aus, daß es

"... eine uralte
 Übung sei, daß ein
 Schmid seinen Kundschaften die Viehader-
 lasse unentgeltlich
 versehen müsse, wi-
 drigenfalls er die
 Kundschaften verlieren
 würde" (s. o. S. 23 f).

Der Schmiedemeister Exler führt Aderlässe auch unentgeltlich durch, und zwar ebenfalls

"... der Erhaltung der
 Kundschaft wegen ..." (s. o. S. 30).

Auch Froschauer begründet seine Puschereien damit,

"... daß er glaubte
 Aderlässe vornehmen zu
 dürfen, und daß diese in
 der Berechtigung eines

Hufschmides begründet sey" (s. o. S. 26).

Bei diesen Aderlässen handelt es sich um "Präservativaderlässe" ausschließlich an Pferden. Nur Wallner läßt auch eine Kuh zur Ader (s. o. S. 23). Bei der Beschwerde gegen den Schmiedemeister Ibel wird nur vom

"... Aderlassen an fremden
 Thieren" gesprochen (s. o. S. 29).

Diese sogenannten Präservativaderlässe wurden vornehmlich vor und nach der Begattungszeit durchgeführt, bei weiblichen Tieren öfter als bei männlichen (WOLSTEIN 1791, S. 55). Heilbehandlungen und Aderlässe wurden in der Regel von Hufschmieden vorgenommen, wie es das Wirtschaftsbuch der Benediktinerabtei Oberaltaich beweist. Es wurde im Jahr 1754 nach älteren Vorlagen vom damaligen Klosterökonom zusammengestellt. Darin heißt es:

"Der Schmied, soviel es möglich, soll auch ein Roßverständiger sein, damit man nicht bemüßt sei, in all den oft vorfallenden Unpäßlichkeiten der Pferde anderwärts um Mittel und Hilfe anzusuchen" (STURM 1934, S. 30). Gleichzeitig wird erwähnt, daß die "Aderlaßpferde" Futterzulagen erhielten. Selbst die Konventualen – die stimmberechtigten Klosterangehörigen – wurden zweimal jährlich vom Klostermedicus zur Ader gelassen und erhielten drei Tage lang beträchtliche Zulagen an Nahrungsmitteln (ebd., S. 89). Da nun der Schmied der "Medicus der Pferde" war, wird er in seiner Funktion als Roßarzt die Aderlässe bei den Pferden vorgenommen haben. Der Schmiedemeister Wallner führt ferner an, daß

"... es eine uralte Übung sei, daß ein Schmid seinen Kundenschaften die Viehaderlässe unentgeltlich versehen müsse ..." (s. o. S. 23 f).

Tatsächlich finden sich schon in früherer Zeit Hinweise darauf, daß dieser Einwand des Schmiedes nicht unberechtigt war. 1583 schrieb Walter von Nitzschwitz, ein württembergischer Reitschmied, ein "roß arczeneü buch" (LUTZE 1932). Er bildet darin unter anderem ein sogenanntes Aderlaßpferd ab und bezeichnet ausführlich die einzelnen Blutgefäße mit einer Beschreibung, wie man sie auf finden kann. Wie die folgende Textstelle zeigt, wendet er sich an seine Kollegen, die Schmiede:

"die sporadern, sind manchem schmid gar schwer zue finden ... es geschieht zue zeiten, das einen schmidt mißlingt, mit dem lassen ..." (ebd., S. 37).

In Münster wurde 1619 der Aderlaß von den Hufschmieden als Meisterstück gefordert. In der "jüngeren Rolle der Meister" vom 20. September 1619 heißt es:

"Und soll er dem pfert 2 boegadern (= Bugadern) lassen und dazu noch 2 adern schlagen, welche ihm die wahrmeistere nennen sollen ..." (KRUMB-HOLTZ 1898, S. 379).

In Breslau ereignete es sich 1757, daß die Schmiede die Pferde sogar auf offener Straße zur Ader ließen, was den Ekel des Publikums erregte. So sollte

"... sich in Zukunft kein Geselle mehr unterstehen, desgleichen zu tun, sondern es muß derselbe diese Verrichtung entweder in der Werckstatt seines Meisters oder vor dem Thore unternehmen" (FROEHNER 1924, S. 32).

Es wurde den Schmieden also nicht das Aderlassen als solches untersagt, sondern nur dessen Vornahme auf öffentlichen Straßen.

Die Tradition des Aderlasses bei zahlreichen Krankheiten blieb bis ins 20. Jahrhundert hinein lebendig. So schreibt STÜMPFLER (1925, S. 32), er sah sich schon öfters genötigt, bei kolikkranken Pferden einen Aderlaß vorzunehmen,

"... nicht aus Überzeugung, dass dadurch der schmerzhafteste Zustand des Darmes behoben werden könnte, sondern mit Rücksicht auf die Tätigkeit der Pfuscher, die heute noch den Aderlass bei derartigen Erkrankungen vornehmen."

Bei der von Wallner, Froschauer und Exler erwähnten "Berechtigung der Hufschmiede zum Aderlaß" handelte es sich also nicht um ein geschriebenes Gesetz, das die Hufschmiede zur Ausführung des Aderlasses berechtigte. Vielmehr war aus jahrhundertalter Tradition ein Gewohnheitsrecht hervorgegangen, auf das sich die beklagten Hufschmiede beriefen. Diese Entwicklung war möglich geworden, da es ja erst seit Ende des 18. Jahrhunderts in Deutschland tierärztliche Schulen gab. Die Tierheilkunde lag vorher — als reine Empirie — in den Händen derer, die beruflich mit Tieren zu tun hatten, also bei Schmieden, Wasenmeistern, Hirten und Bauern (FROEHNER 1954, S. 3). Tierarzt Sporer bestreitet nun,

"... daß den

Hufschmieden das

Recht zustehe Ader-

lassen vorzunehmen,
und thierärztliche

Funktionen auszuüben ..." (s. o. S. 24).

Sporer war damit im Recht. Seit dem 1. Februar 1810 wurde den Tierärzten in Bayern durch das organische Edikt erstmalig rechtlicher Schutz vor Pfüschern zugesichert. Gleichzeitig wird in § 29 des Ediktes festgesetzt, daß nur Tierärzte das Recht haben,

"... die einzelnen vorkommenden Thierkrankheiten zu behandeln, und die an den Thieren erforderlichen Operationen vorzunehmen. Sie werden nach Tit. I. § 1. des organischen Edicts über das Medicinalwesen in der Ausübung ihres Faches von ihren Obrigkeiten gegen alle Beeinträchtigung der Pfüscher geschützt" (DÖLLINGER 1838a, S. 255).

In § 28 werden die Voraussetzungen genannt, die ein Tierarzt erfüllen muß, damit die Bestimmungen des § 29 auf ihn anwendbar sind. Es heißt in § 28:

"Die auf die vorgeschriebene Weise von der Central-Veterinärschule approbirt und mit Absolutorien versehenen Thierärzte werden nach der Regel den vorläufigen Bestimmungen gemäß bei ihrer Aufnahme als Eleven, in die Gegenden und Gerichtsbezirke Unseres Reiches vertheilt. Sie weisen vor dem Antritte ihrer Function ihr Absolutorium der ihnen vorgesetzten Gerichts- oder Polizeistelle und dem Gerichtsarzte vor, und haben die Weisungen und Aufträge derselben jederzeit zu befolgen" (l. c.).

Gemäß § 28 des organischen Edikts "das Veterinärwesen und die Errichtung einer Central-Veterinärschule betreffend" darf die Tierheilkunde also nur von demjenigen ausgeübt werden, der ordnungsgemäß approbiert ist und ein Absolutorium besitzt. Das Absolutorium entsprach einem Abschlußzeugnis, das nach eigener Norm aus dem Ergebnis der Finalprüfung und der übrigen drei Jahresprüfungen zusammengestellt wurde (HAHN/VIANDT 1890, S. 23 f). Zudem mußte der Tierarzt vor Antritt seiner ihm zugeordneten Stelle dem Gerichtsarzt und der Polizeistelle dieses Absolutorium vorzeigen (ebd., S. 26). Erst dann durfte er tierärztlich tätig werden.

Dieser § 28 ist maßgeblich für die Klage gegen den Veterinärpraktikanten Franz Xaver Wilhelm. Sporer klagt Wilhelm wegen Praxisbeeinträchtigung durch "Vornahme thierärztlicher Kuren"

an. Im Gegensatz zu den anderen Personen handelt es sich bei dem Beklagten um einen approbierten Tierarzt. Franz Xaver Wilhelm stammte aus Furth und hatte in München studiert (ebd., Beilage II, S. 18). Dort erlangte er im Schuljahr 1846/47 die Approbation als Tierarzt (l. c.). Wilhelm wird im Unterschied zu Wallner, Froschauer, Ibel und Exler nicht wegen Aderlaß angeklagt. Vielmehr beschuldigt ihn Tierarzt Sporer, tierärztliche Kuren an Pferden vorzunehmen, wobei Sporer die Art der Behandlung nicht nennt. Laut Sporers Aussage sei Wilhelm dazu nicht berechtigt, zumal er

"... mit seinem Gesuche
um Aufnahme als
Thierarzt dahier ab-
gewiesen worden" war (s. o. S. 16).

Da gemäß § 28 des organischen Edikts nur diejenigen Tierärzte ihre Tätigkeit ausüben durften, denen eine Stelle zugewiesen worden war, war Sporer im Recht. Obwohl Wilhelm es zunächst abstreitet, behandelt er dennoch weiterhin Tiere. Xaver Wilhelm war anscheinend Sporers Assistent, denn er sagt aus, er habe,

"... seitdem Thier-
arzt Sporrer (sic!) seinen
neuen Gehilfen
Peither hat in hie-
sigen Polizei Be-
zirke die thierärzt-
liche Praxis gar nicht
mehr ausgeübt.
Ehe er an sein Assistent
kam, hat mir der-
selbe selbst die
Leute zugeschickt,
weil er meisten-
theils bettliegerig
war" (s. o. S. 17).

Bei dem erwähnten Assistenten Peither könnte es sich um Johann Peither aus Neunkirchen handeln, der in München studiert und im gleichen Jahr wie Wilhelm seine Approbation erhalten hat (HAHN/

VIANDT 1890, Beilage II, S. 18). Sporer klagt Wilhelm wegen Praxisbeeinträchtigung an, da jener weiterhin Tiere behandelt, obwohl er nicht mehr Sporer's Assistent ist. Wilhelm streitet dies ab und erklärt, er habe die genannten zwei Pferde nur besichtigt, jedoch nicht behandelt. Bei dem Bauern Neumaier, dessen Pferd an Kolik erkrankt war, habe er

"... die Erklärung abgegeben,
daß nichts mehr
helfe, und nicht im
geringsten eine
Arznei verordnet,
oder gegeben" (s. o. S. 17 f).

Der betroffene Bauer erklärt jedoch auf Befragen, daß Wilhelm bei dem kranken Pferd einen Aderlaß durchgeführt habe. Ob er auch Medikamente appliziert habe, könne er nicht mit Sicherheit sagen. Als Entgelt zahlte Neumaier an Wilhelm 48 Kreuzer.

Wilhelm sagt ferner aus, daß er "zufällig anwesend" war, als Neumaiers Pferd erkrankte. Das ist offensichtlich gelogen. Bei der Vernehmung Neumaiers erklärt dieser nämlich, daß er seinen Knecht beauftragt habe,

"... zum Bier-
bräuer Hölzl zu gehen,
um den thierärztl. Practicant Wilhelm zu holen" (s. o. S. 19).

Es war also kein Zufall, daß Wilhelm das Pferd begutachtete und behandelte. Der Bauer ließ ihn in seiner Eigenschaft als "thierärztlicher Practicant", das heißt als Tierarztassistent rufen, und Wilhelm war dies bekannt. Dem Bauern ist deshalb kein Vorwurf zu machen. Es ist unwahrscheinlich, daß ihm bekannt war, daß Wilhelm nicht länger autorisiert war, in Straubing Tiere zu behandeln. Wilhelm hätte sich also weigern müssen, tierärztlich tätig zu werden, bzw. hätte den Knecht des Bauern an Sporer oder dessen neuen Assistenten Peither verweisen müssen. Dies tat er jedoch nicht, sondern er ließ sich sogar für seine Hilfeleistung mit 48 Kreuzern bezahlen. Sporer, dem damit die Behandlung eines

kranken Tieres entgangen war, klagt demnach zu Recht wegen Beeinträchtigung seiner Praxis.

Ähnliche Verhältnisse liegen auch beim Bauern Bergmaier vor, dessen Pferd an Tetanus erkrankt war. Auch er läßt den "thier-ärztlichen Practicanten" rufen, der dann bei dem Pferd einen Aderlaß vornimmt. Im Gegensatz zu Neumaier muß Bergmaier nichts bezahlen. Auch in diesem Fall streitet Wilhelm zunächst ab, daß er tierärztlich tätig geworden ist. Er habe dem Pferd

"... nichts verordnet,
nichts gegeben ..."

und er ließ sich

"... auch hie-
für nichts ... bezahlen" (s. o. S. 18).

Im Gegensatz zu den angeklagten Schmieden verschweigt Wilhelm, daß er Aderlässe vorgenommen hat. Die Schmiede waren sich nicht bewußt, daß sie mit der Vornahme von Aderlässen gegen den § 29 des organischen Edikts von 1810 verstießen. Wie bereits angeführt (s. o. S. 39 f), glaubten sie sogar eine Berechtigung zum Aderlaß zu haben. Der Schmiedemeister Pallauf gab daher auch ohne besondere Aufforderung zu,

"... daß er auf An-
fo/r/dern jedesmal bei
seinen Kundschaften den
Pferden entweder
selbst oder durch seine
Gesellen zur Ader lasse ..." (s. o. S. 13).

Dem ehemaligen Tierarztassistenten Wilhelm hingegen war bekannt, daß er zur Ausübung der Tierheilkunde im Raum Straubing nicht mehr berechtigt war. Daher lügt er auch bei der Befragung durch den Magistrat und streitet ab, daß er tierärztlich tätig geworden ist. Dieser Sachverhalt begründet und rechtfertigt das im Vergleich zu anderen Klagen harte Urteil und die außergewöhnlich lange Urteilsbegründung. Obwohl Wilhelm noch nie vorher wegen Pfuscherei belangt worden war, wird er vom Magistrat zu einer Geldstrafe von 1 Taler 30 Kreuzer verurteilt (1 Taler = 60 Kreuzer). Ferner muß er die entstandenen Verhandlungskosten tragen.

Von den Hufschmieden erhielten nur Pallauf und Froschauer (1852) eine Geldstrafe sowie der Tagelöhnersohn Michael Rappel. Bei Anton Pallauf und Michael Rappel ist aus den Akten nicht zu ersehen, ob sie bereits früher einmal wegen Puschereien bestraft worden waren. Der Verurteilung Froschauers im Jahre 1852 war bereits 2 Jahre zuvor eine Belehrung vorausgegangen, in der ihm mitgeteilt wurde, daß es ihm nicht erlaubt sei, Aderlässe vorzunehmen (s. o. S. 26). Wallner, Exler und Ibel wurden zum erstenmal angezeigt und daher nur mit einem Verweis bestraft sowie (Wallner und Exler) zu den entstandenen Verhandlungskosten verurteilt. Bei beiden wird das Urteil mit dem § 29 des organischen Edikts von 1810 begründet, nach dem die Behandlung des kranken Viehs nur den Tierärzten erlaubt sei. Ibel wird nur belehrt, daß er künftig keine Aderlässe mehr vornehmen dürfe, da es sich dabei um eine tierärztliche Funktion handelt. Bei seiner Belehrung wird das organische Edikt namentlich nicht erwähnt. Man geht also davon aus, daß es dem Schmied bekannt ist. Wallner wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß sein Einwand, Hufschmiede hätten ein Recht Aderlässe vorzunehmen, keinerlei Beachtung verdiene, da dem "klare gesetzliche Bestimmungen" entgegenstehen. Gemeint ist mit diesen "Bestimmungen" das organische Edikt von 1810. Wie wichtig es dem Magistrat war, den Tierarzt in seinen Rechten zu schützen, beweist am deutlichsten der Zusatz im Urteilsspruch gegen Wilhelm. Dort wird nämlich

"... für den Wieder-
betretungsfall die Aus-
weisung aus diess. Polizei-
bezirke angedroht ..." (s. o. S. 20).

Da Xaver Wilhelm nicht aus dem Polizeibezirk Straubing stammte, sondern aus Furth (HAHN/VIANDT 1890, Beilage II, S. 18), durfte er sich gemäß § 6 des Heimatgesetzes von 1825 nur solange in einer fremden Gemeinde aufhalten, wie sein Ruf unbescholten war und er sich auf ehrliche Weise ernährte (DÖLLINGER 1837, S. 15). Beeinträchtigte er durch sein Verhalten andere Gemeindemitglieder in ihren Rechten, so konnte ihm die Aufenthaltserlaubnis jederzeit wieder entzogen werden (s. o. S. 22). Diese Konsequenz wird Wilhelm angedroht, sollte er jemals wieder in Sporsers Be-

zirk tierärztlich tätig werden.

Aber auch gegen die anderen Beklagten nimmt der Magistrat den Tierarzt in Schutz, obwohl sich an der Milde der Bestrafungen gegen Wallner, Exler, Ibel und Froschauer erkennen läßt, daß der Magistrat die alte Tradition der Schmiede, Tierkrankheiten zu behandeln, berücksichtigt.

Tab. 2. Übersicht der Verfahren wegen unberechtigter Vornahme
von Kastrationen. Nach dem Zeitpunkt der Anklage geordnet.

<u>Kläger</u>	<u>Beklagter</u>	<u>Datum der Anklage</u>
Tierarzt Mayer aus Landau	Joseph Mandl junior aus Straubing	15. Mai 1838
Tierarzt Uhl aus Bogen	Joseph Mandl senior und junior	21. April 1842
Tierarzt Wilm aus Landau	Joseph Mandl junior	8. Januar 1849
Es tritt kein Klä- ger auf. Bliem = Blüm wird von ei- nem Polizeisolda- ten verhaftet und vernommen.	Mathias Bliem aus St. Michael in Österreich	10. März 1853

II. Verfahren wegen unberechtigter Vornahme von Kastrationen

1. Fallbeschreibung

Es liegen zwei verschiedene Magistratsakten wegen unerlaubter Vornahme von Kastrationen an Tieren vor. Die ältere der beiden Akten stammt aus dem Jahr 1838 und betrifft die "Viehschneider" Mandl, Vater und Sohn. Die Akte umfaßt drei Klagen verschiedener Tierärzte, die im Gegensatz zu den Beklagten nicht aus Straubing stammen. Die Klage des Tierarztes Mayer aus Landau datiert aus dem Jahr 1838, die des Tierarztes Uhl aus Bogen stammt aus dem Jahr 1842 und die Klage des Tierarztes Mathias Wilm aus Landau aus dem Jahr 1849. Die zweite Magistratsakte betrifft den Österreicher Mathias Bliem. Sie wurde im Jahr 1853 angelegt.

a) Die Beschwerde des Tierarztes Mayer aus Landau gegen den Thierschneider Mandl aus Straubing aus dem Jahr 1838

Der Tierarzt Mayer aus Landau beschwert sich gegen den "Viehschneider" Mandl aus Straubing wegen "unbefugten Thierschneidens". Da Mayer nicht aus Straubing stammt, wendet er sich mit seiner Beschwerde an die für ihn zuständige Polizeibehörde, das Landgericht Landau. In den Straubinger Magistratsakten liegt weder eine Aussage des Tierarztes noch des Viehschneiders Mandl vor. Die Klage besteht einzig aus einem Briefwechsel zwischen dem Landgericht Landau und dem Stadtmagistrat Straubing, der im Mai 1838 beginnt und im November 1838 endet. In einem Schreiben vom 15. Mai 1838 teilt das Landgericht Landau dem Stadtmagistrat mit, daß sich der Landauer Tierarzt Mayer gegen den "Thierschneider" Mandl beschwert habe,

"... weil der Thierschneider
Mandl aus der Altstadt Straubing bey
nachstehenden Hauseigenthümern
Pferde geschnitten habe
als

1. beim Hochholzer zu Kleingieming 1 Hengst

<u>2.</u>	beim Lermer zu Gosselding	1 Hengst
<u>3.</u>	" Strohmaier zu Heidlfiging	" "
<u>4.</u>	" Wolferseder von da	" "
<u>5.</u>	" Loibl von da	" "
<u>6.</u>	" Loher von da	" "
<u>7.</u>	" Joseph Mutz Postholer zu Pilsting	
		2 Hengste.

Man ersucht den Mandl hierüber zu ver-
nehmen, und das Elaborat hierher mit-
zutheilen."

Der Magistrat Straubing wendet sich am 19. Juni 1838 in einem Ant-
wortschreiben an das Landauer Landgericht. Es heißt darin:

"Zur Erledigung der jens. Requisition vom 15^{ten} Mai praes. 4^{ten} Juni
d. J. übersendet man das mit dem Gürtlerssohne Joseph Mandl v. h.
heute abgehaltene Protokoll mit dem Beifügen, daß man
die Verwendung der Gürtlerssöhne Mandl v. h. als Gehilfen
des hiesigen Thierarztes Sporrer zu Castrationen u. dgl. am
17^{ten} Mai 1836 der k. Regierung des damaligen
Unterdonaukreises
berichtlich angezeigt
hat, u. daß diese Aufstellung
von thierärztli. Gehilfen von der
höchsten Stelle nicht
beanständet
wurde."

Das erwähnte Protokoll ist nicht in den Akten enthalten. Drei Mo-
nate später, am 26. September 1838, übersendet schließlich das
Landgericht dem Stadtmagistrat als Anlage

"... den
polizeylichen Beschluß rubrizirten
Betreffes mit dem Ersuchen solchen
den Joseph Mandl von Straubing
unter Bekanntgabe der 14 tägigen
Berufungsfrist zu eröffnen und
das Publikations Protokoll mit
dem Communicate hierher zu senden."

Dieser Polizeibeschuß des Landgerichts Landau, die Untersuchung gegen Joseph Mandl Gärtnersohn von Straubing wegen thierärztlichen Puschereien betr.", ist ebenfalls nicht in den Straubinger Magistratsakten enthalten. Welches Strafmaß Mandl traf, ist daher nicht mit Sicherheit feststellbar. Aus der folgenden Mitteilung ist nur ersichtlich, daß Mandl zu einer Geldstrafe verurteilt worden ist, da der Magistrat dem Landgericht die Übersendung des von Mandl hinterlegten Geldbetrages ankündigt. Gleichzeitig bittet der Magistrat das Landgericht, den Geldempfang zu bestätigen. Am 27. Oktober 1838 ergeht daraufhin folgende Nachricht des Landauer Landgerichts an den Stadtmagistrat:

"Der Empfang von 6 fl 48 Kr Castrations-Gebühren wird hiemit bescheinigt, und der Stadtmagistrat weiters requirirt, den noch abgaengigen Betrag von 1 fl 12 Kr vom Mandl zu erheben, und hieher zu übersenden, mit dem Beysatze, daß für 6 kastrierte Hengste zu 1 fl 12 Kr — 7 fl 12 Kr und für zwei kastrierte Stiere a 24 Kr — 48 Kr aufgerechnet sey und sich Mandl ohne weiters dem rechtskraeftigen Beschuße des diesseitigen Gerichts zu fügen habe."

Auf dieses Schreiben hin folgt am 14. November 1838 eine Nachricht des Magistrats, die lautet:

"Entsprechend der Requisition vom 27. Oktbr. praes. 2 Novbr. d. J. wird der von dem Gürtler (sic!) Joseph Mandl von hier für seinen Sohn Joseph erlegte noch abgängige Betrag von 1 fl 12 K gegen gefällige Empfangsbestätigung hiemit übersendet."

Die Klage schließt mit der Bestätigung des Landgerichts, den noch ausstehenden Geldbetrag erhalten zu haben.

b) Die Beschwerde des Tierarztes Uhl aus Bogen gegen die Vihschneider Mandl, Vater und Sohn, aus dem Jahr 1842

Der Tierarzt Uhl aus Bogen stellt am 21. April 1842 vor dem Landgericht Mitterfels Klage gegen die Vihschneider Mandl aus

Straubing wegen Puscherei und Gewerbebeeinträchtigung. Am 28. April 1842 übersendet das kgl. Landgericht Mitterfels dem Stadtmagistrat eine Abschrift von Uhls Klage und bittet gleichzeitig

"... die angezeigten jens. Bezirke angehörigen
Mandl deßfalls zur Verantwortung zu ziehen,
falls sie sich nicht über die Befugniß zur Ausübung
der thierärztlichen Praxis auszuweisen vermögen,
und die Verhandlung anher mitzutheilen."

Die diesem Schreiben beigefügte Beschwerde datiert vom 21. April 1842 und lautet:

"Die beiden Thierschneider N. Mandel (sic!) zu Straubing / resp.
in der Altstadt / haben in jüngster Zeit im Hofraume des
Gastgebers Weninger zu Mitterfels zwei dem Lidenen
Mühlritter zu Mitterfels angehörige Hengstpferde ge-
schnitten.

Nach dem organischen Edikte über das Veterinärwesen
vom 1 ten Febr. 1810 sind nur die aufgestellten Thierärzte
zur Ausübung der an Thieren vorzunehmenden Operationen,
also auch zu den Thierkastrationen berechtigt.

Ferners ist es einem k. Landgerichte ohnehin bekant, daß
ich weder eine Dohtentation noch irgend einen Gehalt
beziehe, und nur von dem Ertrage meines tägl. Verdien-
stes meinen Lebensunterhalt beziehen muß.

Indem nun durch das Fortbestehen dieser unerlaubten Eingriffe
meine künftige Existenz gefährdet werden würde und ich
durch die Kastration der obigen 2 Pferde per St. 1 fl 45 K
in Summa 3 fl 30 K beeinträchtigt bin, so glaube ich
diese Vergütung mit allem Rechte fordern zu dürfen und
stelle deßhalb an ein k. Landg. die gehorsamste Bitte:
Hochselbes wolle geruhen, den beiden Thierschneidern
N. Mandl zu Straubing künftige Übertretungen
strenge zu verbieten, selbe zur Entrichtung des mir
durch obige 2 Kastrationen zugefügten Schadens ad 3 fl
30 K anzuhalten, und in alle die sich durch die Klage er-
gebenden Kosten verurtheilen zu wollen."

Am 13. Mai 1842 teilt der Magistrat dem Landgericht Mitterfels, bezugnehmend auf das Schreiben vom 28. April 1842, folgendes mit:

"Antw.

Zur Erledigung der jens. Requisition vom
28. April praes. 4. Mai d. J. übersendet man das
mit dem hiesigen Viehschneider Joseph Mandl sen. heute
abgehaltene Protokoll und eine Abschrift der k.
Regierungs-EntschlieÙung vom 9. Dezember 1839,
Berufung des Andreas Mandl wegen
verweigerter AnsäÙigmachung
betr., worauf sich Joseph
Mandl berufen hat. "

Das mit Joseph Mandl senior abgehaltene Protokoll ist nicht in den Magistratsakten enthalten, ebensowenig die erwähnte "Regierungs-EntschlieÙung betr. verweigerter AnsäÙigmachung" des Andreas Mandl. Am 6. Juli 1842 übersendet das Landgericht Mitterfels dem Stadtmagistrat den gefällten BeschluÙ, der lautet:

"... den Thierschneider Mandl
Vater u. Sohn hiervon mit dem Bedeuten in
KenntniÙ zu setzen, daÙ sich Uhl bereits dahier
erklärte, daÙ er sich selbst mit Kastrationen
befasse, und daher dem Mandl jede unbefug-
te Einmischung bei Strafe verboten
sey."

Als Anlage wird eine Erklärung Uhls beigefügt, die er am 1. Juli 1842 abgegeben hat, nachdem ihm das mit Joseph Mandl abgehaltene Protokoll vorgelesen worden war. Man ließ

"... den Landgerichtsthierarzt
Uhl auf heute vorkömen und verständigte
ihn von der mitgetheilten Verantwortung
des Joseph Mandl durch wortdeutliches
Ablesen.
Uhl erklärt hierauf, daÙ er bei den
erörterten Verhältnissen die weitere
Verfolgung des concreten Falles zwar

nicht beantragen wolle, jedoch die
 Bitte stellt, es möge vom k. Land-
 gerichte Mitterfels dem Mandl
 Vater und Sohn bedeutet werden,
 daß sie sich zur Vermeidung größerer
 Unannehmlichkeiten jeder Kastration
 und anderweitiger Behandlung von
 Thieren in seinem Bezirke für die Zukunft
 zu enthalten haben."

Am 20. Juli 1842 werden die beiden Angeklagten vom Stadtmagistrat
 vorggerufen und es wird ihnen mitgeteilt,

"... daß
 sich der Thierarzt Uhl zu
 Bogen selbst mit Kastration
 befasse, weshalb
 sie sich gegen unberechtigte
 Einmischung bei ange-
 messener Strafe zu ent-
 halten haben."

c) Die Beschwerde des Bezirkstierarztes Mathias Wilm aus Landau
 gegen den Gürtlersohn Joseph Mandl aus dem Jahr 1849

Der Tierarzt Mathias Wilm stellt am 8. Januar 1849 vor dem Land-
 gericht Landau Klage gegen den Gürtlersohn Joseph Mandl wegen un-
 berechtigter Vornahme von Kastrationen an Rindern, Pferden und
 Schweinen. Wilm führt an, er habe Mandl

"... Schon mehrmals ... wegen
 seiner Puscherey zur Rede
 gestellt, aber umsonst.
 Uebrigens versteht Mandl dieses
 Geschäft gar nicht, da ihm schon viele
 Thiere in Folge seiner Operation
 zu Grunde gingen.
 Somit vernichtet er die Viehzucht, denn
 er treibt dieses Geschäft rein

nur des Gewinnes halber, und k m-
mert sich gar nicht um den Schaden,
der den Eigenthümern der Thiere
zuk mt. Der Thierarzt Jakob
Sporrer von Straubing hat besagtem
Mandl schon vor 5 Jahren seine
Pfuschereyen untersagt, weil er
sie auch im jenseitigen Gerichts-
bezirke ausübt, obwohl laut bei-
liegenden Attest, Mandl von der
früher von Sporrer ihm ertheilten
Erlaubniß des Kastri/r/ens frey-
willig abstehen zu wollen erklärt
hatte."

Wilm nennt anschließend zahlreiche Tierbesitzer, bei denen Mandl
Pferde und Stiere kastriert hat. Er beendet seine Beschwerde mit
der Bitte,

"... besagten G rtlerssohn Joseph Mandl
von Straubing hieher vorrufen zu
lassen, und seine Pfuscherey ihm in
meiner Gegenwart auf/s/ Ernstlichste
zu untersagen."

Das erwähnte Attest, in dem Mandl offenbar erklärt hatte, keine
Kastrationen mehr vorzunehmen, ist nicht in den Magistratsakten
enthalten. Am 15. April 1849 sendet das Landgericht Landau an den
Magistrat Straubing eine Nachricht, in der dem Stadtmagistrat
die Beschwerde des Tierarztes Wilm gegen Mandl als "Ro kastrator"
mitgeteilt wird. Gleichzeitig bittet man

"... allenfalls nach Vernehm-
ung dieses Mandl um Nachricht, ob der-
selbe eine Berechtigung oder beson-
dere Lizenz zu diesem Geschäfte
habe, und wo nicht ihm zu bedeu-
ten, daß er sich jedes thierärztl.
Eingriffes in diess. Bezirk bey
Vermeidung angem  ener Stra-

fen zu enthalten habe."

Der Magistrat verhört daraufhin am 4. Mai 1849 Joseph Mandl und übersendet dem Landgericht am 19. Mai das Vernehmungsprotokoll. Darin wird ausgeführt,

"... daß Joseph
Mandl zwar keine Berechtigung
zur Ausübung der Pferde und
Schweinkastration hat,
er jedoch schon seit langer Zeit
sich mit diesem Geschäfte
abgibt, und der hiesige
Thierarzt Sporrer ihn
früher als Gehilfen
benützte und zeitenweise
noch benützt."

Das mit Joseph Mandl abgehaltene Protokoll ist nicht in den Akten enthalten. Die Antwort des Landgerichts Landau datiert vom 17. Juni 1849 und enthält den Beschluß des Landgerichts, der lautet:

"Auf jenseitige Zuschrift vom 19/22. v. Mts.
No. 3991 muß man das Ersuchen stellen
dem Joseph Mandl von der dortigen
Altstadt zu Protokoll zu bedeuten,
daß er sich jeder thierärztlichen
Praxis durch Viehschneiden oder
wie immer im dießseitigen
Amtsbezirke zurückhalten, oder
Strafe zu gewärtigen habe.
Dieses Protokoll ersucht man hiermit
her mitzutheilen."

Am 7. Juli übersendet der Stadtmagistrat dem Landgericht Landau das gewünschte Protokoll.

d) Die Untersuchung gegen den österreichischen Viehschneider
Mathias Bliem aus dem Jahr 1853

Der Viehschneider Mathias Bliem aus St. Michael in Österreich wird im Gegensatz zu Mandl nicht von einem Tierarzt angeklagt. Bliem wird am 10. März 1853 vom Polizeisoldaten Speber aus Straubing wegen "unberechtigter Ausübung seines Geschäftes" verhaftet. Der Polizeisoldat begründet in seinem Rapport vom 10. März 1853 Bliems Verhaftung folgendermaßen:

"Sowohl seinem eigenen
Geständnisse nach, als auch
nach Ausweis zweier Zeug-
nisse der Gemeinde-Ver-
waltungen Pilgramsberg
und Rattenberg k. Landgericht
Mitterfels treibt derselbe
thierärztliche Pfuscherei
durch Viehschneiden
wozu er nach den hierüber
bestehenden k. baierischen
Verordnungen um so wen-
ger berechtigt ist, als der-
selbe eine Lizens
hiez zu nicht besitzt und noch dazu
Ausländer ist.
Die ihm abgenömmenen
Instrumente
1) eine Zange
2) zwei Messer
3) ein lederner Beutel
mit Pulver
4) ein Aderlaßhaken
5) ein Rasiermesser
6) eine Brieftasche werden
zu Amtshänden übergeben,
so wie dessen Reisepaß

Gewerbschein
und die vorgenannten
zwei Gemeindezeugnisse."

Der Magistrat verfaßt daraufhin am 12. März 1853 mit Bliem folgendes Protokoll:

"Der vorgestern Abends
arretirte Viehschneider
Mathias Blüm (sic!) von St.
Michael k. k. Landgerichts
daselbst 78 Jahre alt gesteht
zu, daß er sich mit Vieh-
schneiden abgebe; allein
in dießseitigen Amtsbe-
zirk habe er sich eine
solche Befugniß nicht
angemaßt, weil er
hiez zu nicht berechtigt
sei.

Mit dem Thierarzt zu
Cham habe er einen Ver-
trag abgeschlossen, ge-
mäß welchen ihm der-
selbe die Kastrirung
der Schweine gegen eine
bestimmte Abfindungs-
Summe überlassen habe,
daß er in Pilgrams-
berg und Rattenberg
Landg. Mitterfels
Viehkastrirungen
vorgenommen, könne
er nicht widersprech-
en.

Er sei jetzt im Begriffe sich
über Kam und noch einige
andere im bayerischen Walde

gelegenen Orte zu begeben."

Anschließend folgt eine Verfügung, in der festgestellt wird, daß

"Mathias Blüm, ... sich in diesseitigen
Amtsbezirke einer thierärztlichen Pfuscherei
nicht schuldig und demnach auch nicht straf-
bar gemacht hat ..."

Ferner wird Bliem zur Auflage gemacht,

"... sich ungesäumt bei Vermeidung der Schubliefierung über Kam
in seine Heimath zu begeben, weil er
seinem eigenen Geständnisse nach sich
in anderen Gerichtsbezirken thierärztlicher Pfuschereien schuldig macht, und
resp. schon gemacht hat."

Außerdem wird er,

"Nachdem er jedenfalls durch dieses
sein vorschriftswidriges Handeln Ursache
zu seiner Arretirung und gegenwärtigen Verhandlung gegeben hat,
... in die Tragung der Verhandlungs- und Arrestverpflegungskosten verurtheilt."

2. Beurteilung der Verfahren wegen unberechtigter Vornahme von Kastrationen

Die vorliegenden zwei Magistratsakten wegen der Kastration von Tieren umfassen den Zeitraum 1838 bis 1853. Im Gegensatz zu den anderen Verfahren werden die Klagen nicht von Straubinger Tierärzten geführt. Gegen die Gürtler – Gürtelmacher, Schnallenmacher – Mandl treten insgesamt drei verschiedene Tierärzte aus anderen Orten als Kläger auf. 1838 klagt Tierarzt Mayer aus Landau, 1842 Tierarzt Uhl aus Bogen und 1849 Tierarzt Mathias Wilm aus Landau. In den vorliegenden Akten wird nur der Tierarzt Mathias Wilm auch beim Vornamen genannt. Die Identität der anderen beiden Tierärzte kann daher nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Bei dem erwähnten Tierarzt Mayer könnte es sich entweder um Josef Mayer aus Ehingen/Illerkreis handeln, der 1811/12 die Approbation an der Zentral-Veterinärschule erhalten hat (HAHN/VI-ANDT 1890, Beilage II, S. 8), oder um Josef Mayer aus Wertingen/Landkreis Wertingen, der 1833/34 an der Zentral-Veterinärschule approbierte (ebd., Beilage II, S. 14). Tierarzt Uhl aus Bogen, der 1842 gegen die Viehschneider Mandl – Vater und Sohn – Klage führt, hat seine Approbation vermutlich 1832/33 erhalten (l. c.). Mathias Wilm, der 1849 als Kläger auftritt, studierte ebenfalls an der Münchner Zentral-Veterinärschule und approbierte 1841/42 (ebd., Beilage II, S. 16).

Gegen den Österreicher Bliem wird keine Klage erhoben. Vielmehr wird das Verfahren 1853 gleich durch seine Verhaftung in Gang gebracht.

Die Tierärzte stellen ihre Klagen gegen die Viehschneider Mandl wegen Puscherei und Beeinträchtigung ihres Gewerbes durch Vornahme von Kastrationen. Der Hauptantrieb zur Klage ist für Tierarzt Uhl die Angst um seine Existenz als Tierarzt. Er formuliert dies auch deutlich in seiner Beschwerde aus dem Jahr 1842, in der er zu Protokoll gibt, daß

"... durch das Fortbestehen dieser unerlaubten Eingriffe

meine künftige Existenz gefährdet werden würde ..." (s. o. S. 50).

Darüberhinaus sagt er, sei es ohnehin als Tierarzt schwer genug,

sich ein ausreichendes Einkommen zu sichern. Man muß bedenken, daß die Klagen der Tierärzte in eine Zeit fielen, in der die Armut unter den bayerischen Land- und Tierärzten weit verbreitet war. Beide Berufsgruppen hatten kein Recht auf freie Niederlassung (SCHMITT 1913, S. 702; ADAM 1862, S. 37). Bei den Landärzten hing die Erteilung der Lizenz zur Ausübung der ärztlichen Praxis von den Örtlichkeiten und der Einwohnerzahl ab und dies dauerte bis zu neun Jahren (SCHMITT 1913, S. 702 f). Die Tierärzte mußten sich mit anderen Konkurrenten um freiwerdende Stellen bewerben, die durch das "Intelligenzblatt" des jeweiligen Kreises bekannt gemacht wurden (DÖLLINGER 1847, II, S. 135). Um nun wenigstens den Ärzten die Möglichkeit zu geben, die Heilkunde auszuüben, gestattete ihnen die Regierung 1835 Baderechtsame zu kaufen. Allerdings schien diese Erlaubnis die Notlage kaum zu mindern, denn noch 1838, 1843 und auch 1846 erließ die Regierung Warnungen vor dem Studium der Medizin (SCHMITT 1913, S. 702). Zur gegenwärtigen Situation vergleiche PSCHORN (1985, S. 506).

Tierarzt Uhl führt ferner an, daß er

"... weder eine Dohtentation noch irgend einen Gehalt beziehe, und nur von dem Ertrage meines tägl. Verdienstes meinen Lebensunterhalt beziehen muß" (s. o. S. 50).

Ursprünglich war im organischen Edikt über das Veterinärwesen vom 1. Februar 1810 in § 30 festgesetzt, daß die Tierärzte von den Gemeinden unterstützt werden sollten. Es heißt dort:

"Zur Erleichterung ihrer Subsistenz soll ihnen ein kleiner Beitrag von den Gemeinden des Gerichtsbezirkes, für dessen Umfang sie bestimmt sind, ausgemittelt und jährlich bezahlt werden" (DÖLLINGER 1838a, S. 255 f).

Den Gemeinden wurde jedoch durch die unpräzise Formulierung dieses Paragraphen die Ausbezahlung des Sustentationsbetrages (= Unterstützungsbeitrag) nicht als zwingendes Muß auferlegt. Dies wird in einer Erklärung vom 14. Oktober 1822 deutlich, in der das Staatsministerium des Innern in München bekanntgab, den Tierärzten sei

"... die möglichste Begünstigung, insbesondere hinsichtlich der Ausmittlung kleiner Sustentationsbeiträge, einzuräumen, wobei jedoch durchaus

kein Zwang eintreten soll,
vielmehr eine solche Ausmittlung lediglich dem freiwilligen Einverständnis der Gemeinden, welche der Ueberzeugung von wirklicher Nützlichkeit folgen wird, überlassen bleiben muß" (ebd., S. 274).

Gemäß dieser Entschließung sollte den Tierärzten also nur dann der Unterstützungsbeitrag ausbezahlt werden, wenn die Gemeinde auch von der Nützlichkeit, sprich Qualität des Tierarztes überzeugt war. Diesen Standpunkt vertritt auch der Landgerichtsarzt REDER aus Mellerichstadt. Er fordert, es müsse

"... der nützlich werdende Thierarzt für seine Bemühungen entweder vom Staate oder den Gemeinden gelohnt oder sonst unterstützt werden ..."
(REDER 1833, S. 263).

Ein Tierarzt kann jedoch nur dann seine Fähigkeiten beweisen, das heißt eine Gemeinde von seiner Nützlichkeit überzeugen, wenn man ihm Vertrauen entgegenbringt. Daß es aber gerade daran mangelte, erkennt auch REDER und führt an:

"Der Landmann glaubt noch immer, es sei nicht Sache des Arztes kranken Hausthieren beizustehen ... man vertraute jedoch lieber seine kranken Thiere einem jungen Burschen an, von dem man glaubte, er habe in dieser Beziehung von seinem verstorbenen Vater, einem Bauer, das Erforderliche gelernt" (ebd., S. 262).

Auch KREUTZER weist 1832 (S. 1283) darauf hin, daß das Landvolk wohl kaum im Stande sei,

"... zu beurtheilen, welche große Vortheile ihm durch die Aufstellung von wissenschaftlich gebildeten, theoretisch-praktischen Thierärzten zugehen, und wird sich aus eben diesem Grunde nie freiwillig zur Leistung dieser Suspensions-Beiträge verstehen."

Der klagende Tierarzt Uhl gehörte nun offenbar zu denen, die durch die Gemeinde keinerlei Unterstützung erhielten. Daraus läßt sich jedoch keinesfalls folgern, daß seine tierärztlichen Fähigkeiten mangelhaft waren. Vielmehr waren damals Tierärzte, die von den Gemeinden keine finanzielle Unterstützung bekamen, durchaus nicht selten. WALCH schreibt 1836 (S. 102), die Tierärzte in Bayern bekämen

"... einen, freilich sehr wenig bedeutenden Sustentationsgehalt, den sie oftmals noch mit Schwierigkeit herausarbeiten müssen, und in neuester

Zeit wird er den neu angestellten Thierärzten fast gar nicht mehr ausbezahlt."

So ist verständlich, daß Uhl, der hart um seinen Unterhalt zu kämpfen hatte, sich gegen die Beeinträchtigung durch Viehschneider zu wehren versuchte. Seine Forderung um Rückerstattung der ihm entgangenen Kastrationsgebühren ist vor diesem sozialen Hintergrund ebenfalls gerechtfertigt.

Tierarzt Wilm klagt 1849 gegen Mandl, nicht aus Angst um seine Existenz, sondern aus Sorge um die allgemeine Viehzucht. Wilm wirft Mandl vor, er verstehe

"... dieses

Geschäft gar nicht, da ihm schon viele
Thiere in Folge seiner Operation
zu Grunde gingen.

Somit vernichtet er die Viehzucht, denn
er treibt dieses Geschäft rein
nur des Gewinnes halber, und küm-
mert sich gar nicht um den Schaden,
der den Eigenthümern der Thiere
zukömmt" (s. o. S. 52 f).

Im Gegensatz zu den Tierärzten Mayer und Uhl bittet er nicht um Rückerstattung der ihm entgangenen Kastrationsgebühren, sondern um ein Verbot für Mandl, weiterhin Tiere zu kastrieren. Ob Wilms Vorwurf, es seien schon viele Tiere infolge von Mandls Eingriffen gestorben, berechtigt war, läßt sich anhand der vorliegenden Akten nicht feststellen. Wilm nennt keine Beispiele für seine Behauptung und äußert sich auch nicht über die von Mandl angewandte Kastrationsmethode.

Wilms Vorwurf hingegen, Mandl betreibe das Viehschneiden nur des Gewinnes halber und kümmere sich nicht um den Schaden, den er dadurch der Viehzucht zufüge, war sehr wahrscheinlich berechtigt. Es gab bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zahlreiche Viehschneider (WALCH 1836, S. 104), die ihren Lebensunterhalt fast ausschließlich durch das Kastrieren von Tieren bestritten. Da die Kastration ihre einzige Erwerbsquelle war, mußten sie sogar in erster Linie auf ihren Gewinn bedacht sein. Die Vielzahl der

Vienschneider hatte neben den Tierärzten bestehen können, da eben noch nicht alle ländlichen Gegenden mit Tierärzten versorgt waren, bzw. sich nicht alle Tierärzte mit Kastrationen befaßten. In manchen Gegenden Bayerns war dieses Gewerbe zusätzlich noch verpachtet (l. c.). Diese Konzessionen wurden in der Regel von den Land- oder Stadtgerichtsärzten verteilt, die ja nach dem organischen Edikt von 1810 als Tierärzte erster Klasse galten und den eigentlichen Tierärzten vorgesetzt waren (DÖLLINGER 1838a, S. 249 f). Die "Qualifikation", die viele Gerichtsärzte bezüglich der Tierheilkunde besaßen, macht folgendes Beispiel deutlich: In Pfeffenhausen /Landgerichtskreis Pfaffenberg erteilt der zuständige Landgerichtsarzt dem Johann Köstlbacher eine Erlaubnis zur Ausübung der Zootomie (KREUTZER 1832, S. 1283). Ihm war offensichtlich nicht bekannt, daß Zootomie und Kastration zwei völlig verschiedene Dinge waren.

Das Vienschneiden hatte sich zu einem eigenen Berufszweig entwickelt und viele Vienschneider waren zu recht geschickten "Chirurgen" geworden. Einige von ihnen nahmen sogar Kastrationen an Menschen vor. Der Gerichtsarzt Dr. Schneider aus Fulda teilt Anfang des 19. Jahrhunderts mit, daß ein Schweineschneider seine eigene Frau "kastrierte" (SCHRADER 1858, S. 142 f). Die Operation gelang. In Franken ovariectomierte ein Schweineschneider seine eigene Tochter, um Inzestfolgen vorzubeugen (VON MATUSCHKA 1983, S. 122).

Auch in anderen Ländern war das Vienschneiden ein eigenständiger Beruf, wie eine Bestallungsurkunde für Schweineschneider aus dem Jahr 1620 beweist. Die Urkunde stammt aus den Amtsbüchern vom Amt Fallersleben – heutiger Landkreis Gifhorn/Niedersachsen – und lautet folgendermaßen:

"Zu wissenn: Demnach bey mir, Georg von der Wense, ietzigem Hauptmann zu Valtersschleben, M. Joachim Krueger Schweinschneider Zu Giffhorn vmb den Schnitt alhier im Ambte wiederumb ansuchung gethann. Ich Ihme denselben auch vff Sechs Jhar langh vergönnet, dero gestalt: daß er solche Zeit den Schnit allein behalten, vnd in solchem seinem berueff trewlich handeln, die Schweine zu rechter Zeitt schneiden vnd in geburende acht nehmen, auch vorsichtig damit vmgehen solle vnd wolle, daß niemandt eß sey,

dem Armen oder reichenn nichts zu schandenn oder zunichte geschnitten werde" (LÜDERS 1932, S. 65).

Es ist bemerkenswert, daß der gleiche Vorwurf, der 1849 dem Viehschneider Mandl gemacht wird, nämlich das Viehschneiden nur aus Gewinnsucht zu betreiben und sich um eventuelle Folgen nicht zu kümmern, auch in dieser Bestallungsurkunde in Form einer Ermahnung enthalten ist. Der angestellte Schweineschneider wird ermahnt, mit seinem Gewerbe vorsichtig umzugehen, um Schaden zu vermeiden. Es war anscheinend tatsächlich so, daß die Viehkastrierer – nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht – Kastrationen vornahmen, ohne dabei an nachteilige Folgen zu denken, die den Tierbesitzern bzw. der Viehzucht entstehen konnten. Die Viehschneider wurden allerdings für Kunstfehler auch haftbar gemacht. In Würzburg setzte man durch die allerhöchste Verordnung vom 31. Januar 1728 fest, daß der Viehschneider für Todesfälle innerhalb von 24 Stunden nach der Kastration von vornherein verantwortlich sei. Der Wert des gestorbenen Tieres wurde geschätzt und der Viehschneider mußte Schadenersatz leisten. Stellte ein Sachverständiger durch eine Sektion die Unschuld des Viehschneiders fest, so wurde er freigesprochen (HIMMELSTOSS 1917, S. 213).

Wilms Vorwurf gegenüber Mandl war sicherlich ebenso begründet wie der Einwand von Tierarzt Uhl, daß es durch das organische Edikt vom 1. Februar 1810 nur Tierärzten erlaubt sei, die an den Tieren erforderlichen Operationen, also auch die Kastrationen, vorzunehmen. Der Tierarzt bezog seinen Einwand auf § 29 des organischen Edikts.

Dennoch übten die Viehschneider ihr Gewerbe in der Regel völlig legal aus, zumal dieses Geschäft ja noch, wie bereits erwähnt, in manchen bayerischen Gegenden verpachtet war.

In Kurhessen zum Beispiel, wurde durch die Kurhessische Medizinalverordnung vom 10. Juli 1830 den Schäfern und Schweinehirten die Kastration der Schafe und Schweine offiziell erlaubt (FROEHNER 1925, S. 44). In Preußen wurden Kastrationen ebenfalls von Viehschneidern durchgeführt, die durch die Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 verpflichtet waren, einen Befähigungsnachweis zu erbringen (FROEHNER 1905, S. 235). Aber auch in Bayern

gestattete man "Nicht-Tierärzten" die Vornahme von Kastrationen. So wurde am 6. Januar 1846 — offensichtlich auf Grund einer Anfrage der Regierung von Unterfranken — vom Ministerium des Innern beschlossen, daß nur mehr

"... solche Vihschneider, welche ihre Befähigung hiezu durch eine Prüfung bei der Veterinärschule nachgewiesen haben ... auf Ruf und Wider-ruf aufgenommen werden ..." (VON STRAUSS 1854, S. 105).

Seit 1852 versuchte man Kastrationen wieder vermehrt durch Tier-ärzte vornehmen bzw. überwachen zu lassen. Die Regierung von Ober-bayern beschloß nämlich:

"Das Vihschneiden oder Castrieren steht zunächst den approbierten Tier-ärzten zu, und zwar das der größeren Zuchttiere (Pferde und Stiere) aus-schließlich" (TÄTIGKEIT DER TIERÄRZTE VOR 75 JAHREN 1927, S. 211).

Diese Bestimmung schränkte man jedoch gleich wieder ein:

"Das Schneiden der kleinen Zuchttiere (Schweine, Böcke, Kälber) kann auch anderen sachkundigen Personen, als Metzgern, Hirten, Schweinschnei-dern etc. erlaubt werden, doch ist möglichst dahin zu wirken, daß auch dies Geschäft ausschließlich oder vorzugsweise allmählich in die Hände der tierärztlichen Gehilfen gelange, und unter einer gewissen Überwa-chung der Tierärzte vorgenommen werde" (l. c.).

Bezüglich der Vornahme von Kastrationen durch Ausländer beschloß man:

"Ausländer können zu diesem Geschäfte nur zugelassen werden, wenn sich im Distrikte oder in der Nähe keine oder nicht genug desselben kundige Per-sonen befinden, weshalb Ausländer zur Ausübung desselben in jedem Distrik-te stets die Genehmigung der Distriktpolizeibehörde und die Zustimmung des Kgl. Gerichtsarztes zu erhalten haben, und nur auf den Grund desselben kleineres Vieh schneiden dürfen, größere Zuchttiere aber unter keiner Be-dingung" (l. c.).

Häufig wurden die Vihschneider auch — so im Falle Mandl und Bliem — von den Tierärzten ihres Bezirkes zur Vornahme von Ka-strationen autorisiert und sie waren damit tierärztliche Gehilfen. Dies belegt die Mitteilung des Stadtmagistrats Straubing an das Landauer Landgericht,

"... daß man

die Verwendung der Gürtlerssöhne Mandl v. h. als Gehilfen

des hiesigen Thierarztes Sporrer zu Castrationen u. dgl. am
 17. Mai 1836 der k. Regierung des damaligen
 Unterdonaukreises
 berichtlich angezeigt
 hat, u. daß diese Aufstellung
 von thierärztli. Gehilfen von der
 höchsten Stelle nicht
 beanständet
 wurde" (s. o. S. 48).

Die Aufstellung von tierärztlichen Gehilfen wurde also von der Regierung toleriert. Eine rechtliche Grundlage dafür gab es allerdings erst später, und zwar durch den § 13 der "allerhöchsten königlichen Verordnung vom 1. September 1858, die Reorganisation des Veterinärwesens betreffend". Dieses Gesetz gestattete zwar die Aufstellung "empirischer" tierärztlicher Gehilfen, Viehkastrationen durften sie aber nicht vornehmen. Vielmehr sollte sich deren Hilfeleistung auf die Soforthilfe beim Aufblähen der Rinder, Schafe und Ziegen, bei Schlag- und Erstickungsanfällen sowie bei schweren Geburten beschränken (ADAM 1862, S. 37).

Mandl besaß 12 Jahre später die ihm erteilte Erlaubnis zu Viehkastrationen nicht mehr. Als das Landgericht Landau 1849 wegen der Klage von Tierarzt Wilm erneut nachfragt, ob Mandl befugt sei, Viehkastrationen vorzunehmen, antwortet der Stadtmagistrat Straubing,

"... daß Joseph
 Mandl zwar keine Berechtigung
 zur Ausübung der Pferde und
 Schweinkastration hat,
 er jedoch schon seit langer Zeit
 sich mit diesem Geschäfte
 abgibt, und der hiesige
 Thierarzt Sporrer ihn
 früher als Gehilfen
 benützte und zeitenweise
 noch benützt" (s. o. S. 54).

Es ist nicht ersichtlich, warum Mandl die Berechtigung zur Kastration

tion nicht mehr besaß. Die einzige Stelle in den Akten, die dies näher erläutert, besagt, daß Mandl

"... laut bei-
liegenden Attest ... von der
früher von Sporer ihm erteilten
Erlaubniß des Kastri/r/ens frey-
willig abstehen zu wollen erklärt
hatte" (s. o. S. 53).

Das erwähnte Attest ist leider nicht in den Akten enthalten, so daß Wilms Behauptung nicht überprüfbar ist. Nach der Aussage des Tierarztes war dem Viehschneider Mandl von Sporer bereits 1844 das Viehkastrieren untersagt worden, weil er dieses Gewerbe offenbar auch im Landgerichtsbezirk Landau ausgeübt hatte (l. c.). Eine solche Erlaubnis bezog sich demnach nur auf denjenigen Gerichtsbezirk, in dem auch der Tierarzt tätig war, der den Viehschneider autorisiert hatte. Daher ist auch zu verstehen, daß gegen Mandl nur Tierärzte als Kläger auftraten, die aus anderen Gerichtsbezirken stammten als Sporer und Mandl. Mandl hatte durch seine Kastrationen in benachbarten Gerichtsbezirken die Grenzen seines ihm zugeteilten Distrikts überschritten und dadurch die dort ansässigen Tierärzte in ihrer Praxis beeinträchtigt.

Wie aus der Beschwerde von Tierarzt Uhl aus dem Jahr 1842 zu ersehen ist, trafen auf den Viehschneider Mandl besondere Umstände zu, die den Tierarzt immerhin dazu brachten, von der ursprünglich geforderten Strafe, nämlich der Rückerstattung der Kastrationsgebühren, Abstand zu nehmen. Uhl erklärt,

"... daß er bei den
erörterten Verhältnissen die weitere
Verfolgung des concreten Falles ...
nicht beantragen wolle ..." (s. o. S. 51 f).

Seine Erklärung bezieht sich auf eine dem Landauer Landgericht übersandte Regierungsentschließung vom 9. Dezember 1839. Die Regierungsentschließung betrifft die Verweigerung der "Ansässigmachung" für Mandl, sie liegt jedoch nicht in den Akten vor.

Rechtliche Grundlage für Mandls Ablehnung war das "revidierte Gesetz über die Ansässigmachung und Verehelichung" vom 1. Juli

1834. Dieses Gesetz nennt zahlreiche Voraussetzungen, die für eine "Ansässigmachung" in einer Gemeinde erfüllt werden mußten (DÖLLINGER 1837, S. 101 f). Da keine Unterlagen über den Ablehnungsbescheid vorliegen, kann nicht geklärt werden, welche der Bedingungen Mandl nicht erfüllte, und von welcher Gemeinde die Ablehnung erfolgte.

Mandl geriet dadurch offenbar in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten, da der klagende Tierarzt Uhl sofort auf die zunächst geforderte Rückerstattung der Kastrationsgebühren verzichtet, als er davon in Kenntnis gesetzt wird. Dieser Verzicht ist um so bemerkenswerter, als ja gerade Uhl derjenige war, der sich um seine tierärztliche Existenz Sorgen machte. Uhl begnügt sich schließlich mit der Forderung, den Viehschneidern Mandl mitzuteilen,

"... daß sie sich zur Vermeidung größerer Unannehmlichkeiten jeder Kastration und anderweitiger Behandlung von Thieren in seinem Bezirke für die Zukunft zu enthalten haben" (s. o. S. 52).

Dieser Forderung wird dann auch vom Landgericht Landau nachgegeben. Ähnlich lautet der Beschluß des Landauer Landgerichtes sieben Jahre später im Fall Wilm, in dem das Landgericht den Stadtmagistrat bittet,

"... dem Joseph Mandl von der dortigen Altstadt zu Protokoll zu bedeuten, daß er sich jeder thierärztlichen Praxis durch Viehschneiden oder wie immer im dießseitigen Amtsbezirke zurückhalten, oder Strafe zu gewärtigen habe" (s. o. S. 54).

Nur im Falle des Tierarztes Mayer aus Landau kommt es 1838 zur Rückerstattung der von Mandl eingenommenen Kastrationsgebühren. Dabei fällt auf, daß der vom Landgericht errechnete Betrag von insgesamt acht Reichstalern für die Kastration von sechs Pferden und zwei Stieren nicht mit dem Betrag übereinstimmt, der sich aus der von Mayer angegebenen Zahl der Tiere errechnet (s. o. S. 47 f).

Mayer beschwert sich beim Landgericht nämlich nur über die Kastration von Pferden.

Im Falle des österreichischen Viehschneiders Bliem erfolgt keine Bestrafung, nachdem durch eine Untersuchung festgestellt worden war, daß er sich im Amtsbezirk Straubing gar keiner Pfuscherei in Form von Kastrationen schuldig gemacht hatte. Bliem war — ebenso wie Mandl — von einem Tierarzt zur Vornahme von Kastrationen autorisiert worden. Der Österreicher war 1853 in Straubing verhaftet worden und hatte sich nach

"... seinem eigenen Geständnisse ...
in anderen Gerichtsbezirken thierärztlicher Puschereien schuldig ...
gemacht ..." (s. o. S. 57).

Da Bliem

"... durch dieses
sein vorschriftswidriges Handeln Ursache
zu seiner Arretirung und gegenwärtigen Verhandlung gegeben hat ...",

wird er zur

"... Tragung der Verhandlungs- und Arrestverpflegungskosten verurtheilt" (l. c.)

Eine Bestrafung wegen tierärztlicher Puscherei erfolgt nicht.

Im Gegensatz zu den Schmieden, bei denen die Ausübung der Tierheilkunde ja auf einem alten Gewohnheitsrecht beruhte, besaßen die Viehschneider eine Lizenz für ihr Gewerbe oder sie waren durch Tierärzte dazu autorisiert. Daher wurden die Viehschneider — anders als die Schmiede — von den Polizeibehörden und Gerichten nicht als tierärztliche Puscher angesehen, wie es die Urteile gegen die Viehschneider Mandl beweisen. Die Viehschneider Mandl werden in keinem der Beschlüsse als tierärztliche Puscher bezeichnet, noch wird ihre Tätigkeit Puscherei genannt. Dementsprechend milde wurde dann auch gegen sie geurteilt. In zwei Fällen werden sie lediglich ermahnt, keine Kastrationen außerhalb ihres Distriktes mehr vorzunehmen. Nur in der Klage des Tierarztes Mayer erfolgt eine Geldstrafe. Allerdings beschränkt sich die Bestrafung auf die Rück-

erstattung der vom Viehschneider eingenommenen Kastrationsgebühren und sie ist somit eher als eine "Rückvergütung" für den Tierarzt anzusehen als eine wirkliche Strafe für den Viehschneider. Die Viehschneider besaßen zwar die Erlaubnis zur Kastration im Gerichtsbezirk Straubing, aber nicht in den angrenzenden Gerichtsbezirken Landau und Bogen. Sie waren aber in diesen Gerichtsbezirken tätig geworden und hatten somit die Rechte der dort ansässigen Tierärzte verletzt. Diesen wiederum wurde durch den § 29 des organischen Edikts vom 1. Februar 1810 alle an Tieren vorzunehmenden Operationen vorbehalten. Gleichzeitig sollten sie durch denselben Paragraphen vor allen Eingriffen durch Pfuscher geschützt werden. Diesem Konflikt sahen sich die Gerichte nun unversehens gegenüber: Auf der einen Seite standen die Tierärzte, die vor Pfuschern geschützt werden sollten, auf der anderen Seite die Viehschneider, die nicht als eigentliche Pfuscher gelten konnten, da sie ja vom Straubinger Tierarzt zu diesem Geschäft autorisiert worden waren. Man löste nun diesen Konflikt dadurch, daß man diese Sonderstellung der Viehschneider berücksichtigte und sie — ähnlich wie die Schmiede — in zwei Fällen nur ermahnte, keine Kastrationen in den angrenzenden Gerichtsbezirken mehr auszuführen. Gleichzeitig beachtete man aber auch die Rechte der Tierärzte, indem man den Viehschneidern bei einer Wiederholung eine angemessene Strafe androhte.

Somit hatten die Gerichte versucht, beiden Parteien möglichst gerecht zu werden.

Abschließend muß betont werden, daß die vorliegenden Akten sehr lückenhaft sind. Es fehlen z. B. so wichtige Unterlagen wie die Aussage des Tierarztes Mayer aus Landau oder das erwähnte Attest Mandls, in dem er angeblich freiwillig erklärt hat, keine Kastration mehr vornehmen zu wollen. Der Regierungsbescheid über Mandls verweigerte "Ansässigmachung" wird ebenfalls nur erwähnt. Daher ist verständlich, daß eine in die Tiefe und näher auf den Einzelfall eingehende Interpretation der Akten wegen Kastration nicht möglich ist.

III. Verfahren wegen der Errichtung eines Kurstalles

1. Fallbeschreibung

Im Jahr 1824 klagt der Tierarzt Jakob Sporer aus Straubing den Schmiedemeister Stephan Pallauf an, in Straubing einen eigenen Kurstall für die Behandlung von Tieren errichtet zu haben. Dieser Klage sind jedoch schon mehrere Beschwerden gegen Pallauf wegen tierärztlicher Puscherei vorausgegangen. Sie stammen aus dem Jahr 1821 und Sporer führt darin unter anderem auch an,

"... der Pfuscher Ballauf (sic!) werde bey den Gerichts-Stellen auch noch in Schutz genomēn ...".

Sporer richtete seine Klage 1821 an das Stadtgerichtsphysikat, und der Stadtgerichtsarzt übersandte sie dem Magistrat, mit der Bitte, er möge

"... als Local-Polizey ... das geeignete hierüber ...
verfügen und wenn die Klage nicht Grundlos
sein soll, dieser medicinischen Puscherey Gränze
... setzen."

Am 15. Juli 1821 beklagt sich Sporer dann erneut beim Stadtgerichtsarzt. Dieser leitet Sporers Klage wiederum an den Magistrat weiter und bittet gleichzeitig darum, gegen Pallauf die gesetzliche Strafe zu verhängen. Es liegen in den Magistratsakten weder Verhandlungsprotokolle noch ein Beschluß bezüglich Sporers Beschwerden aus dem Jahr 1821 vor.

Die Klage des Tierarztes Sporer gegen den Hufschmied Stephan Pallauf wegen der Errichtung eines Kurstalles aus dem Jahr 1824

Am 13. September 1824 wendet sich Tierarzt Sporer mit seiner Beschwerde gegen den Hufschmied Stephan Pallauf (= Ballauf) an die Regierung des Unterdonaukreises. Darin heißt es:

"Vor 8 Jahren wurde ich durch allerh. Reskript vom 24^{ten}
Dezber 1816 in Kam als Thierarzt angestellt, und nach
3 Jahren in dieser Eigenschaft hieher versetzt.
Während dieser Zeit mußte ich schon sehr oft als Kläger

gegen die unrechtmäßige/n/ Puschereyen des Stephan Ballauf, bürgerl. Hufschmid von hier, die meinen Nahrungszweig beträchtlich verringern, bei den k. Stadt-
magistrat auftreten, und wurde den Verklagten da-
selbst die Weisung ertheilt, sich künftighin bei schwerer
Strafe und Ahndung solcher wiederrechtlichen Puschereyen
zu enthalten.

Allein Ballauf achtete, und nur gleich Anfangs,
den Auftrag eines k. Magistrates wenig, denn er
hat seitdem seine Puschereyen, die ins Ausgedehnte
gehen, nicht nur nicht/t/ eingestellt, sondern er erfrecht sich
sogar, einen eigenen Kurstall zu errichten, in selbe/n/ auch
fremde kranke Thiere aufzunehmen, und nach Pusch-
er Art zu kuriren, und mir mit meiner vom Stadtmagi-
strate erwirkten Weisung Hohn zu sprechen.

Obschon ich diesen Vorfall dem hiesigen Stadtmagi-
strate mehrmals anzeigte, und um Abstellung dieser für
mich und meine große Familie so drückende Beeinträchti-
gung bat, kann ich doch von Seite des Magistrats keinen
weitem Befehl an Ballauf erwirken, und gehen so
diese nicht nur mir — sondern selbst den dadurch be-
trogen werdenden Volke — schädlichen Puschereyen
immerwährend fort, so, daß ich mich zur allerunter-
thänigsten Bitte verpflichtet sehe, Eine Königl. hohe
Kreis Regierung allersubmisses zu bitten, dem k. Stadt-
magistrate dahier zu bedeuten, daß er mit allem Ern-
ste den Ballauf. Puschereyen zu steuern habe."

Die Kammer des Innern sendet daraufhin in einem Schreiben vom 25.
September 1824 Spörers Beschwerde an den Magistrat, mit der Auf-
lage, innerhalb von 14 Tagen der Regierung Bericht zu erstatten

"... und mit der Weisung,
dem besagten Thierartzte zu rügen,
daß er der bezeichneten Eingabe das Duplicat anzule-
gen, die geeignete Form zu beobachten, und die An-
fertigung des Rubrums unterließ."

Einen Monat später, am 26. Oktober 1824, teilt der Magistrat der

Kammer des Innern in einem Antwortschreiben mit,

"... daß man den Thier-
arzt Jakob Sporer die
anbefohlene Rüge zu Pro-
tocoll gemacht; dage-
gen aber auch den Ste-
phan Pallauf (sic!) Hu(e)fschmid-
meister die Ausübung
der Thierarzney-Kunde
dann den Gebrauch seiner
Stallung zur Unterbringung
kranker einer Kur bedürf-
tigen Thiere bey 25 Rchsthl.
Strafe neuerlich verboten
habe, wie die beiden in
Urschrift gegen erbit-
tende Remission zur
allernädigsten Einsicht an-
liegenden Protocolle vom
Heutigen bewähren, und
über die in Abschrift
anher mitgetheilte Be-
schwerde des Thierarzts
Sporer berichtet, was
folgt:

Nach dem allgemeinen Ver-
handlungs-Protocoll vom
20. Juli 1821 wurde
der Hu(e)fschmid Stephan
Pallauf von dem Thier-
arzte Jakob Sporer
wegen Puschereien in
der Thierarzney-Kunde
schon klagbar vorge-
stellt, und der gehorsamst
unterzeichnete Stadtmä-

gistrat verfehlte nicht,
dem Pallauf die Ausübung der Thierarzney-Kunde unter einer Strafe von 5 Reichsth^{ern} zu prohibieren; Da sich aber Pallauf in d/er/ Folge dessen ohngehindert wieder Pfuschiereien in d/er/ Thierarzney-Kunde beygehen gelassen, und d/er/ Thierarzt Sporer neuerlich Beschwerde dagegen erhoben hat, wurde unterm 13. 8ber 1821 gemäß dem auch allgemeinen Polizey-Verhandlungs-Protocoll dem Pallauf die ange-drohte Geldstrafe wahrgemacht, und solchen fernere Pfuschiereien unter doppelter Geldstrafe verpönt, seit dieser Zeit aber ist gegen den Pallauf keine Beschwerde wegen Pfuschiereien in d/er/ Thierarzney-Kunde mehr geschehen ..."

Die in dem Schreiben erwähnte Beschwerde vom 20. Juli 1821 liegt nicht in den Akten vor. Auch der Beschluß vom 13. Oktober 1821, durch den Pallauf zu einer Geldstrafe von fünf Reichstalern verurteilt wurde, ist nicht vorhanden. In dem Bericht an die Kammer des Innern heißt es weiter:

"... und auch
über die Unterhaltung

eines Kur-Stalles
 für kranke Thiere in sei-
 nem Hause, welcher
 durch die Untersuchung eben
 auch erst jetzt entdeckt
 wurde gemacht worden,
 obschon von Zeit zu Zeit
 verlautet hat, daß einige
 Pferdebesitzer alhier in
 Straubing, dann in der Revier
 zu ihren kranken Pferden
 dem Schmidmeister Stephan
 Pallauf rufen, und ihre
 Thiere demselben in die Kur
 übergeben haben sollen, daß
 die Aufforderung des
 Hu(e)fschmids Pallauf
 sogar von dem k. Stallmei-
 ster für die Stallons
 des hiesigen Gestütts,
 und von der auch hiesig
 k. Postverwaltung für
 die Postpferde in Erkrän-
 kungs-Fällen geschehen
 seyn will, weil man
 von Seite der Pferdinhaber,
 und selbst von den An-
 stalten, wo Pferde
 erfordert werden, das
 erforderl. Zutrauen
 auf den Thierarzt Sporer in
 sich ergebenden Krankheits-
 Fällen von Pferden, und
 Thieren nicht hat;
 Dem gehorsamst unter-
 zeichneten Stadtmagistrat

kömt es zwar nicht zu,
 über die Thierarzney
 Kundigkeit des Thier-
 arztes Sporer, da der-
 selbe gehörig approbirt
 ist, ein schiefes Urtheil
 zu fällen; allein die
 hiesigen Pferdbesitzer
 ziehen den Schmidmei-
 ster Stephan Pallauf
 nicht selten bey ihren
 kranken Thieren rück-
 sichtl. der Kur vor, und
 schenken dem Pallauf
 ein größeres Ver-
 trauen, als dem Thier-
 arzt Sporer, indessen
 wird man den Thier-
 arzt Sporer nach aller
 Möglichkeit vor Beein-
 trächtigungen durch
 den Hu(e)fschmid Pallauf
 schützen, gedenket auch,
 daß hiemit die Beschwer-
 den des Thierarzte(n)s
 Sporer gehoben seyen, u.
 geharrt in schuldigster
 Ehrfurcht."

Als Anlage übersendet der Magistrat den am 26. Oktober 1824 ge-
 faßten Beschluß, sowie die mit Sporer und Pallauf abgehaltenen
 Verhandlungsprotokolle. Der Magistrat bestätigt ferner in einem
 Begleitschreiben, den Tierarzt

"... wegen seiner
 geführten Beschwerde über
 medizinische Pfusereyen
 von Seite des hiesigen Schmid-

meisters Stephan Pallauf
 die Unterlassung der Beilage
 des Duplicats, dann der
 geeigneten Form und
 die Anfertigung des Rubrums
 gerügt ..." zu haben.

In dem mit Pallauf abgehaltenen Protokoll heißt es unter anderem,
 daß,

"... bey der heute vorgenom-
 menen Visitation sich
 in der Behausung des
 Pallauf eine hergerichte/te/
 Stallung auf 3 Pferde,
 jedoch ganz leer befunden
 hat ..."

Man ließ Stephan Pallauf vorrufen und

"... machte denselben
 den Vorhalt über dessen sich ohngehindert
 schon geschehener Bestraf-
 fung doch noch beygehen
 gelassener Thier-Arzne-
 y-Kunde Pfauschereyen,
 dann über die Unterhaltung
 eines Kurstalles, und forderte
 denselben zur Verantwortung
 auf."

Der Schmiedemeister Pallauf erklärt, daß er nicht widersprechen
 könne,

"... auf dem hiesigen Gestütt
 einen Zuchthengsten von
 dem k. Landgestütt,
 nicht minder ein Pferd
 von dem hiesig K. Appel-
 lations-Gerichts-Dire-

ctor Herrn v. Prendtner
 dann von andern Pferd-
 besitzern, welche ihn ge-
 rufen haben, in die
 Kur genommen, und sol-
 che auch curirt zu haben,
 weil diesen Pferden
 entweders der Thierarzt
 Sporer nicht helfen konnte,
 oder weil die Pferdbe-
 sitzer dessen Hilfe nicht
 wollten, und würde er
 nicht fortwehrend dann
 mit aller Zudringlichkeit
 zu kranken Pferden
 gefordert,
 dann um Übernahme
 der Kur angegangen
 werden, so hätte er die
 Thierarzney wegen
 den ihm geschehenen Ver-
 both ohne weiters unter-
 lassen, indem er bey
 seinem Schmidgewerbe
 solche zur Pfuscherey nicht
 bedürfe, und was sei-
 nen Stall anbelanget,
 so benützt er solchen
 eben nicht zur Unter-
 bringung kranker Pfer-
 de, od/er/ sonstig kranker
 Thiere; sondern wie er
 solchen zur Unter-
 bringung von Holz
 s. a. verwenden
 könne, und wenn er

ein Pferd, od/er/ sonstiges
Thier nicht in die Kur
nehmen müsse, so unter-
zieht er
sich ohnehin keiner solchen
Kur."

Es folgt der Beschluß des Magistrats:

"Da dem Stephan Pallauf
die Ausübung der Thier-
arzney-Kunde schon
wiederholt verboten,
und derselbe auch schon
bestraft worden ist,
nach seinen eigenen
Geständnisse aber
doch noch sich bisher mit
Ausübung der Thier-
Arzney-Kunde be-
fasst, und wie die Un-
tersuchung in seinem
Hause gegeben hat,
sogar einen leeren
Stall wahrscheinlich
für kranke Thiere unter-
halte(n), so wird bey den
vorliegend neuerlichen
Beschwerden des re-
cipirten Thierarztes
Sporer dem Stephan Pall-
auf neuerlich einge-
schärft, bey 25 Rchsthl.
Strafe die Thierarzney-
Kunde nicht auszuüben, noch
weniger aber kranke
Thiere zur Kur in seine
Stallung aufzuneh-
men."

Am 3. November 1824 teilt die Regierung des Unterdonaukreises dem Magistrat Straubing mit, daß die

"... berichtetlich hieher gemachten Nachweisungen, denen Beilagen hiermit anliegend zurückfolgen ... zur genügenden Nachricht der wirklich und genügend geschehenen polizeilichen Einschreitung gegen den Aetherarzt Stephan Pallauf gedient " haben.

Ferner erwartet man,

"... daß der Magistrat der Stadt Straubing auch in diesem Zweige des Sanitätswesens für gesetzlichen Bestand sorgen, und den Thierarzt Sporrer (sic!) gegen jede Beeinträchtigung schützen werde."

2. Beurteilung des Verfahrens wegen der Errichtung eines Kurstalles

Am 13. September 1824 klagt der Straubinger Tierarzt Sporer wegen der Errichtung eines "Kurstalles" gegen den Straubinger Schmiedemeister Stephan Pallauf. Aus den Magistratsakten geht hervor, daß unter einem "Kurstall" eine Stallung zur Unterbringung kranker Tiere verstanden wird, die einer mehrtägigen Behandlung = Kur unterzogen werden.

Sporer wendet sich mit seiner Beschwerde – im Gegensatz zu seinen anderen Klagen – direkt an die Regierung des Unterdonaukreises, zu dem Straubing seit 1810 gehörte (FREUNDORFER 1974, S. 305). Der Tierarzt übergang damit die vorgeschalteten Behörden – Magistrat und Stadtgerichtsarzt – die für ihn die zunächst zuständigen Regierungsorgane gewesen wären (DÖLLINGER 1847, I, S. 133, II, S. 135). Sporer begründet sein Vorgehen mit den Worten, er könne

"... von Seite des Magistrats keinen

weitem Befehl an Ballauf erwirken ..." (s. o. S. 71).

Sporer hatte bereits 1821 wiederholt gegen Pallauf geklagt, wobei er seine Klagen ebenfalls nicht an den Magistrat, sondern an den Straubinger Stadtgerichtsarzt richtete. Sporer beschritt damit den korrekten Klageweg. Seit 1803 waren die Tierärzte den Land- und Stadtgerichtsärzten durch die "General-Instruction für die Landgerichtsärzte" untergeordnet (DÖLLINGER 1838a, S. 397 f). Dementsprechend hatten die Tierärzte – genau wie das übrige medizinische Personal eines Gerichtsbezirkes – ihre Klagen zunächst an den zuständigen Land- oder Stadtgerichtsarzt zu dirigieren. Erst wenn dieser die Beschwerde nicht entsprechend würdigte, durfte der Kläger die Berufung an eine höhere Kreisstelle richten (DÖLLINGER 1847, I, S. 134). Die Gerichtsärzte bildeten für die Tierärzte nicht nur die vorgesetzten Regierungsorgane, sondern sie waren zugleich als Tierärzte I. Klasse den praktischen Tierärzten – wie Sporer es war – übergeordnet. Das organische Edikt vom 1. Februar 1810 setzte fest, daß die Ärzte, die sich zur Anstellung als Gerichtsärzte qualifizieren wollten, einen Kurs der-

jenigen Fächer zu besuchen hatten, die an den medizinischen Fakultäten nicht ausreichend gelehrt werden konnten (DÖLLINGER 1838a, S. 249). Dieser Kurs dauerte in der Regel aber nur eine Woche und behandelte

"... in etwa 2 oder 3 Stunden ... die Lehre von den Verdauungsorganen des Pferdes und der Wiederkäuer, in etwa einer Stunde die Operationslehre, in 1-5 Stunden die Lehre von den Seuchen ... Eine oder zwei Stunden werden der Veterinär-Praxis im Thierspitale gewidmet"

(KREUTZER 1834, S. 50 f).

Die Ausbildungszeit der eigentlichen Tierärzte betrug dagegen 3 Jahre. Dennoch waren sie durch das organische Edikt von 1810 zu Gehilfen der Gerichtsärzte degradiert worden und wurden als Tierärzte II. Klasse bezeichnet (DÖLLINGER 1838a, S. 249 f). KREUTZERs Aussage macht deutlich, daß die Qualifikation vieler Gerichtsärzte bezüglich der Tierheilkunde nur unzureichend gewesen sein kann. Dies beweist auch die Tatsache, daß ein Landgerichtsarzt in einem Bericht an die Central-Veterinärschule das Aussehen der Gallenblase eines Pferdes beschreibt, ohne zu wissen, daß ein Pferd gar keine Gallenblase besitzt (KREUTZER 1834, S. 52). Viele dieser Gerichtsärzte schätzten die Veterinärmedizin nur sehr gering. So kam es vor, daß die Ärzte, die sich zur Anstellung als Gerichtsärzte qualifizieren wollten,

"... sich großen Theils nur inscribiren lassen, um Frequentationszeugnisse zu erhalten ... die Vorlesungen mit geringer Ausnahme gar nicht besuchen, oder nur um durch fade und sogar unartige Witzeleien hie und da ihre Nichtachtung gegen die Veterinär-Wissenschaft auszudrücken ..." (ebd., S. 51).

Die Geringschätzung der Tierheilkunde und der Tierärzte läßt vermuten, daß viele Humanmediziner in Unkenntnis der Bedeutung der Tierheilkunde nicht gewillt waren, Tierärzten in Klagefällen zu ihrem Recht zu verhelfen. Die Gerichtsärzte wurden zudem auf Vorschlag des Magistrats ernannt und anschließend durch die vorge setzte Landesstelle bestätigt (DÖLLINGER 1838a, S. 399). Die enge Beziehung des Gerichtsarztes zum Magistrat macht verständlich, daß der Gerichtsarzt dem Magistrat und dessen Ansichten oft näherstand als dem Tierarzt. Daher ist es um so bemerkenswerter, daß der Straubinger Stadtgerichtsarzt die Klage Sporers beachtet

und diese an den Magistrat weiterleitet mit der Bitte, den Schmiedemeister zu bestrafen (s. o. S. 70).

In seiner Klage wegen der Errichtung eines Kurstalles aus dem Jahr 1824 vermittelt Sporer's Aussage den Eindruck, daß der Magistrat nicht gewillt war, ihn gegen die Puschereien des Schmiedes in Schutz zu nehmen. Er gibt an, er konnte, obwohl er

"... diesen Vorfall dem hiesigen Stadtmagistrate mehrmals anzeigte, und um Abstellung dieser für mich und meine große Familie so drückende Beeinträchtigung bat ... von Seite des Magistrats keinen weitem Befehl an Ballauf erwirken ..." (s. o. S. 71).

Daher wendet er sich mit seiner Beschwerde an die Kreisregierung, die ihrerseits Sporer's Klage dem Stadtmagistrat übersendet, mit der Bitte, innerhalb von 14 Tagen darüber zu berichten. Der Magistrat teilt daraufhin der Kreisregierung mit, daß Sporer seit der Bestrafung Pallaufs am 13. Oktober 1821 keine Klage gegen den Schmiedemeister mehr eingereicht habe. Der Stadtmagistrat widerspricht damit Sporer's Behauptung, er habe die Errichtung des Kurstalles wiederholt beim Magistrat angezeigt, allerdings ohne Erfolg. Welche der beiden Aussagen richtig ist, kann nicht entschieden werden. Es ist unwahrscheinlich, daß der Stadtmagistrat der ihm vorgesetzten Kreisregierung bezüglich Sporer's Beschwerden falsche Angaben machte. Man muß aber bedenken, daß der Magistrat nach eigener Aussage von der Kurstallerrichtung gewußt hat, ohne dagegen einzuschreiten. Außerdem gibt der angeklagte Schmied an,

"Der Magistrat ging ... schwer daran, gegen mich Maßregeln zu nehmen ..." (s. u. S. 129).

Andererseits hätte sich der Tierarzt kaum an die Kreisregierung gewandt, wenn der Magistrat seinen Klagen Beachtung geschenkt hätte.

Der Schmied gibt bei seiner Vernehmung zunächst zu, trotz des ihm 1821 auferlegten Verbotes Tiere behandelt zu haben. Er begründet dies damit, daß

"... der Thierarzt Sporer nicht helfen konnte,

oder weil die Pferdbesitzer dessen Hilfe nicht wollten ..." (s. o. S. 77).

Gleichzeitig streitet er ab, in seiner Stallung kranke Pferde unterzubringen. Damit sagt Pallauf die Unwahrheit. Drei Jahre später, 1827, rechtfertigt der Schmied die Behandlung kranker Tiere mit der Aussage, der Tierarzt sei

"... ausser Stande ... die Kur vorzunehmen, weil er keinen Nothstall besitzt" (s. u. S. 92 f).

Er fragt, wie er sich in einem solchen Falle zu verhalten habe. Mit dieser Aussage macht er deutlich, daß er sehr wohl einen solchen Stall besitzt und ihn auch zur Unterbringung kranker Tiere benutzt. Den Wert einer solchen Einrichtung erkannten einige Tierärzte erst zehn Jahre später als dieser Schmied. PLANK schreibt 1834 (S. 192), in Deutschland hätten nunmehr

"... mehrere Thierärzte in ihren Wohnhäusern kleine Krankenanstalten oder eigene Ställe zur Aufnahme kranker Thiere, nicht unzweckmäßig, errichtet ..."

Die Vorteile eines derartigen Kur- oder Krankenstalles waren unübersehbar: Während Pallauf in seinem Stall 3 Pferde gleichzeitig unterbringen und versorgen konnte, mußte Sporer jeden Patienten einzeln aufsuchen und sich dementsprechend für den Zeitaufwand und die Reisekosten bezahlen lassen. Dadurch wurde eine Behandlung durch den Tierarzt teurer als durch den Schmied. Pallauf führt zudem an, daß er sich für seine Kuren

"... äußerst wenig bezahlen ließ ..." (s. u. S. 128).

Er will mit seiner Aussage beweisen, daß er die Tierheilkunde nicht aus Gewinnsucht betreibe, sondern nur aus Gefälligkeit dem Publikum gegenüber, das großes Vertrauen zu ihm habe. Pallaufs Aussage war durchaus glaubhaft, zumal er anmerkt, daß er

"... die Thierarzney ... bey seinem Schmidgewerbe

... zur Puscherey nicht
bedürfe ..." (s. o. S. 77).

Der Tierarzt wurde aber durch diese Tatsache noch zusätzlich in seiner Praxis beeinträchtigt, denn die Behandlung eines Tieres war nicht nur eine Vertrauens- sondern auch eine Geldfrage. Selbst wenn Pallauf die Patienten allein aus Gefälligkeit preiswert behandelte, so muß er doch gewußt haben, daß die Bevölkerung ihn, den billigeren "Tierarzt", vorziehen würde. Im Gegensatz zu Pallauf war Sporer gezwungen, seinen Lebensunterhalt ausschließlich aus der tierärztlichen Praxis zu ziehen. Da aber sein Kundenkreis noch nicht so ausgedehnt war, mußte er — um existieren zu können — auf jeden Fall höhere Behandlungskosten verlangen als der Schmied. Diese Tatsache trieb die Bevölkerung aber wieder in die Arme des Puschers.

Sporer befand sich aber nicht allein in dieser mißlichen Lage. KREUTZER begründet 1834 (S. 94) die oft hohen Tierarztkosten unter anderem damit, daß ein Tierarzt, der nur einen begrenzten Kundenkreis hat, gezwungen sei,

"... sich durch höhere Forderungen bei den einzelnen wenigen ihm vorkommenden Fällen den nöthigen Lebensunterhalt zu sichern, was aber den Umfang seiner Praxis nicht vergrößert".

Zum Verständnis muß hinzugefügt werden, daß es in Bayern zunächst noch keine Taxordnung für Tierärzte gab, obwohl es bereits 1810 in § 30 des organischen Ediktes hieß:

"In Hinsicht der Remuneration für ihre einzelnen Bemühungen werden Wir bei der Einführung der allgemeinen medicinischen Taxordnung das Geeignete erlassen" (DÖLLINGER 1838a, S. 255).

Als 1836 schließlich die Taxen für medizinische Leistungen festgesetzt wurden, stellte man die Tierärzte

"... bezüglich auf Tagesgebühren, bei Seuchen und andern amtlich aufgetragenen Geschäften, den Landärzten und Wundärzten erster Classe gleich ..." (ebd., S. 312; s. a. KNAB 1957, S. 40).

Eine Bestimmung über eine Taxe bei den eigentlichen tierärztlichen Verrichtungen wurde nicht festgesetzt. Man begründete dies folgendermaßen:

"Da sich wegen Neuheit des Veterinärwesens herkömmliche Preisbestimmungen, die eine Richtschnur für eine Taxe geben könnten, noch nicht gebildet haben, so wird bis auf Weiters von einer Taxe für die einzelnen thierärztlichen Leistungen Umgang genommen" (DÖLLINGER 1838a, S. 312).

Es ist sicherlich richtig, daß das Veterinärwesen noch eine sehr junge "Wissenschaft" war. Seit der Gründung der Tierarzneischule in München waren aber immerhin 46 Jahre vergangen, so daß die Regierung bei entsprechender Achtung des tierärztlichen Berufes im Stande gewesen wäre, eine Taxe für tierärztliche Verrichtungen zu erlassen. Dieser Mißstand gab oft Anlaß zur Kritik. 1832 erscheint im Münchener Conversationsblatt der Artikel eines Tierarztes, als dessen Verfasser sich erst 1853 (S. 8) KREUTZER zu erkennen gibt. Darin heißt es, daß ein Tierarzt auch mit

"... dem festen Willen und größten Eifer sich durch Ausübung seines Faches seinen Unterhalt nicht verdienen kann".

Gleichzeitig kritisiert er, daß die seit 1810 angekündigte Taxordnung immer noch nicht beschlossen wurde (KREUTZER 1832, S. 1287). 1853 beklagt er sich erneut, es sei

"... obwohl schon das organische Edikt über das Veterinärwesen vom 1. Februar 1810 auf eine desfalls zu erlassende Instruktion hinweist, bisher gar nichts geschehen" (KREUTZER 1853, S. 6).

Eine "Verordnung über die Gebühren für Dienstleistungen der Tierärzte" gab es erst seit dem 20. Juli 1872 (WOCHENSCHRIFT FÜR THIERHEILKUNDE UND VIEHZUCHT 1872, S. 273 f), seitdem Bayern an das Deutsche Reich angegliedert war.

Der Magistrat bezieht hier — im Unterschied zu den anderen Verfahren — eindeutig Stellung auf Seiten des Pfuschers. Die Sympathie und das Verständnis des Stadtmagistrats für die Pfuscher hatten sich bisher lediglich in den milden Urteilen ausgedrückt. In diesem Fall hingegen rechtfertigt der Magistrat die Pfuscherieien des Schmiedes mit den Worten, daß man

"... von Seite der Pferdinhaber,

und selbst von den An-

stalten, wo Pferde

erfordert werden, das

erforderl. Zutrauen

auf den Thierarzt Sporer in

sich ergebenden Krankheits-

Fällen von Pferden, und

Thieren nicht hat ..." (s. o. S. 74)

Der Schmiedemeister macht in seiner Aussage zusätzlich deutlich, daß selbst Personen, die in Straubing höchstes Ansehen genossen, ihn mit der Behandlung ihrer Pferde beauftragt hätten. Er gibt zu Protokoll, daß er selbst von dem königlichen Landesgestüt zu Hilfe gerufen werde, und daß auch der Direktor des königlichen Appellationsgerichtes ihn mit der Behandlung seines kranken Pferdes beauftragt habe. Die Tatsache, daß gerade dieser Personenkreis, der mit juristischen Angelegenheiten nicht nur vertraut sein mußte, sondern darüber auch zu urteilen hatte, den Pfuscher Pallauf dem Tierarzt vorzog, verdeutlicht Sporer's schwierige Lage. Man durfte von der Unterbehörde, dem Magistrat, kaum erwarten, daß sie konsequent gegen den Pfuscher Pallauf einschritt, wenn nicht einmal an höherer Stelle das Gesetz beachtet wurde, daß nur vorschriftsmäßig approbierte Tierärzte die Tierheilkunde ausüben durften (DÖLLINGER 1838a, S. 255). So wird verständlich, daß vielerorts die Meinung bestand, der Pfuscher

"... ist geschickt, und kann also nicht verdrängt werden" (KREUTZER 1834, S. 96).

Aus dieser Ansicht resultierten dann auch die Strafen für Pfuscher, die eher Aufmunterungen waren,

"... mit Pfuschen und Quacksalbern fortzufahren, als Mittel, die Pfuscher unschädlich zu machen" (ebd., S. 97).

Dennoch war sich der Stadtmagistrat der ihm durch das organische Edikt auferlegten Pflicht bewußt, den Tierarzt schützen zu müssen. Man sicherte der Kreisregierung zu, man werde

"... den Thier-

arzt Sporer nach aller

Möglichkeit vor Beein-

trächtigungen durch

den Hu(e)fschmid Pallauf

schützen ..." (s. o. S. 75).

Um den guten Willen zu unterstreichen, droht der Magistrat dem Schmied bei einer erneuten Pfuscherei 25 Taler Strafe an. Ohne

die Intervention der Kreisregierung wäre diese im Vergleich zu anderen Fällen (s. o. S. 14 f, 24, 54) hohe Strafandrohung nicht erfolgt. Beweis für diese Annahme ist, daß Sporer bereits zwei Monate später erneut gegen den Schmied Pallauf klagt (s. u. S. 89). Diese Beschwerde wegen der Vornahme von Eingüssen findet vor dem Magistrat ebensowenig Beachtung wie die aus dem Jahre 1825 wegen tierärztlicher Pfuscherei (s. u. S. 91). Hätte der Magistrat dem Schmied die 25 Taler Strafe aus "innerster Überzeugung" angedroht, so hätte die Strafe zwei Monate später realisiert werden müssen. Statt dessen beschränkte man sich in den folgenden Jahren auf Ermahnungen und die Verhängung so niedriger Geldstrafen, daß sie keine Abschreckung vor weiteren Pfuschereien sein konnten.

Tab. 3. Übersicht der Verfahren wegen unberechtigter Vornahme
von Eingüssen an Tieren. Nach dem Zeitpunkt der Anklage geordnet.

<u>Kläger</u>	<u>Beklagter</u>	<u>Datum der Anklage</u>
Tierarzt Sporer	Stephan Pallauf	18. November 1824
Tierarzt Sporer	Stephan Pallauf	31. Mai 1827
Tierarzt Sporer	Stephan Pallauf	12. Februar 1835
Tierarztassistent Obich	Andreas Preisser	6. Oktober 1852

IV. Verfahren wegen unberechtigter Vornahme von Eingüssen an Tieren

1. Fallbeschreibung

Tierarzt Sporer klagt zwei Personen wegen der Vornahme von Eingüssen an Tieren an, und zwar den Schmiedemeister Stephan Pallauf aus Straubing sowie den Tagelöhner Andreas Preisser aus Mitterharthausen. Pallauf wurde bereits 1824 wegen der Errichtung eines Kurstalles angeklagt. Im gleichen Jahr wird der Schmiedemeister auch der Vornahme von Eingüssen beschuldigt. 1827 und 1835 wird Pallauf von Sporer wegen des gleichen "Delikts" angeklagt. Die Beschwerde gegen den Tagelöhner Preisser stammt aus dem Jahr 1852.

a) Die Beschwerde des Tierarztes Sporer gegen den Schmiedemeister Pallauf aus dem Jahr 1824

Am 18. November 1824 übersendet der Tierarzt Jakob Sporer dem Stadtmagistrat Straubing folgende Beschwerde gegen den Schmiedemeister Pallauf:

"Ohngeachtet der früheren gnädigen Verfügung des königl. Stadt-Magistrates, erlaubt sich Ballauf (sic!) bürgl. Hufschmied von hier, dennoch seine thierärztlichen Pfuscherereien fortzusetzen.

Da nun durch diese ausgedehnte/n/ Pfuscherereien nicht nur allein mir mein Nahrungsweig beträchtlich verringert wird, sondern dadurch auch dem Volke im Allgemeinen die schädlichsten Folgen zugehen, so halte ich mich verpflichtet, Einen königl. Stadtmagistrat, gehorsamst zu bitten, dem Ballaufischen Pfuscherereien mit möglichster Strenge zu begegnen.

Das sich Ballauf den thierärztlichen Pfuscherereien wiederholt unterzogen habe, beweisen nachstehende Personen die sich gleichfalls solchen Pfuscherwerken anvertrauten, als ein Pferd bei dem Bier-Brauer H. Neumayer, den Bier-

Brauer H. Gausinger, Mill. H. Di(e)rector v. Prentner, H. Aufschläger Baumgürtl. Fr. Mayer Brandweinbrenners Wittwe die ersten 2 Pferde litten an Kolik, und sind ganz wahrscheinlich durch seine unzwe/c/kmäßigen Eingüße, die den Krankheits-Zustand verschliemert hatten, getödtet worden. Das Pferd der Brenners Wittwe Mayer, litt an Halsentzündung, dieser goß Ballauf scharfe Flüssigkeiten (sic!) in die Naaße, und erklärte der Eigenthümerin, es habe die Kehl, und es müßte sich ein Naaßenausfluß einstellen; Ballauf würde auch sicher dieses Pferd, wenn es unter seiner Behandlung geblieben wäre, dem Abdecker geliefert haben."

Zur gnädigen und baldigen Erhör meiner gerechten Bitte, mich in meinen Rechten zu schützen, und so meine Nahrungssorge zu beseitigen, empfehle ich mich in tiefster Ehrfurcht."

Mit der von Sporer erwähnten früheren Verfügung ist der Beschluß des Magistrats vom 26. Oktober 1824 gemeint. Damals wurde dem Schmiedemeister Pallauf die Ausübung der Tierheilkunde unter Androhung von 25 Reichstalern Strafe verboten (s. o. S. 78).

In den Akten ist keine weitere Mitteilung über Sporers Beschwerde vom 18. November 1824 enthalten.

b) Die Beschwerde des Tierarztes Sporer gegen den Schmiedemeister Pallauf aus dem Jahr 1827

Sporer wird am 31. Mai 1827 beim Stadtmagistrat Straubing vorstellig und

"... stellt neuerliche Beschwerde gegen den Schmid Stephan Ballauf (sic!) wegen thierärztlicher Puscherey mit der Bitte, die längst angedrohte Strafe von 10 Rchsthr. wahr zu machen. Derselbe fügt zur Begründung seiner Beschwerde

vorzugsweise an, daß
 Bal/l/auf erst ohngefähr
 vor 14 Tagen ein Pferd
 des hiesig b. Bierbräuers
 Neumaier Sen. ferners
 gestern Abends eine Kuh
 des Bräuhaus Stifters
 Bauer thierärztlich
 behandelte, und solchen
 Thieren Eingüße
 gebe.

Mit Bitte um ge-
 eignete Einschreitung
 und Bestrafung mit
 Bezug auf die Vorackten
 gemäß welchen dem Bal/l/auf
 die Behandlung eines
 kranken Thieres ver-
 bothen ist, unterzeichnet
 Jakob Sporer Thierarzt."

Die von Sporer erwähnten "Vorackten" stammen aus dem Jahr 1825. In diesem Jahr trat Sporer mehrmals gegen Pallauf als Kläger auf. Der Tierarzt beschuldigt den Schmiedemeister der tierärztlichen Puscherei und somit der Praxisbeeinträchtigung. Sporer sagte damals jedoch nicht, von welcher Art die Puschereien waren. Der Magistrat nahm Sporer nach dessen Empfinden nicht genug in Schutz und so wandte sich der Tierarzt mit seiner Beschwerde an das Stadtgerichtsphysikat. Sporer begründete seine Beschwerde von 1825 unter anderem damit, daß

"... durch solche Puschereyen mein Nahrungszweig für
 Weib und meinen vier kleinen Kinder geraubt ... selbst
 meine thierärztliche Ehre hiedurch genömen ist ..."

Sporer führte damals noch weiter aus, daß Pallauf

"... nicht einmal als Beschlagschmid, viel weniger als
 Thierarzt von der Z. Veterinär Schulle zu München pro-
 clomirt ist ..."

Dieser Beschwerde von 1825 folgte der Beschluß des Magistrates, der besagte, daß Pallauf keine Tiere mehr behandeln dürfe. Im Wiederholungsfall sollte er zu der "längst angedrohten" Strafe von 10 Reichstalern verurteilt werden. Diese Strafe war ihm seit Sporers Klage wegen "tierärztlicher Pfuscherei" aus dem Jahre 1821 angedroht (s. o. S. 73).

Man ließ am 8. Juni 1827 den Schmiedemeister vorrufen und verständigte ihn von Sporers Beschwerde. Pallauf erklärte daraufhin, er könne nicht widersprechen

"... auch in neuerer
Zeit sich thierärztliche Behandlung erlaubt zu haben:
allein er könne nichts
dafür, daß die Leute zu ihm kömen, u. Vertrauen auf ihn haben, während die Leute welche für ihr Vieh Hilfe suchen, auf Anweisung zum Thierarzt erklären, daß sie ihr Vieh lieber dem Abdecker ausliefern, als sich an den Thierarzt wenden. So habe er Ballauf gegenwärtig den Fall, daß er ein Pferd des Pfarrers v. Oberschneiding behandle, welches er heute dem Thierarzt überlassen will: Allein er wiße daß dieß der H. Pfarrer nicht angehen läßt.
Auch giebt es Fälle, wo der Thierarzt ausser Stande ist, die Kur vorzunehmen, weil er keinen Nothstall

besitzt. Was ist in einem
 solchen Falle zu thun?
 Er Ballauf wisse wirkli.
 nicht, wie er sich zu ver-
 halten habe; deñ die
 Leute kōmen zu ihn,
 lassen sich nicht abtreiben,
 und überliefern ihr
 Vieh lieber dem Abdecker
 ehe sie zum Thierarzt
 gehen welcher kein
 Vertrauen besitzt.
 Ballauf erklärt schließlich
 daß er den Thierarzt
 nicht verachte, u. daß
 er demselben gerne
 alle Pferd-kuren überlasse,
 allein die (die) Leute
 gehen von ihm nicht weg,
 und zu dem anderen nicht
 hin. Da er hiefür nichts
 könne, so glaubt er von
 Strafe frey zu seyn ..."

Bereits einen Tag später erscheint der genannte Pfarrer vor dem
 Stadtmagistrat und bittet, dem Schmiedemeister die Erlaubnis zur
 Weiterbehandlung seines Pferdes zu erteilen. Der Pfarrer erklärt:

"Er habe vernōmen,
 daß Schmid Bal/l/auf
 das Verboth erhielt,
 das Pferd, welches
 ihm Comparenten gehört
 von demselben dem ge-
 nannten Schmid zur ärztl.
 Behandlung übergeben
 wurde, und schon
 bald geheilt ist, nicht

mehr auskuriren zu
dürfen.

Er wünsche jedoch
daß die Kur voll-
endet werde, weil
er zu dem hiesigen
Thierarzt kein Zu-
trauen habe.

Ausserdem wäre
er veranlaßt,
einen auswärtigen
Thierarzt von Landau
oder noch weiter her
beizuziehen; denn
weder er Comparent
noch das Stadt- und
Landvolk sei geneigt
den hiesigen Veterinär
Arzt beizuziehen.

Sporer möge
bedenken, daß sich
das Zutrauen nicht
erzwingen lasse,
sondern gewonnen
werden müße,
welch letzteres aber
bei ihm nicht der
Fall ist.

Mit der Bitte dem Ballauf
die Vollendung der
begonnen/en/ Kur zu
gestatten, unter-
zeichnet ..."

Am 21. Juni 1827 faßt der Magistrat dann den Beschluß,
"... daß Ballauf wegen fortge-
setzter Pfuscheray zu einer

Strafe von zwey Reichsthalern
und zur Zahlung der ver-
anlaßten Protocolls und
Signaturtaxen zu verurtheilen
und für den nächsten Contra-
ventionsfall mit der längst
angedrohten Geldstrafe zu
10 Reichsthaler abzubüßen
ist.

Ballauf, der bezeichneten
Polizeyübertretung selbst
geständig, hat die Kosten
sogleich abzuführen.-"

c) Die Beschwerde des Tierarztes Sporer gegen den Schmiedemeister
Pallauf aus dem Jahr 1835

Die dritte Beschwerde von Sporer gegen Pallauf wegen der Vornahme
von Eingüssen stammt vom 12. Februar 1835. Sporer klagt zunächst
wegen Puscherei und Beeinträchtigung seiner Praxis. Dann konkre-
tisiert er seine Beschwerde, indem er angibt,

"Ballauf habe nämlich
ein krankes Pferd
des Lohnkutschers Rei-
cherstorfer behandelt,
u. durch den Einguß
des Trankes in die
Nase dasselbe getöd-
tet. Da Ballauf
erst am 21 Juny
1827 wegen fort-
gesetzter thierärztl.
Puscherei mit 2
Reichsthl. bestraft, und
für den nächsten Con-
trventions-Fall mit

10 Reichsthl. bedroht
worden, so bitte er
nun ihn in die an-
gedrohte Strafe, und
in die Kosten zu ver-
urtheilen.

Stephan Ballauf er-
wiedert auf diese
Beschwerde, daß der
Lohnkutscher Reicher-
storfer, welcher sein
Nachbar sei, ihn er-
sucht habe, ihm zu/r/
Heilung seiner 2
kranken Pferde ei-
nen Rath zu erthei-
len, und daß er nicht
glaubte zu fehlen,
indem er dem Reicher-
storfer ein Mittel ver-
rieth, welches in ähnlichen
Fällen schon oft gute Wir-
kung that. Da Rei-
cherstorfer den Trank
selbst nicht eingiessen
konnte, so habe er auf
sein Ansuchen dieses
gethan, und er habe
den Trank deßwegen
in die Nase eingegos-
sen, weil durch diese
auch die Unreinigkeit
hätte heraus fließen
sollen. Der Trank
sei eben nur aus Gäns-
fette, und Baumö(e)l
bestanden."

Es folgt der Beschluß des Stadtmagistrates. Darin heißt es:

"Da Stephan Ballauf selbst nicht widersprechen kann, daß er nicht nur dem Reicherstorfer für seine 2 Pferde einen Heiltrank verrieth; sondern auch den Pferden den Trank selbst eingoß, so wird er wegen dieser thierärztl. Puscherei in die ihm am 21. Juni 1827 angedrohte Strafe von 10 Reichsthl. und in die Verhandlungskosten verurtheilt, und für einen weitem Contraventionsfall mit einer Strafe von 20 Reichsthl. bedroht."

d) Die Beschwerde des Tierarztes Sporer gegen den Tagelöhner
Preisser von Mitterharthausen aus dem Jahr 1852

Die Beschwerde wird in Sporer's Namen von dessen Assistenten Maximilian Obich geführt, da Sporer wegen einer schweren Krankheit verhindert ist und nicht persönlich vor dem Stadtmagistrat erscheinen kann. Am 6. Oktober 1852 wird Obich beim Stadtmagistrat vorstellig und gibt folgendes zu Protokoll:

"Der berüchtigte
thierärztliche Pfu-
scher Andreas Preisser
wurde Mitte Juli
d. Js. zu dem Bäcker
Leimer gerufen,
welcher eine
kranke Kuh hatte;
mit welcher Krank-
heit aber diese
Kuh behaftet war,
kann ich nicht
sagen.

Preisser goß die-
 ser Kuh von ei-
 ner in einem
 Glase befindlichen
 Flüssigkeit ein,
 begnügte sich aber
 hiemit noch nicht, son-
 dern um dem Gan-
 zen einen mystery-
 ösen Anstrich zu ge-
 ben, machte er aller-
 lei Zauber-
 formeln, räucherte
 den ganzen Stall
 aus, und schrieb an
 die Stallthüre mehre-
 re kabbakistische
 Zeichen, alles die-
 ses natürlich nur
 um den Leuten
 eine grosse Mei-
 nung von sich bei-
 zubringen, und
 dieselben noch
 mehr zu prellen.
 Da dem Preisser
 meines Wissens
 für eine wider-
 hollte thierärzt-
 liche Pfuscherei
 die Stadtverwei-
 sung angedroht
 wurde, so bitte ich
 dieselbe zu
 realisiren.
 Als Zeugen benen-

ne ich den Bäcker-
meister Leimer
und die Thierarz-
tenstochter There-
sia Sporrer,
welche letztere
Zeugin des Vor-
falles war."

Daraufhin bestellt man den Tagelöhner Andreas Preisser zur Vernehmung. Preisser macht am 13. Oktober 1852 folgende Aussage:

"Ich muß die Angabe
des Thierarzts
gänzlich wider-
sprechen.

Ich habe der Kuh
des Bäckers Lei-
mer nichts einge-
gossen, und auch
keine Zauberformeln
um die Leute zu täu-
schen gebraucht, er-
warte dießfalls
Beweis."

Da Preisser den Vorwurf abstreitet, werden vom Magistrat mehrere Zeugen zur Vernehmung bestellt. Am 14. Oktober 1852 erscheint zunächst Tierarzt Obich vor dem Magistrat und korrigiert seine Aussage folgendermaßen:

"Ich habe unlängst
angezeigt, daß der
Tagelöhner Wolfgang
Preisser von Mit-
terharthausen, als er
der kranken Kuh
des Bäckers (Preis-
ser) eine Flüßig-
keit eingoß, und

sich hiedurch einer
 Thierärztlichen
 Pfuscherei schuldig
 machte, auch aller-
 hand Zaubereien
 gebrauchte, um
 die Leute zu
 täuschen.
 Ich muß hier meine
 gemachte Angabe
 in soferne be-
 richtigen, als Preisser
 die Zaubereien
 nicht selbst vornahm,
 sondern eine in
 temporären Auf-
 enthalte hier befind-
 liche Lehrer/s/witt-
 we, deren Namen
 ich nicht angeben kann."

Bei dem erwähnten Wolfgang Preisser handelt es sich um den Ange-
 klagten Andreas Preisser. Der falsche Vorname kann durch eine
 falsche Aussage Obichs entstanden sein oder durch einen Irrtum
 des Stadtschreibers. Preissers Vorname wird in sämtlichen Ak-
 ten mit Andreas angegeben.

Als zweiten Zeugen läßt man den betroffenen Tierbesitzer
 vor, den Bäckermeister Xaver Leimer. Dieser erklärt:

"Andreas Preisser
 hat mir von Ahol-
 fing im Monat
 Juli d. Js. eine Kuh zuge-
 bracht; diese Kuh
 war aber wie
 man zu sagen
 pflegt schartig
 und konnte da-

her nicht mit den
 andern Kühen
 mitfressen.
 Ich machte deßhalb
 den Preisser Vor-
 würfe, daß er
 mir eine so schlechte
 Kuh zugebracht.
 Preisser schaute
 hierauf der Kuh
 ins Maul, ob sie
 den wirklich schartig
 sei, ohne ihr indeß
 etwas einzugiessen.
 Die Lehrerwittwe
 Kampf von Schwar-
 zach äusserte die
 Meinung es könnte
 diese Kuh, weil
 sie nicht fressen
 wolle, von der
 Trud verhext
 sein, und machte
 daher an der
 Stallthüre ein
 s. g. Trudenkreuz,
 worüber wir alle
 lachen mußten.
 Ich habe später die
 Kuh an den Metzger
 zu Oberschneiding
 verkauft.
 Andreas Preisser
 hat sich an
 der fraglichen Kuh
 meines Wissens

keiner thierärzt-
lichen Pfuscherei
schuldig gemacht."

Schließlich wird noch am gleichen Tag, am 14. Oktober 1852, als letzte Zeugin die Tierarzttochter Theresia Sporer vernommen, die sogar ein Handgelübde ablegen muß. Sie gibt folgendes zu Protokoll:

"Als ich im Monat Juli
d. Js. an einem Samstag
den Tag ich jetzt nicht
näher bezeichnen,
zu den Brunnen
hinabging um etwas
auszuwaschen, sah
ich durch das Stall-
fenster in den Stall
hinnen (sic!) und nahm den
Preisser André
und die Hausmagd
wahr.
Schon früher hatte
ich den Preisser
vom Gang herab
von wo aus man
sehr gut in den
Stall hineinsehen
kann,
bei der Kuh des
Leimer stehen sehen,
wie er ihr in das
Maul hinein-
schaute, und ein Fläschchen
mit irgend einer Flüssig-
keit in der Hand
hatte.
Hiedurch aufmerk-

sam geworden,
 schaute ich daher vom
 Brunnenrand in
 den Stall hinein
 ich konnte aber nicht
 wahrnehmen ob
 Preisser der Kuh
 wirklich was ein-
 gegossen hat oder
 nicht, ich verspürte
 aber einen scharfen
 geiftigen Geruch
 in der Luft ver-
 breitet, u. zweif-
 le nicht, daß Preis-
 ser der Kuh et-
 was eingegossen
 hat, und daß daher
 der scharfe Ge-
 ruch rühre.

Ich stellte daher
 die Hausmagt (sic!) des
 Leimer, welche als-
 bald aus dem Stalle
 herauskam deßhalb
 zur Rede dieselbe
 wurde sehr ver-
 legen, und bemerkte,
 daß Preisser der
 Kuh bloß ins Maul
 geschaut.

Andreas Preisser
 war damals im
 Hemdsärmeln was
 er wohl nicht nöthig
 gehabt hätte, wenn

er bei der Kuh
nicht eine besonde-
re Verrichtung
gehabt haben wür-
de.

Sonst habe ich
in dieser Bezieh-
ung nicht Sachdien-
liches anzuge-
ben."

Am 22. Oktober 1852 faßt der Magistrat den Beschluß,
"... die Untersuchung mangelnde/n/
Beweises halber einstweilen
einzustellen; die Kosten aber
werden von der Stadtkasse ge-
tragen,
weil zwar einiger Verdacht besteht,
d/a/ß Andreas Preisser der kranken
Kuh des Bäckers Leimer im Monat
Juli d. Js. eine Flüssigkeit ein-
gegossen u. so sich einer thierärztl.
Pfuscherei schuldig gemacht habe,
dieser Verdacht aber doch nicht hin-
reichend erkannt wurde, um
gegen Preisser weiter einzuschrei-
ten."

2. Beurteilung der Verfahren wegen der Vornahme von Eingüssen an Tieren

In allen vier Verfahren treten der Straubinger Tierarzt Sporer und sein Assistent Obich als Kläger auf. Die Klagen erstrecken sich über einen Zeitraum von 28 Jahren. Die erste Klage wegen der Vornahme von Eingüssen an Tieren wird 1824 von Tierarzt Jakob Sporer gegen den Schmiedemeister Stephan Pallauf gestellt. Sporer klagt dann 1827 und 1835 wegen des gleichen "Delikts" erneut gegen Pallauf. Gegen den Tagelöhner Andreas Preisser klagt 1852 Sporer's Assistent, Maximilian Obich. Alle Angeklagten werden beschuldigt, an Tieren Eingüsse vorgenommen zu haben. Wie aus den Akten ersichtlich, wird unter dem Klagepunkt "Einguß" nur das Eingeben oder Eingießen eines Arzneimittels durch die Nase verstanden.

Sporer beschwert sich, wie auch in allen anderen Verfahren, wegen der Beeinträchtigung seiner Praxis. Er fürchtet um seine tierärztliche Existenz und bezeichnet seine Angst konkret als "Nahrungssorge". Auch in anderen Klagen gegen Pallauf wurde dies deutlich, wie z. B. in der Klage wegen "thierärztlicher Pfuscherey" aus dem Jahr 1825. In diesem Verfahren sagt er aus, ihm sei

"... durch solche Pfuschereyen mein Nahrungsweig für

Weib und meinen vier kleinen Kinder geraubt ... (s. o. S. 91)

Die schwierige soziale Lage, in der sich ein Tierarzt in damaliger Zeit befand, wurde bereits eingehend erläutert. Sie war in erster Linie bedingt durch das Mißtrauen, das man den "schulmäßig" gebildeten Tierärzten entgegenbrachte. Dieses Mißtrauen war nicht nur im einfachen Bauernvolk zu finden, sondern auch unter der gebildeten Bevölkerung verbreitet. Dies beweist die Klage Sporer's aus dem Jahre 1827 gegen den Schmied Pallauf wegen der Vornahme von Eingüssen. Darin gibt Pallauf zu, daß er zur Zeit ein Pferd eines Pfarrers behandle. Der besagte Pfarrer erscheint sogar vor dem Magistrat und bittet darum, daß Pallauf das Pferd weiter behandeln dürfe,

"... weil

er zu dem hiesigen

Tierarzt kein Zutrauen habe" (s. o. S. 94).

Mit dieser Aussage wird deutlich, daß der Pfarrer den Pfuscher dem Tierarzt ganz bewußt vorzog. Der Pfarrer geht sogar soweit, zu behaupten, daß auch die restliche Bevölkerung nicht geneigt sei,

"... den hiesigen Veterinär
Arzt beizuziehen" (l. c.).

Vor diesem sozialen Hintergrund wird verständlich, warum Sporer so bedacht darauf war, dem Pfuscher Pallauf das Handwerk zu legen. Solange dieser viel gefragte Mann als "Tierarzt" zur Verfügung stand, würde man ihn, der nur wenig Vertrauen und Ansehen genoß, kaum als Tierarzt zu Rate ziehen.

Das Mißtrauen und die Vorurteile, die das einfache Volk einem ausgebildeten Tierarzt entgegenbrachten, waren sicherlich anders begründet als die ablehnende Haltung in der gebildeten Bevölkerung. Der Bauer fühlte sich einem Schmied, Hirten oder Schäfer weit mehr verbunden als einem "professionell" ausgebildeten Tierarzt. Das lag daran, daß es vor der Gründung der Tierarzneyschulen gerade dieser Personenkreis war, der seit Jahrhunderten die Tierheilkunde ausübte (VON NIDA 1934, S. 493). Die Landbevölkerung hielt lieber an ihren alten Traditionen fest, als daß sie einen Veterinär zu Hilfe gerufen hätte. Die Vorurteile, die die gebildete Bevölkerung gegen die Tierärzte hegte, hatten eher andere Gründe. Man verachtete den wissenschaftlich gebildeten Tierarzt, wie Sporer es war, vor allem deshalb, weil er sich während seines Studiums mit Tierleichen befassen mußte (SCHMALTZ 1936, S. 4). Die Beschäftigung mit Tierleichen war bisher ausschließlich den Scharfrichtern und Wasenmeistern vorbehalten, die als unehrlich galten und deren Umgang man mied (BENEKE 1889, S. 183; SCHULZ 1910, S. 10). Der Tierarzt war in die Nähe des Wasenmeisters gerückt und genoß nun auch dessen geringes Ansehen.

Ein Bericht der Preußischen Akademie der Wissenschaften beweist, daß dies nicht nur in Bayern der Fall war. Friedrich der Große hatte von ihr ein Gutachten über die Gründung einer tierärztlichen Bildungsanstalt gefordert und die Akademie hatte mit

der Begründung abgelehnt, man könne den Professoren

"... nicht zumuten, in dem Aas von Tieren zu wühlen" (SCHMALTZ 1936, S. 4).

Noch 1848 beklagt sich ein Merseburger Tierarzt, der tierärztliche Beruf sei ihm,

"... oft sogar ein Hinderniß bei der Einnahme der ihm sonst gebührenden socialen Stellung auch noch dann, wenn man ihn erkannt hat und ihm volle Achtung zollt" (KÖRBER 1848, S. 391).

Er belegt dies mit einem zu damaliger Zeit wohl häufigen Vorurteil, das lautet:

"... er ist ein wissenschaftlich und sittlich gebildeter Mann, der sich auch in Gesellschaften gut zu benehmen weiß; wir können ihn aber doch nicht in unseren Gesellschafts-Familienkreis einführen, er ist leider ja doch nur ein Thierarzt" (l. c.).

Dieses mangelnde Ansehen des tierärztlichen Berufes hatte sicherlich dazu beigetragen, daß der Pfarrer nicht den Tierarzt mit der Behandlung seines Pferdes beauftragt hatte. Es kann aber nicht der einzige Grund gewesen sein, denn der Geistliche führt an, daß er, wenn dem Schmied die Behandlung des Pferdes nicht gestattet werden würde, sich gezwungen sähe, einen anderen Tierarzt als Sporer hinzuzuziehen. Der Pfarrer weigert sich also nicht prinzipiell, einen wissenschaftlich gebildeten Tierarzt beizuziehen, er lehnt jedoch den Straubinger Tierarzt Sporer entschieden ab. Gleichzeitig liefert er auch die Erklärung, warum dies so ist. Er führt an:

"Sporer möge bedenken, daß sich das Zutrauen nicht erzwingen lasse, sondern gewonnen werden müsse, welch letzteres aber bei ihm nicht der Fall ist" (s. o. S. 94).

Auch Pallauf bestätigt das mangelnde Zutrauen der Bevölkerung zu Sporer, als er 1827 aussagt, die Leute

"... überliefern ihr
Vieh lieber dem Abdecker
ehe sie zum Thierarzt
gehen welcher kein
Vertrauen besitzt" (s. o. S. 93).

Dieses Mißtrauen gegenüber Sporer war sicherlich nur zum Teil durch Vorurteile begründet. Sporer arbeitete ja 1827 bereits seit acht Jahren als Tierarzt in Straubing. Man möchte annehmen, daß es ihm in diesem Zeitraum gelungen sein müßte, sich wenigstens bei einem Teil der Bevölkerung Ansehen zu verschaffen und Vertrauen zu gewinnen. Dies war aber offensichtlich nicht der Fall, wie es die Aussage des Pfarrers beweist, der erklärt:

"... weder er Comparent
noch das Stadt- und
Landvolk sei geneigt
den hiesigen Veterinär
Arzt beizuziehen" (s. o. S. 94).

Das könnte zum Teil daran gelegen haben, daß Sporer wirklich kein fähiger Tierarzt war. Dies deutet auch Pallauf an, als er 1827 sein Gesuch um die Zulassung zur tierärztlichen Praxis stellt. Er sagt aus, daß Sporer deshalb nicht viel zu Hilfe gerufen werde, da

"... dieser Mann in seinen Ku-
ren zu wenig vom Glücke
begünstigt wurde ..." (s. u. S. 128).

Gleichzeitig fährt er fort, daß Sporer seiner Aufgabe

"... nicht gewachsen sei ..." (l. c.),
und schränkt damit sein zunächst gemachtes Zugeständnis, daß zu einer erfolgreichen Behandlung auch Glück gehöre, gleich wieder ein.

Es scheint tatsächlich so gewesen zu sein, daß viele Tierärzte kaum mehr wußten als Schmiede, Hirten und andere "Laien". Der Landgerichtsarzt REDER aus Mellerichstadt berichtet z. B. 1833 (S. 261), daß ein Schäfer bei einer Geburt weit besser Bescheid wußte als der anwesende Tierarzt. Und auch RYSS schreibt 1808 (S. 8), daß die an den Veterinärinstituten ausgebildeten Tierärzte nichts wußten

"... von den für sie brauchbaren practischen Anwendungen ... /sie/ trauen sich nicht, etwas zu unternehmen; bey jeder Gelegenheit, wo sie gebraucht werden, schwatzen sie den Leuten unverständige Dinge vor, sind unglücklich, verlieren ihren Credit, und durch sie die Institute, wo sie erzogen worden; man sucht daher seine Zuflucht bey den sonst gemeinen Pfuschern, und scheut diese Erziehungs-Anstalten und ihre Zöglinge."

RYSS zeigt noch einen weiteren Aspekt auf. Er schreibt, daß die ersten Schüler der Tierarzneischulen durch ihre oft recht unglücklichen Behandlungen den Ruf der Tierarzneischule und ihrer Eleven in Mißkredit brachten. Dies lag daran, daß die Tierarzneischulen

"... eine rohe, unbildsame Masse ... zu ihren Zöglingen erkohren ..."
(BOJANUS 1805, S. 99).

Sie besaßen in der Regel kaum eine schulische Vorbildung, so daß ein "wissenschaftlicher" Unterricht gar nicht abgehalten werden konnte. So konnten 1801 von insgesamt acht Eleven, die sich um die Aufnahme an der Zentral-Tierarzneischule in München bewarben, nur zwei lesen und schreiben (HAHN/VIANDT 1890, S. 7). Daher ist erklärlich, daß viele dieser Eleven trotz ihrer Ausbildung nur Empiriker blieben und mit den Pfuschern oft auf eine Stufe gestellt wurden. Mitunter waren die Schmiede oder Hirten den ausgebildeten Tierärzten sogar überlegen, weil sie in der Regel eine größere praktische Erfahrung besaßen. Dies belegt auch eine Aussage KREUTZERS, der (1853, S. 5) angibt, daß

"... die von der Schule entlassenen Thierärzte gewöhnlich Jahre lang zu thun hatten, sich den nöthigen praktischen Takt anzueignen."

Diese Misere war auch den Lehrern der Zentral-Tierarzneischule in München wohl bekannt, denn 1848 erklären die Professoren SCHWAB und PLANK in einem Gutachten,

"... dass man nicht verlange, dass aus einer Lehranstalt wirklich Praktiker hervorgehen sollen, weil man wisse, dass die praktische Gewandtheit erst im praktischen Leben und nach und nach erworben werden könne"
(HAHN/VIANDT 1890, S. 55; s. a. ERXLEBEN 1956, S. 12).

Ist auch die Richtigkeit dieser Feststellung nicht anzuzweifeln, so trug dies aber keineswegs dazu bei, das Ansehen der neu gebildeten Tierärzte bei der Bevölkerung zu verbessern. Dadurch

hatten es Tierärzte wie Sporer, die den ersten Generationen von zumeist unfähigen Tierärzten nachfolgten, doppelt schwer, sich Vertrauen zu erwerben. Außerdem wurden "wissenschaftlich" gebildete Tierärzte oft erst dann gerufen, wenn ein Pfuscher das Tier bereits erfolglos vorbehandelt hatte. ECKEL berichtet 1823 (S. 21), daß der Tierarzt in solchen Fällen Gefahr laufe,

"... sich und die Wissenschaft um allen Ruf zu bringen. Denn geneset es, so haben gewiß die Arzeneyen des Afterarztes erst nachgewirkt; fällt es, dann hat Niemand als der Thierarzt und die ganze Thierarzeneywissenschaft Schuld."

Der Magistrat fühlte sich dem Pfuscher — genau wie die Bevölkerung — weit mehr verbunden als dem Tierarzt. Obwohl — wie bereits erwähnt — die Tierärzte durch die Behörden vor Pfuschern zu schützen waren, nahm der Magistrat eher den Pfuscher Pallauf vor dem Tierarzt in Schutz als umgekehrt. Dies belegt allein die Tatsache, daß Sporer so oft gegen Pallauf klagen muß und der Schmied wegen seiner Pfuschereien zunächst nicht bestraft wird. So wird Sporers Klage aus dem Jahr 1824 — wegen der Vornahme von Eingüssen an zwei kolikkranken Pferden, sowie an einem an Halsentzündung erkrankten Pferd — vom Magistrat nicht beachtet. Sporer bittet in seiner Klage darum, daß der Schmied zu der ihm bereits angedrohten Geldstrafe von 25 Reichstalern verurteilt wird. Die Strafandrohung stammt ebenfalls aus dem Jahr 1824, als Sporer den Schmied wegen der Errichtung eines Kurstalles anklagte. Obwohl — laut Sporers Aussage — die zwei an Kolik erkrankten Pferde durch die Behandlung des Schmiedes gestorben waren, reagiert der Magistrat nicht auf Sporers Beschwerde. Hätte der Magistrat ein Interesse daran gehabt, die Situation des Tierarztes zu verbessern und dem Pfuscher Pallauf das Handwerk zu legen, so hätte er den Schmied bereits 1824 zu der ihm angedrohten Geldstrafe verurteilen müssen. Dies geschah aber nicht. Statt dessen mußte Sporer in der nächsten Zeit immer wieder gegen Pallauf klagen, allerdings ohne jeden Erfolg. Um seiner Klage wegen "thierärztlicher Pfuscherey" aus dem Jahr 1825 mehr Gewicht zu verleihen, führt er an, daß Pallauf

"... nicht einmal als Beschlagschmid, viel weniger als

Thierarzt von der Z. Veterinär Schule zu München proclomirt ist ..." (s. o. S. 91).

Sporer spielt damit auf den § 24 des organischen Edikts an, der besagt,

"... daß in Zukunft jeder Schmied, welcher das Recht des Hufbeschlages als Meister ausüben oder einer Beschlagschmiede vorstehen will, ohne Ausnahme an der Central-Veterinärschule zu München zuvor eine Prüfung über die Anatomie des Pferdfußes und Hufes, dann über die diese Theile gewöhnlich befallenden Krankheiten und Zufälle ablegen, und Beweise seiner Fähigkeit in der Beschlagkunde des gesunden und kranken Pferd-hufes geben muß" (DÖLLINGER 1838a, S. 253).

Durch seinen Hinweis, daß Pallauf diese Prüfung gar nicht abgelegt habe, versucht Sporer vor dem Magistrat die beruflichen Fähigkeiten des Schmiedes herabzusetzen. Aber auch diese Klage des Tierarztes fand beim Magistrat keine Beachtung. Man verbot dem Schmied zwar die Behandlung kranker Tiere und drohte ihm erneut eine Geldstrafe in Höhe von 10 Reichstalern an, es erfolgte aber keine Bestrafung (s. o. S. 92). Erst im Jahr 1827, bei Sporer's Klage wegen der Vornahme von Eingüssen, erfolgt die erste Bestrafung des Schmiedes. Allerdings wird Pallauf längst nicht in der von Sporer geforderten Höhe von 10 Reichstalern bestraft, sondern nur mit 2 Reichstalern. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, daß der Magistrat nicht gewillt war, hart gegen Pallauf durchzugreifen. Der Grund liegt wohl darin, daß im Magistrat viele Handwerker vertreten waren, denen ein Schmied als Mitglied einer Handwerkszunft näherstand als der Tierarzt.

Erst 1835, also 11 Jahre nach Sporer's erster Klage wegen der Vornahme von Eingüssen, wird der Schmied mit der ihm seit 14 Jahren angedrohten Geldstrafe von 10 Reichstalern bestraft. In Sporer's Beschwerde von 1835 ist zu erkennen, daß der Schmied sich gar keiner Schuld bewußt war. So gibt er auf Befragen an, daß er nur Nachbarschaftshilfe geleistet habe. Außerdem sei kaum glaubhaft, daß sein Einguß die Todesursache des Pferdes gewesen sein soll, denn der Einguß

"... sei eben nur aus Gänsfette und Baumö(e)l bestanden" (s. o. S. 96

Bei der milden Bestrafung durch den Magistrat spielte sicherlich das gewohnheitsmäßige Recht der Schmiede auf die Heilbehandlung der Tiere eine Rolle. Allerdings bezog sich dieses Recht eben nur auf diejenigen Schmiede, die gleichzeitig mit dem Hufbeschlag auch Aderlässe durchgeführt hatten. Pallauf hingegen handelte nicht in unmittelbarer Verbindung mit seinem Gewerbe, sondern übte die Tierheilkunde als "Tierarzt" aus. Da er aber nicht approbiert war und seine Pfuscherien über Jahre andauerten, hätte er vom Magistrat härter bestraft werden müssen.

Die Klage gegen den Tagelöhner Andreas Preisser, die 1852 von Sporsers Assistenten Obich geführt wird, erscheint in einem anderen Licht. Zunächst fällt auf, daß der Angeklagte Preisser nicht nur der tierärztlichen Pfuscherie beschuldigt wird, sondern auch der Täuschung des Publikums durch Zauberei. Obich wirft ihm in Sporsers Namen vor, einer kranken Kuh eine Flüssigkeit eingegeben und gleichzeitig Zaubereien durchgeführt zu haben,

"... um den Leuten
eine grosse Meinung von sich beizubringen, und dieselben noch mehr zu prellen" (s. o. S. 98).

Gleichzeitig bittet Obich darum, Preisser aus der Stadt zu weisen. Hätte der Tagelöhner die ihm zur Last gelegten Pfuscherien wirklich begangen, so wäre dieser Schritt des Magistrats gerechtfertigt gewesen. Preisser war nämlich mit einer "Vorstrafe" aus dem Jahr 1851 belastet, als er von Sporsers Assistenten Obich wegen tierärztlicher Pfuscherie angeklagt wurde. Damals verurteilte der Magistrat den österreichischen Tagelöhner zu einem zweitägigen Arrest und drohte ihm für den Wiederholungsfall die Stadtverweisung an.

Ein weiterer Unterschied zu den anderen aktenkundigen Fällen liegt darin, daß Preisser wegen der Behandlung ausschließlich einer Kuh angeklagt wird. In allen anderen Fällen werden die Klagen wegen der Behandlung von Pferden oder von Kühen und Pferden ge-

führt. Dies ist insofern bemerkenswert, als Kühe für den Landmann längst keinen so großen Wert darstellten wie Pferde. Dementsprechend leuchtet ein, daß der Bauer zu einer kranken Kuh eher den Pfuscher als den Tierarzt rief, zumal er dem Tierarzt den Zeitaufwand, die Reisekosten etc. bezahlen mußte. So konnte es geschehen, daß die Behandlungs- und Wegekosten den Wert des Tieres überstiegen. Diesen Mißstand zeigt GADERMANN 1833 (S. 265) auf, der fragt, ob man es dem Landmann wohl zumuten könne,

"... einen so weiten Weg zu machen, oder den Thierarzt so ferne herbeizurufen, um etwa eine kranke Kuh, oder einen erkrankten Ochsen heilen zu lassen?"

Er führt weiter aus, daß der Wert eines solchen Tieres in keinem Verhältnis zu den Kurkosten stünde (l. c.). Seine Ausführungen beziehen sich zwar nur auf solche Gegenden, in denen erst in weiter Entfernung ein Tierarzt anzutreffen ist, man kann diese Verhältnisse aber durchaus auch auf Sporer's Bezirk und damit auf den vorliegenden Fall übertragen. Nach dem "Schematismus der Civil- und Militär-Thierärzte Bayerns" von STANGASSINGER aus dem Jahre 1849 (S. 8; s. a. STEINBERGER 1967, S. 70), arbeiteten 1849 drei Tierärzte in Straubing: Jakob Sporer, Johann Peither und Xaver Wilhelm. STANGASSINGER's Angabe erscheint aber nicht ganz korrekt, da aus den Akten eindeutig hervorgeht, daß Wilhelm nach eigener Aussage spätestens seit Februar 1849 die tierärztliche Praxis nicht mehr ausübte (vgl. S. 17). Demnach waren 1849 im Landgerichtsbezirk Straubing nur zwei Tierärzte tätig: Sporer und sein Assistent Peither. Die nachstehenden Viehzahlen beweisen, daß der Landgerichtsbezirk Straubing mit Tierärzten somit völlig unterbesetzt war und GADERMANN's Ausführungen auch auf diesen Bezirk zuträfen. So gab es 1844 im Landgerichtsbezirk Straubing 5174 Pferde, 14 848 Rinder, 11 643 Schafe und 7231 Schweine (VON HERMANN 1855, S. 5). Allein in der Stadt Straubing befanden sich 470 Pferde, 818 Rinder, 319 Schafe und 389 Schweine (ebd., S. 4 f). Auch zehn Jahre später war die Viehzahl relativ konstant geblieben, lediglich die Zahl der Rinder stieg auf über 17 500 (ebd., S. 18 f). Die nächsten Tierärzte, die die Bevölkerung außer Sporer noch hätte hinzuziehen können, wohnten in Bogen, Deggendorf, Din-

golfing, Landau sowie in Pfaffenberg und Kelheim (STANGASSINGER 1849, S. 7 f). Bis auf den Bogener Tierarzt, der aber seinen eigenen Gerichtsbezirk zu versorgen hatte, waren sie viel zu weit entfernt. So schreibt denn auch KREUTZER 1853 (S. 32), daß in

"... solchen Fällen, in denen keine Thierärzte aufgestellt sind oder sie wegen der Größe des Bezirkes wirklich den gerechten Anforderungen der Viehbesitzer nicht entsprechen können, kann von einem entschiedenen Einschreiten gegen diese Pfuscher auch bei dem besten Willen der Behörden nicht die Rede sein ... und der Thierarzt, welcher ... die Behörden gleichwohl zur Einschreitung drängt, handelt unrecht ..."

Wie GADERMANN 1833 (S. 265), kommt auch KREUTZER 1853 (S. 32) zu dem Schluß, daß der Wert des Tieres in einem entsprechenden Verhältnis zum Honorar des Tierarztes stehen müsse. Dies sei aber z. B. bei einem an Durchfall erkrankten Kalb nicht mehr der Fall. Er verurteilt den

"... Thierarzt, der sich durch Egoismus so weit verleiten läßt, daß er dem Landwirthe zumuthet, in solchen Fällen ... lieber gar keine Hilfe, als die eines nicht approbirten Empirikers, zu beanspruchen ..." (l. c.).

In der vorliegenden Klage gegen den Tagelöhner Preisser kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß auch Sporer zu der von KREUTZER angesprochenen Kategorie der Tierärzte gehört. Es scheint, daß Sporer seine Klage eher aus durch Egoismus erwachsener Gewohnheit führt, als aus einer echten Beeinträchtigung und Minderung seiner Existenzgrundlage heraus. Dies belegt allein die Tatsache, wie Sporer von der angeblichen Pfuscherei erfährt. Diese wird ihm von seiner Tochter mitgeteilt, die ihrerseits nicht etwa durch "Hörensagen" davon in Kenntnis gesetzt wird, sondern aus purer Neugier dem besagten Preisser "nachspioniert". Als sie dann nichts Konkretes erfahren kann, scheut sie sich nicht davor, dem Assistenten ihres Vaters falsche Angaben zu machen, auf denen dieser dann seine Anzeige aufbaut. So beschuldigt Obich den Tagelöhner, bei der Kuh einen Einguß vorgenommen und im Stall Zauberien durchgeführt zu haben. Als Preisser dies bei der Vernehmung energisch abstreitet, muß Obich seine Aussage einen Tag später – wahrscheinlich nach Rücksprache mit Theresia Sporer – korrigieren. Er bleibt zwar bei der Behauptung, Preisser hätte der Kuh etwas

eingegossen, sagt aber jetzt bezüglich der Zaubereien aus, daß

"... Preisser
die Zaubereien
nicht selbst vornahm,
sondern eine in
temporären Auf-
enthalte hier befind-
liche Lehrer/s/witt-
we ..." (s. o. S. 100).

In der anschließenden Vernehmung des Tierbesitzers sagt dieser aus, daß Preisser sich tatsächlich keiner Pfuscherei schuldig gemacht habe, da er der Kuh nichts eingegossen habe. Da Preisser ihm die Kuh zugebracht hätte und er selbst dem Tagelöhner Vorwürfe machte, weil die Kuh nicht fressen wollte, habe Preisser ihr ins Maul geschaut. Bezüglich der Zaubereien sagt er aus, daß die anwesende Lehrerswitwe die Meinung äußerte,

"... es könnte
diese Kuh, weil
sie nicht fressen
wolle, von der
Trud verhext
sein, und machte
daher an der
Stallthüre ein
s. g. Trudenkreuz,
worüber wir alle
lachen mußten" (s. o. S. 101).

Die Trud oder Drud galt in Niederbayern als Hexe, die im Volksaberglauben für viele Tierkrankheiten verantwortlich gemacht wurde. Das Drudenkreuz sollte das Eindringen der Trud verhindern (vgl. BOTHE 1970, S. 128).

Nachdem also die Aussage des Tierbesitzers die Unschuld von Preisser belegte, wurde die Tierarzttochter Sporer vorgeladen und befragt. In ihrer Aussage wird dann offensichtlich, daß sie das, was sie zunächst als Tatsache ausgab, gar nicht wirklich gesehen, sondern nur vermutet hatte. So gibt sie an, daß Preisser eine Flasche

mit einer Flüssigkeit in der Hand hatte, daß sie aber nicht wahrnehmen konnte,

"... ob

Preisser der Kuh

wirklich was ein-

gegossen hat oder

nicht ..." (s. o. S. 103).

Auch die Hausmagd, die sie befragt, erklärt ihr, daß Preisser der Kuh bloß ins Maul geschaut hätte. Daher wird am Ende der Verhandlung die Untersuchung mangelnden Beweises halber eingestellt.

In der vorliegenden Beschwerde wird deutlich, daß Sporer nicht davor zurückschreckt, unlautere Mittel anzuwenden, um sein "Recht" durchzusetzen. Dies belegt die Tatsache, daß Sporer's Tochter sich nicht scheut, mittels einer bewußten Falschinformation die Stadtverweisung gegen den Tagelöhner durchzusetzen. Dadurch entsteht der Eindruck, daß Sporer diese Klage eher aus reiner "Gewohnheit" stellt, als aus einer echten Beeinträchtigung heraus, wie es bei seinen früheren Klagen der Fall war.

Tab. 4. Übersicht der Gesuche um Zulassung zur tierärztlichen Praxis. Nach dem Zeitpunkt der Anträge geordnet.

<u>Antragsteller</u>	<u>Beruf des Antragstellers</u>	<u>Datum des Gesuchs</u>
Ignatz Sperger	Wasenmeister	28. August 1810
Stephan Pallauf	Hufschmied	im Juli 1827

Ich weißt du nun genau nicht,
 daß meine Bitte auf den
 anstehenden Blick des seligen,
 meines Gastes gegen sich
 zu haben scheint; denn
 diesen Punkt kann ich nicht
 bei meinem Einverständnis
 und einem Eingabe, weil
 bei mir der Fall gegeben
 der sich zu einem Teil aus,
 nach dem man ihm entgegen
 kommt. Dem ich nicht
 mit Kraft als Knecht aus,
 schon erlauben, dem ich da
 nachgeht, wenn ich mit dir,
 künftigen Knecht abgeben,
 und der diese Knecht nicht
 versteht. Ich aber wenn ich,
 der Knecht nicht als Knecht,
 nicht zum Knecht von dir,

Abb. 2. Schriftprobe, Originalgröße. Der Text entspricht dem Gesuch des Hufschmiedes Stephan Pallauf um Zulassung zur tierärztlichen Praxis (s. u. S. 129 Zeile 27 bis S. 130 Zeile 10).

V. Gesuche um Zulassung zur tierärztlichen Praxis

Bei den beiden Gesuchen um Zulassung zur tierärztlichen Praxis handelt es sich strenggenommen nicht um tierärztliche Puschereien. Da die beiden Anträge jedoch von Personen gestellt wurden, die beide ohne entsprechende Erlaubnis Tiere behandelten und der Schmied Stephan Pallauf deshalb auch schon bestraft wurde, besteht thematisch eine Verbindung zum Puschertum.

1. Fallbeschreibung

In den Akten des Stadtmagistrats liegen zwei Gesuche um Zulassung zur tierärztlichen Praxis vor. Eines wird vom Scharfrichter und Wasenmeister Ignatz Sperger im Jahr 1810 gestellt, das andere vom Hufschmied Stephan Pallauf 1827. Pallauf wurde bereits mehrmals wegen tierärztlicher Puscherei angeklagt.

a) Das Gesuch des Wasenmeisters und Scharfrichters Ignatz Sperger um Zulassung zur tierärztlichen Praxis aus dem Jahr 1810

Am 28. August 1810 übersendet der Straubinger Wasenmeister und Scharfrichter Ignatz Sperger dem königlichen Polizeikommissariat folgenden Brief:

"Die eben erwähnte königliche Stelle verboth wegen der im 34^t Stück des Intelligenz Blattes des Hegenkreises erschienenen Bekanntmachung De Dato 17^t Augh. d. J. in Folge des § 28 des organischen Edikts vom 1^t Febr. 1810 über das veterinär Wesen im Königreiche Baiern allen Ungeprüften, und namentlich mir gehorsamt Unterzeichneten jede Operation, oder welch i^mer für eine Behandlung an erkrankten Thieren vorzunehmen, so lange ich mich nicht durch eine von der allerhöchsten Stelle mir ertheilte Adprobation werde ausweisen können.
Da ich schon 36 Jahre lang nach den in Hän-

den habenden Attestaten die Thierarztnaikunde mit dem glücklichsten Erfolg ausübte, so daß mancher Geprüfte mit mir in keinem Paralell steht, wie die Protokolle des hiesigen Polizei Kommissariats selbst bewähren, da hierin meine vorzüglichste Nahrungs Quelle fundirt ist, besonders da ich hinsichtlich des Wasens durch die höchste Verordnung de Dato 16. Septb. 1794 sehr empfindlich beschränkt worden, und ... die durch diese Verordnung mir zugesicherten Gemeinds Theile nicht erhielt, so finde ich mich bemüßiget bei der allerhöchsten Stelle um ferners freie Praxis im veterinär Wesen einzukommen.

Hiezu bedarf ich aber Belege, und weil ich diese gerne durch eine königliche Stelle aufgenömen zu haben wünschte, damit allerhöchsten Orten die Uiberzeugung geschöpft werde, daß ich mit nichts weniger als mit Unwahrheiten umgehe, oder mit erschlichenen Attestaten Höchstdieselbe behelligen wollte, so wage ich es

An das königliche Polizei Kommissariat die gehorsamste Bitte zu stellen, hochdasselbe geruhe aus der Stadt und Altstadt nachstehende Individuen vorzuruffen, und ihre Aussagen über meine in thierärztlicher Hinsicht ihnen geleistete Dienste zu Protokoll zu nehmen, und mir solches gegen Gebühren gefälligst zu übermachen.

Nachstehende Individuen sind es, bei denen ich sehr oft die schwierigsten Pferde-Kuren mit dem glücklichsten Erfolg über mich hatte."

Anschließend folgt eine Aufzählung von 48 Personen, die auf Sperrers Bitte vom Polizeikommissariat vernommen werden sollen. Ob diese Vernehmungen jemals stattfanden, kann nicht festgestellt werden, da sich in den Akten keinerlei Aufzeichnungen darüber befinden. Das nächste in den Akten enthaltene Schriftstück vom 16.

Dezember 1810 stammt von Straubinger Bürgern und ist an das königliche Polizeikommissariat gerichtet. Darin heißt es:

"Wir unterzeichnete hatten das Unglück,
daß unsere Pferde unversehens erkrankten, und
einer schnellen Hülfe bedurften, wenn sie noch gerettet
werden sollten.

Wir zwangen so zu sagen den Ignatz Sperger,
daß er sich unserer Pferde annehme, und er brachte
es wirklich in kürzester Zeit dahin, daß die Pferde
gerettet wurden. Jetzt soll Ignatz Sperger eine
Strafe von 37 fl 30 K, und etliche Gulden für
Sporteln bezahlen. Was wir mündlich ad Proto-
collem angaben, wiederhollen wir hier, daß wir
nemlich für diese Strafgelder haften, wenn der
Ignatz Sperger wirklich gestraft werden kann.

Da wir unterzeichnete mit vielen anderen
Pferde besitzern uns an das königliche General
Kommissariat gewendet, und darum gebetten haben,
nicht nur, daß die Strafe nachgesehen, sondern
daß uns überhaupt erlaubt werde, uns des Spergers
als Thierarztes zu bedienen, so stellen wir an das
königliche Polizey Kommissariat das gehorsamste Gesuch,
mit Einforderung der Strafgelder bis zum Erfolg
allerhöchster Resolution Instand zu halten."

Aus den Akten ist nicht ersichtlich, wann die Strafe gegen Sperger erhoben wurde. Es folgt eine Aktennotiz ohne Datumsangabe:

"Nachdem die gegenwärtigen Bittsteller nicht
einer Straffe unterworfen wurden, und die
Intercession dritter in Fällen übertretener
Verordnungen und Verbote keinen effectum
suspensivum hat, so ist die vorbeschiedene
Straffe gegen den Wasenmeister Sperger um so
mehr einzuhäuschen, als von diesem kein
recours nachgesucht wurde oder werden könnte."

Am 12. Juni 1811 teilt dann die Regierung des Unterdonaukreises dem Polizeikommissariat Straubing mit, daß man dem Scharfrichter

und Wasenmeister Sperger eröffnet habe,

"... daß seine

bey der allerhöchsten Stelle eingereichte Bitte um Bewilligung sich ferner mit Behandlung des kranken Viehes beschäftigen zu dürfen, in Gemäßheit des organischen Edikts über das Veterinärwesen vom 1. Februar 1810 nicht statt habe. Welches dem k. Polizey-Kommissariate zu Straubing mit dem Auftrage zur Wissenschaft eröffnet wird, über die genaue Befolgung dieser Verordnung unablässig zu wachen."

Ebenfalls vom 12. Juni 1811 datiert eine zweite Mitteilung der Regierung an das Straubinger Polizeikommissariat. Darin heißt es:

"Aus den remittirlichen Original-Anlagen wird das königl. Polizey-Kommissariat Straubing ersehen, welche Bittgesuche der dortige Bierbrauer Leonhard Ludsteck und Konsorten In rubrizierten Betreff dießorts eingereicht haben.

Das k. Polizey-Kommissariat hat den Bittstellern hierauf zu erwiedern/, daß ihrer Bitte, der bestehend allerhöchsten Verordnungen wegen, nicht willfahret werden könne."

Anliegend folgen zwei von Straubinger Bürgern eingereichte Patente, mit der Bitte um Spergers Zulassung zur tierärztlichen Praxis. Das erste datiert vom 16. Dezember 1810 und lautet folgendermaßen:

"Die durch volle 36 Jahre sich hierorts ergebene geprüfte Erfahrung bewies es nur zu bestimmt, daß die Behandlungsart deren sich der hiesige Scharfrichter H. Ignat/z Sperger in der Thier- resp. Pferdarzneykunde bediente laut denen in vidimirten Landgerichtischen Corien an selben ausgestellten Attestaten von jeher mit dem glücklichsten Erfolge gekrönnet waren. Dieses Zutrauen, welches von Persohnen von hohen und niedern Stande stets in ihn gesetzt wurde, so wie die vortheilhafte Meinung, welche die hiesigen Pferd und Hornviehbesitzenden

Privaten von der Gewandtheit besagten H. Spergers in einem sonderheitlich hohen Grade besitzen, beweiset, daß es nur aus eigener Erfahrung herrühre. Diese Kurart übte H. Sperger ohne fernere obrigkeitliche Wiederrede bis zum Erfolg einer neuerlichen Verordnung unbeschränkt aus, wo ihm aber durch die Aufstellung des H. Thierarztes Nepomuk Hübner, in seiner Kurart, so wie auch dem Zutrauen hiesiger Pferdebesitzenden Privaten mit einmal Gräntzen gesetzt wurde, sohin Sperger ohnlängst wegen neuerdings vorgenommenen Pferdekuren obrigkeitlich gestraft wurde. Der Nachtheil der denen hiesigen Pferdebesitzern durch die gänzliche Amovierung des H. Spergers und durch den aufgedrungenen Zwang des H. Hümmers (sic!) zugehet, ist zu einleuchtend, als daß er hie weitläufig bericht werden dürfte. Die erst ohnlängst eingetretenen Fälle bey Ludsteck senior Gerbl, und Wacker bräu, wo Sperger Pferde in der äussersten Gefahr glücklich curirte, beweisen noch zu genüge, wie sehr ein Aufdringen eines Zutrauens gegen einen Fremden mehr schade als nütze. Weniger glücklich, und gerade verkehrt war Hübner bis hieher in seinen meisten unternommenen Pferdekuren, von welchen mehrere hiesige Privaten gegen ihn den Gegenbeweis liefern können, und auch werden. Aus diesen vorliegenden Ansichten geht hervor, daß man den lauten Wunsch äussern müsse, sich für die fernere Beybehaltung des H. Spergers nachdrücklichst verwenden zu müssen, indem es jedem zuviel daranliegt, ärztliche Hilfe für sein krankes Pferd von dem zu verlangen, welcher am meisten geübte Kentniße in seiner Kunst besitzt, ohne desjenige/n sich bedienen zu müssen, gegen den man aus

Gründen gar keine Neigung und Zutrauen besitzt. Durch gegenwärtiges werden die vorgetragene säm̄entliche hiesige Herre Pferdebesitzer höflichst mittels Patents eingeladen, sich hier bestimt zu erklären, ob sie für die Thierärztliche Hilfe des Herrn Spergers, oder des Herrn Hübners gestimt sind, wonach nach eingeholter Stimenmehrheit das weitere wird nächstens verfügt, und bekannt gemacht werden, weil man gesinnet ist, sich für die fernere Ausübung der ärztlichen Praxis allerhöchsten Orten bittlich vorstellungsweise für H. Sperger gemeinschaftlich verwenden zu wollen."

Dieser Bittschrift ist eine Unterschriftensammlung Straubinger Bürger angefügt, die sich in überwältigender Mehrheit für die Beibehaltung von Ignatz Sperger als Tierarzt aussprechen. Das zweite vorliegende Bittgesuch stammt vom 19. Dezember 1810 und wurde ebenfalls von Straubinger Bürgern verfaßt. Darin heißt es:

"Seit vollen 36 Jahren übt der königliche Scharfrichter Ignatz Sperger in der hiesigen Stadt und Gegend die Vieharztneykunde aus, und zwar nicht bloß aus Koñivenz; sondern mit Wissen und Willen der damaligen Churfürstlichen Regierung, der Polizey Kommission, des Rentlastenamtes und des Landgerichtes. Bey Gefahren einer Seuche wurden ihm Visitationen aufgetragen; er muste als Kunst verständiger den Polizey behörden Rapport erstellen, kurz, er war förmlich anerkannter Thierarzt, wenn er gleich die Thierarztneykunde, das heißt die Theorie davon nicht in einer Schule erlernt hat. Seine Kuren waren die glücklichsten, die sich selbst ein studierter Thierarzt wünschen mag, was nicht nur wir säm̄liche, in dem beiliegenden Patent unterzeichnete Pferd besitzer bekennen müsse, sondern auch öffentliche Behörden, baierische und französische Generäle, und sehr ansehnliche Staatsdiener dem Scharfrichter Sperger schriftlich attestirt haben.

Nun mehr ist für die hiesige Stadt und Gegend ein Hiermer (sic!) als Thierarzt angestellt, und es ist dem Scharfrichter Sperger verboten worden, sich weiter mit Ausübung der Thierarztney kunst zu befassen. In wie ferne der neue Thierarzt Hiermer die nemliche Geschicklichkeit wie der Sperger besässe, und in wieferne er im̄er anzutreffen wäre, könnten wir uns diesen Wechsel leicht gefallen lassen; so schwer es übrigens für den Sperger selbst sein müste, noch am Rande seines Lebens diejenige Erwerbsquelle zu verlieren, woraus er seinen Unterhalt bisher fast gänzlich zog. Nun sehen wir aber bei dem neuen Thierarzte Hiermer keine vorzügliche Geschicklichkeit, und dagegen viele Beyspile höchst unglücklicher Kuren; so daß wir uns keineswegs entschließen können, diesem Hiermer unser kostspiliges Vieh und vorzüglich Pferde anzuvertrauen. Der Ignatz Sperger selbst will sich der Viehkuren, bis er hizu berechtigt wird, zu welchem Ende er vor einiger Zeit bei der allerhöchsten Stelle selbst ein Suplic übergeben hat, nicht mehr annehmen und einige aus uns, denen jähling Vieh erkrankt ist, sind schon in dem falle gewesen, den Sperger zu zwingen, daß er sich der Kur ihres Viehes unterzog, welches er ihnen glücklich wieder herstellte, ohne aber dadurch Rügen und Strafen zu entgehen. So wurde er vor etwa 4 Monaten um 5 Reichsthaler gestraft, und ihm dabei eine Strafe von 25 Reichsthaler gedroht. Vor etlichen Wochen hatten die Bierbräuer Ludsteck Senior, Gerbl und Wacker das Unglück, daß ihnen schnell Pferde und zwar gefährlich krank wurden. Sie drangen in den Sperger, der Zeit seines Hierseyns das Vieh in ihren Häusern kurirt; und der ihnen die ersprüßlichsten Dienste von jeher geleistet hat, daß er sie dießmal nicht verlassen, und ihre 3 Pferde, die wenigstens 8 bis 900 fl werth sein mögen, in die Kur nehmen möchte. Sperger stellte ihnen vor, daß er

hierüber schwer gestraft würde; die 3 Bräuer konnten sich aber dem ungeachtet nicht entschliessen, den Hiermer als Arzt zugebrauchen, und Sperger mußte ihnen nachgeben. Wieder alle Erwartung schnell, stellte Sperger, wie allemal, die Pferde her es erwachte aber der Genius, Brodneid genannt, und Sperger soll nun auf seine Anzeige die 25 Reichsthaler Strafe, und einige Gulden Sporteln bezahlen.

Wir allerunterthänigst Endesgesetzte müssen nunmehr gleichwohl bei dem königlichen General Commissariate allerunterthänigst auftreten, und wir stellen die allerunterthänigste Bitte, es wolle die Strafe von 25 Reichsthaler nachgesehen, und uns allergnädigst gestattet werden, uns des Scharfrichters Ignatz Sperger als Thierarztes wie bisher zu bedienen.

Unsere Motiven, von denen wir uns di/e/ allergnädigste Erhör versprechen können, liegen schon in der vorstehenden Erzählung, und die vorzüglichsten sind folgende:

1^{mo} Der für den Thierarzt Hiermer angewiesene District dürfte zu groß seyn, als daß ihn ein einziger Thierarzt versehen könnte. Neben willkührlichen Abwesenheiten ist der Thierarzt auch wegen seinen Geschäften nicht öfter in der Stadt zu treffen.

2^{do} Der Thierarzt Hiermer mag seine Theorie etwa gut gelernt haben; in der Praxis aber ist er häufig unglücklich, und wir glauben nicht schuldig zu seyn, ihm mit unserm Viehe, (auf unsere Kosten) praktische Kenntnisse zu verschaffen.

3^{tio} Ignatz Sperger hat 36 Jahre hindurch glückliche Kuren gemacht, und dadurch wohl am besten bewiesen, daß er die Thierarztneykunde verstehe, wenn er aber auch nicht in einer Veterinärschule gesessen ist. Nebst dem ist er vorhin durch alle Behörden als Thierarzt anerkannt worden. Sperger hat hierüber, und über seine glücklichen Kuren bei der allerhöchsten Stelle nicht weniger als 22 Zeugnisse übergeben, und kann vidi-

mirte Abschriften davon stündlich vorzeigen.

4^{to} Noch im vorigen Kriege kurirte er baierische und französische Militärs-Pferde, weil kein anderer Thierarzt hier war, und er hat hierüber die schönsten Zeugnisse von baierischen und französischen Generälen und Offiziren producirt.

Auf diese Gründe gestützt, zweifeln wir an der

allergnädigsten Erhör unserer Bitte keinen Augenblick ..."

In den Akten finden sich keinerlei Aufzeichnungen über die in der Bittschrift erwähnte Strafe für Sperger. Es ist nicht auszuschießen, daß es sich bei Spergers Bestrafung um das gleiche "Vergehen" handelt, das die Straubinger Bürger am 16. Dezember 1810 dem Polizeikommissariat gegenüber erwähnen. Das Strafmaß ist jedoch verschieden.

Am 10. Juli 1811 teilt das königliche Polizeikommissariat Straubing dem Stadtgerichtsarzt Dr. Weintz mit, daß

"... dem hiesigen Wasenmeister und Scharfrichter Ignatz Sperger die nachgesuchte Behandlung des kranke/n/ Viehes nicht gestattet werden kañ ..."

Am 25. Juni 1811 setzt das Straubinger Polizeikommissariat gemäß der Anordnung des Generalkommissariats des Unterdonaukreises vom 12. Juni, die Bittsteller davon in Kenntniß,

"... daß ihrem Gesuche vom 19. Dbris. 1810, um Bewilligung sich ferners des Scharfrichters Sperger als Viehartztes bedienen zu dürfen, wegen den bestehenden allerhöchsten Verordnungen nicht willf/ahret/ werden kañ."

b) Das Gesuch des Hufschmiedes Stehan Pallauf um Zulassung zur tierärztlichen Praxis aus dem Jahr 1827

Im Juli 1827 übersendet der Hufschmied Stephan Pallauf der Regierung des Unterdonaukreises seine Bitte um Zulassung zur tierärztlichen Praxis. Es heißt darin:

"Ehe es in Baiern allgemein eingeführt wurde, die thierärztliche Praxis nur eigens und wissenschaftlich gebildeten Individuen anzuvertrauen, waren es die Besseren unter den Hufschmieden, bei denen man in Thierkrankheiten Hilfe suchte. Ich hatte schon frühzeitig eine besonders günstige Gelegenheit, mir neben meiner Hufschmiedprofession auch thierärztliche Kenntnisse zu erwerben und da ich mich diesem Fache mit besonderm Eifer widmete, so brachte ich es darin weit genug und übte die Thierheilkunde in hiesiger Stadt und Gegend ungehindert und ausschließlic, öffentlich und mit bestem Erfolge aus, bis vor einigen Jahren in der Person eines gewissen Sporer ein Thierarzt nach Straubing angestellt wurde. Sei es nun, weil man mit mir in zu hohem Grade zufrieden war, oder weil

dieser Mann in seinen Ku-
 ren zu wenig vom Glücke
 begünstigt wurde, man
 wollte sich nicht recht viel
 an ihn wenden, sondern
 wer thierärztlicher Hilfe
 benöthigt war, kam, wie
 vorher, zu mir. Da ich in-
 dessen für meine Kuren
 mir äußerst wenig be-
 zahlen ließ, so hatte ich nicht
 Ursache, sehr zu wünschen,
 daß mir solche bleiben möch-
 te/n/ und ich hätte herzlich gerne
 dem Sporer alle überlassen.
 Ich wies also die Leute ab,
 wieder ab und wieder ab
 — allein es half nichts;
 man drang unwiderstehlich
 in mich, erklärte, lieber
 die Thiere krepiren /zu/ lassen,
 als sie Sporer übergeben
 zu wollen, der seiner Sache
 nicht gewachsen sei, ja man
 ließ mir die Patienten mehr-
 mals ungeachtet meines
 Protestirens und wider mei-
 nen Willen im Hause, so
 daß ich mich darum anneh-
 men mußte und neben
 Sporer in Gottes Namen
 fortkurirte. Dieser schien
 auch anfangs klüglichermassen
 gute Miene zum bösen Spie-
 le zu machen, und ließ
 mich gewähren; aber auf

einmal änderte er sein Benehmen und zeigte mich bei dem Magistrate als Pfuscher an. Der Magistrat ging in Erwägung meiner rühmlichst bekannten Leistungen lange Jahre hindurch und des allgemeinen Zutrauens, das ich besitze, schwer daran, gegen mich Maßregeln zu nehmen; allein da Sporer nicht aussetzt, mich zu verfolgen, mußte ich endlich doch Strafe bezahlen und laufe Gefahr, noch öfters gleiches Schicksal zu haben. In doppelseitigem Gedränge — hier von den Thierbesitzern, da von Sporer — weiß ich mir nicht anders zu helfen, als daß ich an die K. Regierung die unterthänigste Bitte wage, Höchstselbe geruhe, mich zur Heilung von Thierkrankheiten zu autorisiren. Ich mißkenne zwar nicht, daß meine Bitte auf den ersten Anblick das allgemeine Gesetz gegen sich zu haben scheint; allein dieser Schein verschwindet bei näherer Erwägung und wenn irgend, so ist bei mir der Fall gegeben, der sich zu einer Art Aus-

nahme von der allgemeinen
 Regel eignet. Nur der mag
 mit Recht als Pfuscher ange-
 sehen werden, der nie be-
 rechtigt war, sich mit thier-
 ärztlicher Praxis abzugeben,
 und der diese Praxis nicht
 versteht. Ich aber war frü-
 her keineswegs ohne Befug-
 niß zur Heilung von Thier-
 krankheiten, vielmehr lan-
 ge Jahre hindurch der ein-
 zige Thierarzt in Strau-
 bing und dessen Umgebung.
 Ich darf mit Wahrheit be-
 haupten, daß kein Thierbe-
 sitzer daselbst existirte
 und existirt, dem ich nicht
 schon Dienste geleistet habe ...
 und ich könnte insbesondere
 beweisen, daß im K. Gestütze
 und im K. Poststalle ich als
 Thierarzt adhibirt wurde ...
 In die
 Schule kann ich, als ein al-
 ter Mann und da hier-
 bei meine Schmiedeprofes-
 sion versäumt und mir
 ein unverhältnißmäßiger
 Schaden verursacht würde,
 nicht mehr gehen; aber ei-
 ner Prüfung wahrer Sach-
 verständigen, die neben
 der Theorie sich durch lang-
 wierige Praxis gebildet
 haben, darf ich, ohne Furcht

sie nicht zu bestehen, mich stündlich unterwerfen, und bin hierzu bereit, wenn nicht die vieljährige Erfahrung von meiner Tüchtigkeit, durch untadelhafte Zeugnisse bewährt, als ein hinlänglicher Erfolg dieser Prüfung zu gelten vermag: daß der Distrikt groß genug ist, mir und Sporer Beschäftigung zu liefern, wie denn auch letzterer recht gut sich fortbringt; daß ich die thierärztliche Praxis nur als Nebensache betreibe; daß Sporer, wenn er bescheidener auftritt und das Zutrauen des Publikums nicht erzwingen will, endlich immer mehr Kunden gewinnen wird ..."

Als Anlage fügt Pallauf dem Schreiben zehn Zeugnisse Straubinger Bürger bei, die seine tierärztlichen Fähigkeiten beweisen sollen. Diese Zeugnisse wurden ihm im Zeitraum 1819 bis 1821 von Straubinger Bürgern ausgestellt, unter denen sich angesehene Personen befinden, wie zum Beispiel der königliche Appellationsgerichtsrat Graf von Armannsparg. Er attestiert Pallauf

"Daß der bürgerl. Hufschmid Ballauf(sic!) ein Pferd von mir an einer Stollbeutelgeschwulst glücklich und gut kurirte ..."

Am 3. August 1827 übersendet die königliche Regierung des Unterdonaukreises Pallaufs Gesuch dem Straubinger Stadtmagistrat,

"... mit der Weisung, hierin nach der allerrh. Verordnung vom 17. Decber 1825 § 55 von erster Instanz zu entscheiden, und das Geschehene binnen 8 Tagen hier anzuzeigen."

Am 17. August 1827 eröffnet der Magistrat dem Hufschmied Pallauf, daß die Regierung sein Gesuch an den Stadtmagistrat weitergeleitet hat, mit der Weisung, darüber gemäß § 55 der allerhöchsten Verordnung vom 17. Dezember 1825 zu entscheiden. Daraufhin beschließt der Magistrat

"... die

Abweisung des Bittstellers
weil Pallauf die nach dem
Gesetze vom 1. Februar
1810 über das Veterinär-
wesen erforderl.

Thierarzneywissenschaftl.
Bildung nicht besitzt, der
gute Ruf seiner Geschick-
lichkeit in Kuren der Thie-
re keineswegs allge-
mein, vielmehr die Mey-
nung über seine Kennt-
nisse ... geteilt ist, Pallauf
zudem als Schmidmei-
ster sein zureichendes
Auskommen hat, und
dem allgemeinen Be-
dürfnisse ohnehin dadurch
gesteuert ist, daß sich
dahier ein verordnungs-
mässig approbirter Thier-
arzt befindet, zu wel-
chem das Zutrauen des
Publicums immer mehr
zunimmt."

Der Magistrat teilt diesen Beschluß am 17. August 1827 der Regierung des Unterdonaukreises mit. Am 23. August wird der Beschluß von der Regierung bestätigt.

2. Beurteilung der Gesuche um Zulassung zur tierärztlichen Praxis

Die beiden Gesuche um Zulassung zur tierärztlichen Praxis werden von Personen gestellt, die bereits vor dem Inkrafttreten des organischen Edikts vom 1. Februar 1810 in Straubing Tiere behandelten.

Das erste Gesuch stellt der Straubinger Scharfrichter und Wasenmeister Ignatz Sperger im August 1810 an die Kreisregierung, nachdem ihm durch das Polizeikommissariat Straubing die weitere Ausübung der Tierheilkunde verboten worden war. Das Verbot für den Wasenmeister erfolgte aufgrund einer Veröffentlichung des Paragraphen 28 des organischen Edikts im "Intelligenzblatt" des Regenkreises. Dieser Paragraph bestimmte:

"Die auf die vorgeschriebene Weise von der Central-Veterinärschule approbirt und mit Absolutorien versehenen Thierärzte werden nach der Regel den vorläufigen Bestimmungen gemäß bei ihrer Aufnahme als Eleven, in die Genden und Gerichtsbezirke Unseres Reiches vertheilt" (DÖLLINGER 1838a, S. 255).

Da Sperger keine Approbation besaß, durfte er ab sofort nicht mehr tierärztlich tätig sein.

Das "Intelligenzblatt" war das Mitteilungsorgan der Gerichts- und Verwaltungsbehörden, in dem sämtliche Verfügungen und Anordnungen der Ober- und Unterbehörden bekanntgemacht wurden (DÖLLINGER 1816, S. 204). In Straubing selbst erschien das "Intelligenzblatt" von 1809 bis 1812 (KEYSER/ STOOB 1974, S. 652).

Das zweite Gesuch stammt aus dem Jahr 1827 und wird von dem Hufschmied Pallauf an die Regierung des Unterdonaukreises gestellt. Pallauf war zu diesem Zeitpunkt bereits mehrmals von Tierarzt Sporer wegen tierärztlicher Pfuschereien angeklagt worden.

Die beiden Pfuscher stellen ihre Gesuche aus unterschiedlichen Beweggründen heraus. Für Stephan Pallauf, der gleichzeitig seinem Schmiedegewerbe nachgeht, ist die Ausübung der Tierheilkunde nur ein Nebenerwerb. Dies belegt seine Angabe, er ließe sich für seine Kuren nur sehr wenig bezahlen und habe daher

"... nicht

Ursache, sehr zu wünschen,

daß mir solche bleiben möch-
te/n/ und ich hätte herzlich gerne
dem Sporer alle überlassen (s. o. S. 128).

Gleichzeitig weist er darauf hin, daß die Bevölkerung sich weigere, den approbierten Tierarzt zu konsultieren. Daher bliebe ihm, Pallauf, gar keine andere Wahl als die Tiere zu behandeln, zumal man sie

"... ungeachtet meines
Protestirens und wider mei-
nen Willen im Hause ..." ließ (l. c.).

Da Pallauf bereits wegen der Behandlung kranker Tiere bestraft wurde und fürchtet

"... noch öfters gleiches
Schicksal zu haben" (s. o. S. 129),

möchte er seine Tierbehandlungen autorisiert wissen: Er stellt das Gesuch um Zulassung zur tierärztlichen Praxis. Während also für den Hufschmied eher die Angst vor einer erneuten Strafverfolgung als eine soziale Notlage für seine Bitte ausschlaggebend waren, war der Wasenmeister Sperger auf die Ausübung der Tierheilkunde als Haupterwerbsquelle angewiesen. Er führt an, daß in der Tierheilkunde seine

"... vor-
züglichste Nahrungs Quelle fundirt ist ..." (s. o. S. 119).

Sperger belegt diese Aussage, indem er fortfährt:

"... besonders
da ich hinsichtlich des Wasens durch die höchste
Verordnung de Dato 16. Septb. 1794 sehr empfind-
lich beschränkt worden, und ... die durch diese
Verordnung mir zugesicherten Gemeinds Theile
nicht erhielt, so finde ich mich bemüßiget bei
der allerhöchsten Stelle um ferners freie Pra-
xis im veterinär Wesen einzukommen" (l. c.).

Die von dem Wasenmeister erwähnte Verordnung datiert vom 16. September 1794 und betrifft die "Excessen der Wasenmeister mit den Häuten des Viehes" (DÖLLINGER 1838a, S. 285). Darin wird die Regelung getroffen, daß ab sofort die Häute der verendeten Tiere den Tiereigentümern gegen eine geringe Abziehgebühr zurückge-

geben werden müssen. Bisher waren die Häute automatisch in den Besitz der Wasenmeister übergegangen (ebd., S. 286). Um sie dafür zu entschädigen, setzte man in der gleichen Verordnung fest,

"... den Wasenmeistern als einer Gattung meist bedürftiger Leute eine andere Hilfe und Unterstützung für den Entgang ihrer bisher aus Mißbrauch und gegen alle Billigkeit bezogenen Häute angedeihen zu lassen: so genehmigen Seine Churfürstliche Durchlaucht gnädigst, daß denselben ein so anderer verhältnißmäßiger Gemeindsö^edgrund in dem Orte ihrer Wohnung oder ihres Wasenbezirkes nach Thunlichkeit zur Cultur überlassen werde, und dergleichen Grund immer bei der Wasenstatt und Dienst verbleiben soll" (l. c.).

Sperger hatte dieses Gelände nicht erhalten und befand sich dadurch in einer schwierigen finanziellen Lage. Er übte in Straubing zwar noch das Scharfrichteramt aus, aber seit die Hinrichtungen und Folterungen allmählich mehr und mehr eingeschränkt wurden, verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der Scharfrichter derart, daß sich viele von ihnen neue Berufe suchen mußten (SCHUHMANN 1964, S. 210; s. a. SCHULZ 1910, S. 8).

Sperger bezog daher seine Einkünfte — genau wie die meisten anderen Scharfrichter — überwiegend aus der Tätigkeit als Tierarzt und Wasenmeister. Die Einnahmen aus der Wasenmeisterei wurden aber durch die Verordnung vom 16. September 1794 erheblich eingeschränkt, so daß ihm als Haupterwerbsquelle nur die Tierheilkunde blieb. Auch andere bayerische Wasenmeister sahen sich durch diese Verordnung in ihrer Existenz bedroht. So beklagt sich Ende des 18. Jahrhunderts der Wasenmeister Xaver Vollmayr bei der churfürstlichen Regierung, daß er von dem Ertrag seiner Wasenstätte nicht mehr leben könne (SCHUHMANN 1964, S. 195).

Das organische Edikt von 1810 verbot dem Wasenmeister Sperger nun die Ausübung der Tierheilkunde ohne Approbation, wodurch ihm die Existenzgrundlage entzogen wurde. Daher sah Sperger sich in erster Linie aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, sein Gesuch um Zulassung zur tierärztlichen Praxis zu stellen. Beide Pfuscher hatten dabei die volle Unterstützung der Bevölkerung. Der Hufschmied Pallauf belegt dies mit seiner Aussage:

"Ich wies also die Leute ab,

wieder ab und wieder ab
 — allein es half nichts;
 man drang unwiderstehlich
 in mich, erklärte, lieber
 die Thiere kepiren /zu/ lassen,
 als sie Sporer übergeben
 zu wollen, der seiner Sache
 nicht gewachsen sei ..." (s. o. S. 128).

Einen Monat bevor der Hufschmied sein Gesuch an die Regierung des Unterdonaukreises richtete, war bereits der Pfarrer von Oberschneiding vor dem Straubinger Stadtmagistrat erschienen und hatte darum gebeten, daß der Hufschmied sein krankes Pferd weiterbehandeln dürfe. Im Falle des Wasenmeisters führten die Bürger sogar eine Unterschriftensammlung durch, in der sie sich in großer Mehrzahl für die Beibehaltung Spergers als Tierarzt aussprachen. Zusätzlich übersandten sie der Kreisregierung zwei Petitionen, in denen sie ebenfalls bitten,

"... daß uns überhaupt erlaubt werde, uns des Spergers als Thierarztes zu bedienen ..." (s. o. S. 120).

Die Bürger weisen in ihren Petitionen darauf hin, daß Sperger bereits seit 36 Jahren als "förmlich anerkannter Thierarzt" in Straubing tätig sei, das heißt, er besaß die offizielle Erlaubnis der churfürstlichen Regierung, Tiere zu behandeln. Ferner sei er der Sachverständige bei auftretenden Seuchen gewesen und mußte nach Visitationen den Polizeibehörden Bericht erstatten. Zusätzlich betonten sie noch einmal, daß Sperger aus der Tierheilkunde
 "... seinen Unter-

halt bisher fast gänzlich zog" (s. o. S. 124).

Spergers Stellung als offiziell anerkannter Tierarzt war kein Einzelfall. Als im Jahr 1732 in Kaufbeuren eine Seuche ausbrach, mußte der ansässige Scharfrichter und Wasenmeister Johannes Seitz vor dem Rat erscheinen und sein Gutachten abgeben. Auch im Jahr 1781 wurden beim Auftreten des Lungenbrandes erneut der Scharfrichter und der Metzger zur Berichterstattung vor den Rat gerufen (FUCHS 1955, S. 229 ff). In anderen Ländern herrschten ähnliche Verhältnisse. So finden sich in Baden-Württemberg bereits

1610 Hinweise darauf, daß Scharfrichter und Wasenmeister als gerichtliche Sachverständige in Gewährungsprozessen auftraten (HOLZHAUER 1935, S. 15). In Preußen war dies noch im 19. Jahrhundert der Fall, so daß der König von Preußen 1806 an die Regierung von Marienwerder einen Erlaß richtete, die Wasenmeister als gerichtliche Sachverständige nicht mehr zuzulassen. Die Gründe für dieses Verbot lagen nicht etwa in der mangelnden Qualifikation der Wasenmeister, sondern allein in der Tatsache, daß die Wasenmeister nach der Gerichtsordnung als unehrlich galten (l. c.).

In der Humanmedizin traten ebenfalls nicht approbierte Personen — Chirurgen und Hebammen — als gerichtliche Gutachter auf (FISCHER-HOMBERGER 1983, S. 53). Im Laufe des 18. Jahrhunderts wurden sie dann mehr und mehr von den approbierten Ärzten verdrängt (ebd., S. 52, 66).

Auch in der Schweiz wurden Wasenmeister als offizielle Tierärzte eingesetzt. HEINEMANN (1900, S. 12 f) berichtet, daß die Behörden von Bern 1775 bei einem Seuchenausbruch im Kanton Luzern ihre Scharfrichter unter der offiziellen Bezeichnung "unsere Viehärzte" zu Visitationen in die verseuchte Gegend schickten. Oft war die Übernahme einer Wasenmeisterei sogar an die Ausübung der Tierheilkunde gebunden (SCHUHMAN 1964, S. 195). So stellt 1790 die "Hochfürstliche Regierung und Hofkammer zu Donaueschingen" den Scharfrichter und Wasenmeister Ferdinand Seitler an, und teilt ihm in der "Instruction und Bestallungsurkunde" mit:

"Eine der Hauptanliegenheiten des Scharfrichters und Abdeckers ist es, sich in der Viehzergliederungs- und -Heilkunde die nothwendige Kenntniß zu verschaffen ..." (HOLZHAUER 1934, S. 77).

Um den Beweis für Spergers tierärztliche Fähigkeiten zu erbringen, weisen die Bürger in ihrer Petition vom 19. Dezember 1810 zusätzlich darauf hin, Sperger kurierte

"... Noch im vorigen Kriege ... baierische und französische Militärs-Pferde, weil kein anderer Thierarzt hier war, und er hat hierüber die schönsten Zeugnisse von baierischen und französischen Generälen und Offiziren producirt" (s. o. S. 126).

In dem genannten Krieg kämpften die Bayern unter Maximilian I. Joseph an der Seite der Franzosen gegen Österreich (CONRAD 1966,

S. 303).

Der Hufschmied Pallauf gibt an — ebenfalls zum Beweis seiner tierärztlichen Fähigkeiten —, daß er von den königlichen Institutionen als Tierarzt verwendet wurde. Er beruft sich außerdem darauf, daß er früher eine "Befugniß zur Heilung von Thierkrankheiten" besessen habe und daher nicht als Pfuscher angesehen werden könne. Etliche Pfuscher fühlten sich — ähnlich wie Pallauf — nicht nur zur Heilung von Tierkrankheiten berechtigt, sondern sie sahen in den aufgestellten Tierärzten sogar die Beeinträchtiger ihrer Gewerbe (GADERMANN 1833, S. 268). Der Hufschmied war mit seiner Annahme, es könne

"Nur der ...

mit Recht als Pfuscher angesehen werden, der nie berechtigt war, sich mit thierärztlicher Praxis abzugeben, und der diese Praxis nicht versteht" (s. o. S. 130),

im Unrecht. So erlaubte bereits 1808 das "organische Edict über das Medicinalwesen im Königreiche" nur noch denjenigen die

"... Ausübung eines Theiles der medicinischen Wissenschaften ... welche diesen Theil, den sie auszuüben gedenken, den dafür bestimmten Gesetzen genügend erlernt haben, aus denselben durch die von Uns noch zu ermächtigenden Stellen geprüft und von diesen, mittelst förmlich ausgestellter Zeugnisse, als tauglich anerkannt worden sind" (DÖLLINGER 1838a, S. 2).

Im gleichen Jahr wird auch der Begriff des medizinischen Pfuschers definiert. Darunter wurden

"... alle Individuen verstanden ... welche sich mit widerrechtlicher Ausübung irgend eines Zweiges der medizinischen Wissenschaften ... befassen" (DÖLLINGER 1847, I, S. 356).

Da Pallauf bis 1827 weder eine Tierarzneischule besucht hatte, noch eine Approbation besaß und sich aber trotzdem mit der Behandlung kranker Tiere beschäftigte, war nach vorstehender Definition die Bezeichnung Pfuscher korrekt.

Beide Bittsteller zeigen in ihren Gesuchen die Notwendigkeit eines zusätzlichen Tierarztes auf, indem sie darauf hinweisen, daß

die Gegend mit Tierärzten unterbesetzt sei. So sagt Pallauf 1827 aus,

"... daß
der Distrikt groß genug ist,
mir und Sporer Beschäftigung
zu liefern ..." (s. o. S. 131).

Und auch die Straubinger Bürger führen in ihrer Petition vom 19. Dezember 1810 an:

"... Der für den Thierarzt Hiermer angewiesene
District dürfte zu groß seyn, als daß ihn ein einzi-
ger Thierarzt versehen könnte" (s. o. S. 125).

Dieses Argument war glaubhaft, denn, wie bereits erwähnt, war die Viehzahl zu groß, als daß ein einziger Tierarzt alle Tiere versorgen konnte. Noch 1853 schreibt KREUTZER (S. 4):

"Die Zahl der bisher aufgestellten Thierärzte ist offenbar eine viel zu geringe, um den landwirthschaftlichen Bedürfnissen nach thierärztlicher Hilfe entsprechen zu können ... Dadurch nun, daß ein großer, ja der größte Theil der Landwirthe von dem Wohnsitze der Thierärzte viel zu weit entfernt ist, diese für gewöhnliche Fälle ohne allzugroßen Kostenaufwand herbeirufen lassen zu können, sind solche Landwirthe gezwungen, ihre kranken Thiere der Behandlung ihnen nahe wohnender gewöhnlicher Pfscher zu übergeben ..."

KREUTZER merkt folgerichtig an:

"Alle Bestrebungen, die thierärztliche Pfscherei auszurotten, werden so lange vergeblich bleiben, so lange die Anzahl der Thierärzte nicht auf eine solche Höhe gebracht wird, daß diese allein im Stande sind, alle nothwendige thierärztliche Hilfe selbst zu leisten" (l. c.).

Die Unterbesetzung der Gerichtsbezirke mit Tierärzten hatte zur Folge, daß den Bürgern in der Regel nur ein offiziell anerkannter und behördlich zugelassener Tierarzt zur Verfügung stand. Die Bevölkerung hatte keine Möglichkeit, zwischen mehreren anerkannten Tierärzten zu wählen. Dieser Mißstand ist für die Straubinger Bürger in ihrer Petition vom 16. Dezember 1810 Anlaß zur Kritik und sie fordern, es müsse jedem freistehen,

"... ärztliche Hilfe für sein krankes Pferd von
dem zu verlangen, welcher am meisten geübte
Kentniße in seiner Kunst besitzt, ohne desjenige/n/
sich bedienen zu müssen, gegen den man aus

Gründen gar keine Neigung und Zutrauen besitzt" (s. o. S. 122 f).

Diese verständliche Forderung nach freier Tierarztwahl war zunächst nicht zu erfüllen, da das organische Edikt von 1810 die Ausübung der Tierheilkunde nur approbierten Tierärzten gestattete, diese aber erst in relativ geringer Zahl vorhanden waren. Im Unterschied zu Bayern war in anderen Ländern die Ausübung der Tierheilkunde nicht ausschließlich approbierten Tierärzten überlassen. In Baden, Preußen und Württemberg war es den Tiereigentümern erlaubt,

"... ihre kranken Thiere durch ihre Dienstboten und andere Personen, zu welchen sie gerade Vertrauen haben, kuriren /zu/ lassen" (ADAM 1862, S. 35).

Gleichzeitig behielt man den approbierten Tierärzten die Behandlung seuchenkranker Tiere vor (ebd., S. 36). Aus Unkenntnis der Pfuscher wurden allerdings an einer Seuche erkrankte Tiere oft vorbehandelt und erst relativ spät an approbierte Tierärzte übergeben (l. c.). Es ist verständlich, daß diese Regelung eher zur Verbreitung einer Seuche beitrug als zu ihrer Bekämpfung.

Die von Ignatz Sperger und Stephan Pallauf geforderte Zulassung zur tierärztlichen Praxis wird abgelehnt. Im Fall des Scharfrichters und Wasenmeisters Ignatz Sperger teilt die Regierung des Unterdonaukreises mit,

"... daß seine

bey der allerhöchsten Stelle eingereichte Bitte um Bewilligung sich ferner mit Behandlung des kranken Viehes beschäftigen zu dürfen, in Gemäßheit des organischen Edikts über

das Veterinärwesen vom 1. Februar 1810 nicht statt habe" (s. o. S. 121).

Der Ablehnungsbescheid für den Hufschmied Stephan Pallauf ist im Gegensatz dazu in der Begründung wesentlich ausführlicher. Ein weiterer Unterschied zum Fall von Sperger liegt darin, daß nicht die Kreisregierung die Entscheidung fällt, sondern der Magistrat angewiesen wird,

"... hierin nach der allerrh. Verordnung vom 17. Decber 1825 § 55 von erster Instanz zu entscheiden ..." (s. o. S. 131).

Diese Verordnung überließ den Unterbehörden die Aufstellung der Tierärzte, wobei sie sich an die bestehenden Medizinalverordnungen zu halten hatten (DÖLLINGER 1847, I, S. 355). Dementsprechend stützt sich der Straubinger Magistrat in seiner Ablehnung in erster Linie auf das organische Edikt von 1810 und beschließt

"... die

Abweisung des Bittstellers

weil Pallauf die nach dem

Gesetze vom 1. Februar

1810 über das Veterinär-

wesen erforderl.

Thierarzneywissenschaftl.

Bildung nicht besitzt..." (s. o. S. 132).

Der Magistrat gibt zusätzlich an, daß

1. die Meinungen über Pallaufs tierärztliche Fähigkeiten geteilt seien,
2. Pallauf als Schmiedemeister sein ausreichendes Einkommen hätte, und
3. sich in Straubing bereits ein approbierter Tierarzt befände, so daß

"... dem allgemeinen Be-

dürfnisse ohnehin dadurch

gesteuert ist ..." (l. c.).

Mit diesen Entscheidungen hielten sich die Kreisregierung und der Magistrat streng an die bestehenden Gesetze. Die Ablehnung der Gesuche war – trotz der eindeutigen gesetzlichen Bestimmungen – keineswegs eine Selbstverständlichkeit. So beklagt sich KREUTZER 1853 (S. 33) bitter darüber, daß

"... Pfüscher förmlich lizenziert, gleichsam zu Thierärzten gemacht, ja zur Ausübung der Thierheilkunde, gleich den eigentlichen Thierärzten, autorisiert wurden ..."

Er führt weiter an, daß Pfüscher, obwohl sie von der Central-Veterinärschule als unfähig bezeichnet worden waren, anschließend mit "verordnungswidrigen Lizenzen" ausgestattet worden waren (ebd., S. 34). Schließlich beschreibt er sogar einen Fall,

"... in einem Landgerichte, in welchem e n d l i c h durchgesetzt wurde,

daß /durch/ die betreffende königliche Kreisregierung einem Wasenmeister eine beschränkende Lizenz zur Ausübung der Thierheilkunde erteilt wurde, bei der desfallsigen Bekanntmachung an die Gemeinden, dem ausdrücklichen hohen Auftrage entgegen, von dieser Beschränkung nicht die Rede war, und als bei einer späteren Veranlassung dieser Mißgriff zur höheren Kognition gelangte, sich das bezügliche Reskript weder in den Akten der Distrikts-Polizei-Behörde noch in denen des Physikates mehr vorfand ..." (l. c.).

Verordnungswidrige Lizenzen zur Ausübung der Tierheilkunde wurden auch in anderen Ländern vergeben. 1817 teilt die Regierung von Arnsberg (Nordrhein-Westfalen) mit, ein Scharfrichter hätte

"...seinen gänzlichen Mangel an aller erforderlichen Ausbildung ... schriftlich eingestanden ... Unbegreiflicher Weise ist ihm jedoch nachher von dem Professor der Thier-Heilkunde Fehr hierselbst das ... Zeugniß erteilt worden, daß er als Thierarzt nützlich sein könne" (PROEHNER 1933, S. 74).

Im gleichen Jahr hatte Fehr, der Professor und Vorsteher des Tierarzneiinstitutes in Münster war (l. c.), einem Schmied ein Fähigkeitszeugnis ausgestellt, obwohl er diesen Mann gar nicht selbst unterrichtet hatte (ebd., S. 77). Die von der Regierung in Münster angeordnete Prüfung durch den Kreisarzt fiel für den Schmied so schlecht aus, daß ihm die weitere Ausübung der Tierheilkunde verboten wurde (l. c.).

Die genannten Beispiele machen deutlich, daß sowohl in Bayern – wo durch das organische Edikt von 1810 eine eindeutige gesetzliche Regelung bestand –, als auch in anderen Ländern die Lizenzierung von Pfüschern durch die Behörden oder sonstige Personen keine Seltenheit war. Die Ursache lag größtenteils darin, daß die Behörden die – zweifelsohne existierende – Erfahrung vieler Pfüscher mit tierärztlichem Wissen gleichsetzten. Dies belegt auch die Aussage KREUTZERS (1853, S. 34), Laien seien nicht imstande,

"... die wahre und die falsche Erfahrung in ärztlichen Dingen zu sondern ..."

Der Wasenmeister Sperger und der Hufschmied Pallauf waren ebenfalls erfahrene und von der Bevölkerung und den Behörden geschätzte "Thierärzte". Daher ist um so bemerkenswerter, daß die zuständigen Behörden sich strikt an die bestehenden Gesetze hielten und die Gesuche um Zulassung zur tierärztlichen Praxis ablehnten

E. Diskussion

"Größer und nachtheiliger kann einmahl das Quacksalben in der Veterinärkunst nicht werden, als es schon wirklich ist: wo, bey allen Viehkrankheiten und Gebrechen, bey nahe bloß Schmide, Hirten und Abdecker, die nie eines gründlichen Unterrichtes genossen haben, gebraucht werden" (FRANK 1819, S. 90).

Die Feststellung FRANKs beschreibt zutreffend die Zustände in der Tierheilkunde und damit auch die Lage der Tierärzte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Kurpfuscherei war das weitverbreitetste Übel, dem sich die "wissenschaftlich" gebildeten Tierärzte ausgesetzt sahen. So stellen die Tierärzte Sporer und Obich im Zeitraum von 1803 bis 1854 insgesamt 31 Anzeigen gegen 13 verschiedene Pfuscher in Straubing. Davon waren 18 Fälle ergebnislos und wurden für die Bearbeitung der Akten ausgewählt. Von den bearbeiteten 18 Fällen werden die Anzeigen wegen der unberechtigten Vornahme von Kastrationen nicht von Straubinger Tierärzten, sondern von Tierärzten aus umliegenden Orten gestellt. Bei den Gesuchen um Zulassung zur tierärztlichen Praxis handelt es sich nicht um Anzeigen, sondern um Bittgesuche Straubinger Pfuscher, die ihre Tätigkeit von den Behörden autorisiert wissen möchten.

Die Gerichtsärzte waren bereits seit 1808 dazu angehalten, eine genaue Aufsicht über die in ihrem Bezirk tätigen medizinischen Pfuscher zu führen (DÖLLINGER 1847, I, S. 356). Aber erst 1873 wurde eine Statistik über die in Bayern tätigen Kurpfuscher herausgegeben, die jedoch keine Trennung von Mensch/Tierbehandlungen traf. Die ersten statistischen Erhebungen über die Zahl der in Bayern tätigen tierärztlichen Pfuscher stammen aus dem

Jahr 1898. Sie wird mit 448 angegeben. Im Jahr 1909 zählte man in Bayern nur noch 195 tierärztliche Pfuscher (CLÉMENT 1913, S. 12). Sicherlich waren diese Zahlen wesentlich höher anzusetzen, da die Reichsstatistik nur diejenigen Pfuscher erfaßte, die den Polizeibehörden bekannt waren (ebd., S. 13). Die Angaben beweisen aber dennoch, daß die Zahl der tierärztlichen Pfuscher rückläufig war. Dies lag zum einen daran, daß die Zahl der Tierärzte ständig zunahm, und zum anderen, daß die tierärztliche Versorgung auf dem Land durch eine verbesserte Infrastruktur erleichtert wurde.

Die Tierärzte Sporer und Obich berufen sich bei ihren Anzeigen auf das organische Edikt von 1810, das den approbierten Tierärzten Schutz vor Pfuschern durch die Behörden zusicherte. Der auslösende Faktor für die Beschwerden war die Existenzangst der Tierärzte, die durchaus berechtigt war, zumal die meisten Straubinger Pfuscher zusätzlich einem Beruf nachgingen und damit nicht auf die Einkünfte aus der Tierheilkunde angewiesen waren. Die Bearbeitung der Akten zeigt deutlich die Schwierigkeiten der Behörden auf, entgegen den seit Jahrhunderten bestehenden Gewohnheitsrechten der Pfuscher zu urteilen und die Tierärzte gemäß dem organischen Edikt vor Beeinträchtigungen ihrer Praxis zu schützen. Bayern war das einzige Land des späteren Deutschen Reiches, in dem Anfang des 19. Jahrhunderts bereits eine derartige Bestimmung bestand. So beschwert sich 1827 der preußische Tierarzt Adolph Hutloff, in seinem Bezirk seien derart viele Pfuscher tätig, daß er um Abhilfe bitten müsse (RIECK 1933a, S. 9). Im Gegensatz zu Sporer war er ausschließlich auf das Wohlwollen und die Einsicht der Behörden angewiesen, ohne rechtliche Ansprüche geltend machen zu können. Seine Bitte um eine Bestrafung der Pfuscher wurde daher auch abgelehnt. Drei Jahre später bewilligte man ihm ein Standgeld, damit er sich "nothdürftig ernähren" konnte (ebd., S. 12).

Die Angliederung Bayerns an das Deutsche Reich 1872 brachte den bayerischen Tierärzten dementsprechend zunächst einen Rückschritt. Während in Bayern das organische Edikt von 1810 den ap-

probierten Tierärzten die Behandlung kranker Tiere vorbehielt, erlaubte demgegenüber 100 Jahre später im Deutschen Reich das "Gesetz gegen Mißstände im Heilgewerbe" auch nicht approbierten Personen die Behandlung kranker Tiere. Die einzige Bedingung, die sie erfüllen mußten, war, ihr Gewerbe bei der zuständigen Behörde anzuzeigen (CLÉMENT 1913, S. 123). Eine rechtliche Grundlage – ähnlich dem organischen Edikt von 1810 –, sich gegen Pfuscher zu wehren, bestand 1910 nicht mehr.

Die Auswertung der Magistratsakten ergibt, daß das "Elend" vieler Tierärzte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts überwiegend durch die große Konkurrenz ansässiger Pfuscher bedingt wurde. Einer entfernt vergleichbaren – wenn auch keineswegs so dramatischen – Situation sehen sich die heutigen Tierärzte gegenüber, wo zwar nicht die Pfuscher, sondern die zunehmende Zahl der Tierärzte zu einem immer stärkeren Konkurrenzkampf führt. Nach einer "Statistik der Tierärzte in der Bundesrepublik Deutschland" vom 31. 12. 1984 arbeiteten 1984 in Deutschland 10 410 Tierärzte, von denen 2647 allein in Bayern tätig waren (SCHÖNE 1985, S. 246 f). Wenn man bedenkt, daß sich die Zahl der Studierenden von 592 im Jahr 1974 zehn Jahre später auf 1005 knapp verdoppelt hat (ebd., S. 249), wird verständlich, warum die bayrische Landestierärztekammer 1985 davor warnte, das Studium der Veterinärmedizin zu ergreifen (PSCHORN 1985, S. 506).

Die vorliegenden Magistratsakten aus Straubing sind als "Vorreiter" strafrechtlicher Bekämpfung der Kurpfuscherei anzusehen, denn auch im 20. Jahrhundert ist das Pfuschartum in der Veterinärmedizin noch keineswegs ausgerottet. So gründete der deutsche Veterinärerrat 1933 eine "Abteilung zur Bekämpfung der Kurpfuscherei und des Geheimmittelwesens", in deren Satzung die Abteilung sich verpflichtete,

"... die zur Überführung der Kurpfuscher erforderlichen Untersuchungen vorzunehmen oder zu veranlassen, Beweisunterlagen zu beschaffen ... und alle Fälle von Kurpfuscherei strafrechtlicher Verfolgung zuzuführen" (RIECK 1933, S. 4 f).

Anderen erschien die Abschaffung der nicht approbierten Tierheiler nicht als zwingend notwendig. CLÉMENT fordert noch 1913 (S. 89), daß man nur die Seuchenbehandlung den geschulten Tierärzten vorbehalten sollte.

F. Zusammenfassung

In der vorliegenden Arbeit werden Akten des Stadtmagistrats Straubing/Niederbayern über tierärztliche Puschereien ausgewertet.

Die Magistratsakten wurden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von Straubinger Stadtschreibern angefertigt. Die Akteninhalte werden aus deutscher Kurrentschrift in lateinische Schrift übertragen und nach rechtlichen, gesellschaftshistorischen und standespolitischen Kriterien beurteilt.

Sie richten sich gegen 13 verschiedene Personen, die im Zeitraum von 1803 bis 1854 wegen der Vornahme von Puschereien an Tieren angeklagt und zum Teil verurteilt wurden. Geahndet wurden folgende Fälle:

1. Unberechtigte Vornahme von Aderlässen an Tieren
2. Unberechtigte Vornahme von Kastrationen
3. Unbefugte Errichtung eines "Kurstalles"
4. Unberechtigte Vornahme von Eingüssen an Tieren

Die Verfahren wegen tierärztlicher Puschereien kommen – bis auf die Fälle wegen der unberechtigten Vornahme von Kastrationen und die Gesuche um Zulassung zur tierärztlichen Praxis – aufgrund von Anzeigen ansässiger Tierärzte beim Stadtmagistrat Straubing zustande. Die Antriebsfeder zur Beschwerde ist in allen Fällen die finanzielle Beeinträchtigung, die den Tierärzten durch die Tätigkeit der Puscherei entsteht, während eine mißlungene Therapie durch einen Puscherei nur selten erwähnt wird. Der Magistrat bemühte sich zwar, dem organischen Edikt von 1810 Genüge zu leisten und damit die Tierärzte vor Beeinträchtigungen ihrer kurativen Praxis durch Puscherei zu schützen, gleichzeitig verdeutlicht die milde Urteilssprechung aber, daß die Behörden die jahrhundertealte Tradition der Puscherei berücksichtigten.

Summary

Veterinary assessment of documents of the municipal council of Straubing concerning the unauthorized treatment of animals during the first half of the 19th century.

The thesis aims at an interpretation of documents of the Straubing municipal council in Low Bavaria/FRG dealing with the unauthorized treatment of animals.

These documents written by the Straubing municipal clerks in the first half of the 19th century have been transcribed from German running hand into Latin characters and been interpreted on the basis of legal, socio-historical, and professional criteria.

Between 1803 and 1854 complaints were made against 13 individuals who were accused of unauthorized treatment of animals and some of whom were convicted. The following offences were punished:

1. Unlawful blood-letting of animals
2. Unlawful gelding
3. Unlawful keeping of a veterinary stable
4. Unlawful execution of drenches

All cases against the unauthorized treatment of animals apart from those dealing with unlawful gelding and application for the license to practise veterinary medicine were started because of denunciations by local veterinary surgeons. In all cases the underlying motive for the complaint was the financial loss of the veterinary surgeon through the activities of the quacks. The unsuccessful treatment of animals is rarely the reason for a denunciation. The municipal council tried to comply with an edict of 1810 thus trying to prevent an impairment of the veterinary surgeons' curative functions. Nevertheless the light punishment for the offences shows that the council could not disregard the old established tradition of the unauthorized treatment of animals.

G. Index juristischer Fachbegriffe

Citiergebühr	Gebühr, die für die Vorladung eines Untertans erhoben wurde. Gemäß der Taxordnung vom 8. Oktober 1810 betrug die Gebühr 4 Kreuzer (DÖLLINGER 1839, S. 149).
Comparent	Der Gegenwärtige, der Erschienene (STEINS-DORFF 1833, S. 69).
Elaborat/ion/	Die Ausarbeitung (FREMDWÖRTERBUCH NEBST ERKLÄRUNG DER IN UNSERER SPRACHE VORKOMMENDEN FREMDEN AUSDRÜCKE 1831, S. 104).
Intercession	Die Verwendung, Vermittlung, Fürsprache (STEINS-DORFF 1833, S. 173).
Protocoll	Die schriftliche Vernehmung einer Partei (ebd., S. 246).
Protocollgebühr	Gebühr, die für die Anfertigung eines Protokolls zu entrichten war. Gemäß der Taxordnung vom 8. Oktober 1810 betrug die Gebühr 36 Kreuzer (DÖLLINGER 1839, S. 145).
Rekurs	Die Berufung auf eine höhere Behörde (UN-ENTBEHRLICHES FREMDWÖRTERBÜCHLEIN FÜR ALLE, WELCHE ZEITUNGEN UND ANDERE POLITISCHE SCHRIFTEN NICHT NUR LESEN, SONDERN AUCH VERSTEHEN WOLLEN 1865, S. 29).
Requisition	Das Ansuchen (ebd., S. 30)
Rubrum	Die Überschrift, das Gegenstandsverzeichnis der Akten (STEINS-DORFF 1833, S. 273).
Signaturtaxe	Gebühr, die für amtliche Ausfertigungen erhoben wurde. Gemäß der Taxordnung vom 8. Oktober 1810 betrug die Gebühr 30 Kreuzer (DÖLLINGER 1839, S. 147). Wahrscheinlich handelte es sich um Gebühren für die Unterzeichnung der Protokolle durch die Stadtschreiber.
Sporteln	Gebühren, die für öffentliche Handlungen der Justiz oder Verwaltung erhoben werden

Supplic

konnten (RUDHART 1827, S. 157).

Die Bittschrift, das schriftliche Gesuch
(STEINSORFF 1833, S. 296).

Vidimiren

Beglaubigen (UNENTBEHRLICHES FREMDWÖRTER-
BÜCHLEIN FÜR ALLE, WELCHE ZEITUNGEN UND
ANDERE POLITISCHE SCHRIFTEN NICHT NUR LE-
SEN, SONDERN AUCH VERSTEHEN WOLLEN 1865,
S. 34).

H. Literaturverzeichnis

- ADAM, Th.: Die Veterinär-Polizei mit Berücksichtigung der neuesten Gesetzgebungen. München 1862
- ANMERKUNGEN ZUM STRAFGESETZBUCH FÜR DAS KÖNIGREICH BAIERN, Bd. 1, München 1813
- BENEKE, O.: Von unehrlichen Leuten. Culturhistorische Studien und Geschichten aus vergangenen Tagen deutscher Gewerbe und Dienste. Berlin 1889
- BOJANUS, L.: Über den Zweck und die Organisation der Thierarzneischulen. Frankfurt 1805
- BOTHE, W.: Bäuerliche Tierheilkunde in Niederbayern. Eine Untersuchung im Gebiet Dingolfing, Straubing und Bogen. Diss. München 1970
- CLÉMENT, Hermann: Die strafrechtliche Bekämpfung der Kurpfuschei. Diss. Hannover 1913
- CLÉMENT, Horst: Das bayerische Gemeindeedikt vom 17. Mai 1818. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland. Diss. Kassel 1934
- CONRAD, H.: Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. 2: Neuzeit bis 1806. Karlsruhe 1966
- DÖLLINGER, G.: Repertorium der Staats-Verwaltung des Königreichs Baiern, Bd. 1: Staats- und Lehenrechtliche Gegenstände. München 1813
- DÖLLINGER, G.: Repertorium der Staats-Verwaltung des Königreichs Baiern, Bd. 5: Polizey-Gegenstände. München 1816
- DÖLLINGER, G.: Repertorium der Staats-Verwaltung des Königreichs Baiern, Bd. 6: Polizei- Gegenstände. München 1817
- DÖLLINGER, G.: Sammlung der im Gebiete der inneren Staats-Verwaltung des Königreichs Bayern bestehenden Verordnungen, Bd. 2/3,4: König und königliche Familie, und Organisation der Verwaltungsstellen und Behörden. München 1835
- DÖLLINGER, G.: Sammlung der im Gebiete der inneren Staats-Verwaltung des Königreichs Bayern bestehenden Verordnungen, Bd. 12/12,13: Heimat, Ansässigmachung und Verehelichung, dann das Armenwesen enthaltend. München 1837

- DÖLLINGER, G.: Sammlung der im Gebiete der inneren Staats-Verwaltung des Königreichs Bayern bestehenden Verordnungen, Bd. 14/3: Gewerbswesen. München 1838
- DÖLLINGER, G.: Sammlung der im Gebiete der inneren Staats-Verwaltung des Königreichs Bayern bestehenden Verordnungen, Bd. 15/16: Medicinalwesen. München 1838a
- DÖLLINGER, G.: Sammlung der im Gebiete der inneren Staats-Verwaltung des Königreichs Bayern bestehenden Verordnungen, Bd. 19/19,20: Organe öffentlicher Bekanntmachungen; dann Tax- und Stempel-Gefälle, Etats- und Rechnungswesen enthaltend. München 1839
- DÖLLINGER, G.: Das Medicinalwesen in Bayern, die desfalls bestehenden Anstalten und die seit dem Jahre 1616 bis auf die neueste Zeit erlassenen, noch in Kraft bestehenden Anordnungen, 2 Bde. Erlangen 1847
- ECKEL, G. F.: Ueber den Nutzen und die Wichtigkeit der Thierheilwissenschaft. Nebst einer kurzen geschichtlichen Darstellung derselben. Wien 1823
- ERXLEBEN, H.-S.: Die Entwicklung des klinischen Unterrichtes an der Tierarzneischule in München von der Gründung 1790-1890. Diss. München 1956
- FISCHER-HOMBERGER, E.: Medizin vor Gericht. Gerichtsmedizin von der Renaissance bis zur Aufklärung. Bern, Stuttgart, Wien 1983
- FRANK, J. P.: System einer vollständigen medicinischen Polizey, Bd. 6/3: Von der Vieharzneykunde; von der Prüfung und Bestätigung der Heilkünstler. Wien 1819
- FREMDWORTERBUCH NEBST ERKLÄRUNG DER IN UNSERER SPRACHE VORKOMMENDEN FREMDEN AUSDRÜCKE. Vierzehnte, stark vermehrte Auflage. Verlag Otto Wigand. Leipzig 1831
- FREUNDORFER, W.: Straubing, Landgericht, Rentkastenamt und Stadt. Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern 32, München 1974
- FROEHNER, E.: Lehrbuch der Gerichtlichen Tierheilkunde. Berlin 1905
- FROEHNER, R.: Materialien zu einer tierärztlichen Standesgeschichte. Vet-hist. Mitt. 8, 29-32 (1924), 1, 1-4, 3, 11f, 7, 25-28, 8, 30-32, 9, 34-36, 11, 41-44 (1925), 2, 7f, 3, 9-12, 4, 14-16 (1926), 1, 1-4, 3, 9-12, 4, 13-16, 5, 17-20 (1927)
- FROEHNER, R.: Akten zur Geschichte des tierärztlichen Unterrichts

- in Münster. Vet. hist. Mitt. 9, 73-78 (1933)
- FROEHNER, R.: Kulturgeschichte der Tierheilkunde, Bd. 2: Geschichte des deutschen Veterinärwesens. Konstanz 1954
- FUCHS, A.: Geschichte des Gesundheitswesens der freien Reichsstadt Kaufbeuren. In: Allgäuer Heimatbücher, Bd. 54, Kempten 1955
- GADERMANN, J.: Wie können auch minderwohlhabende Gegenden mit Tierärzten besetzt werden? In: WEIDENKELLER, J. J. (Hrsg.): Jahrbuch der praktisch- polizeilichen- und gerichtlichen Tierheilkunde von und für Bayern, 264-271, Nürnberg 1833
- HAHN, C. und F. VIANDT: Geschichte der K. B. Zentral-Tierarzneischule München 1790 bis 1890. Festschrift zur Centenarfeier. München 1890
- HÄRTL, J.: Die Entwicklung des Berufsstandes der beamteten Tierärzte in Bayern. Historia Medicinae Veterinariae 1/1, 11-18 (1976)
- HEINEMANN, F.: Die Henker und Scharfrichter als Volks- und Viehärzte seit Ausgang des Mittelalters. Schweizerisches Archiv für Volkskunde 4, 1-6, Zürich 1900
- HERMANN, F. B. W. VON: Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern, Bd. 1: Bevölkerung. München 1850
- HERMANN, F. B. W. VON: Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern, Bd. 6: Viehstand nach den Erhebungen von 1810, 1840, 1844 und 1854. München 1855
- HIMMELSTOSS, L.: Die zivilrechtliche Haftung bei Vornahme von Kastrationen. Münchn. Tierärztl. Wschr. 12, 213-215, 13, 229- 235, 14, 249-255, 15, 267-270 (1917)
- HOLZHAUER, F.: Der Scharfrichter von Engen als Tierheiler. Vet. hist. Mitt. 10, 77f (1934)
- HOLZHAUER, F.: Der Scharfrichter von St. Blasien als Tierheiler. Vet. hist. Mitt. 2, 14-16 (1935)
- INSTRUCTION ÜBER DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG DER MAGISTRATE IN DEN STÄDTEN UND MÄRKTEN. In: Verordnungen über Gemeindliche Verhältnisse. Königliche Vorschriften über die Geschäftsführung der Magistrate im Königreiche Bayern, 4-23, Nürnberg 1818
- KEYSER, E. und H. STOOB (Hrsg.): Bayerisches Städtebuch, Bd. 2.

- Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1974
- KNAB, W.: Tierärztliche Standesfragen in Bayern während des 19. Jahrhunderts. Diss. München 1957
- KÖRBER, F. X.: Die unerfreuliche Lage der Thierärzte und ihre Abhülfe. Magazin f. d. ges. Thierheilkunde 4, 389-406 (1848)
- KOLB, G.: Die Herstellung medizinischer Topographien und Ethnographien, hier Topographie und Ethnographie des kgl. Landgerichtsbezirkes Straubing. Straubing 1859
- KREUTZER, J. M.: Ueber den Zustand der Civil-Thierärzte in Bayern. Münchener-Conversations-Blatt 318, 1279, 319, 1282f, 320, 1286f (1832)
- KREUTZER, J. M.: Abhandlung über den Werth, die Selbstständigkeit und den Umfang der Thierheilkunde, die Lage des Veterinär-Wesens, so wie die Nothwendigkeit und Art und Weise der Verbesserung derselben. Augsburg 1834
- KREUTZER, J. M.: Die Reorganisation des Veterinärwesens in Bayern. Erlangen 1853
- KRUMBHOLTZ, R.: Die Gewerbe der Stadt Münster bis zum Jahre 1661. In: Publicationen aus den k. Preußischen Staatsarchiven, Bd. 70. Leipzig 1898
- LÜDERS, L.: Schweineschneider-Bestallung anno 1620. Vet'hist. Mitt. 8, 64f (1932)
- LUTZE, G.: Das Roßarzneibuch des Walter von Nitzschwitz 1583. Diss. Berlin 1932
- MATUSCHKA, M. GRAF VON: Achilleische Bestallung eines fränkischen Schweineschneiders aus dem Jahre 1472. Sudhoffs Archiv, 67/1, 117-122 (1983)
- MOY, E. VON: Lehrbuch des bayerischen Staatsrechts, Bd. 1: Verfassungsrecht. Regensburg 1840
- MÜNICH, J.: Vier Generationen Tierärzte. Vet'hist. Mitt. 1, 4-6, 3, 20-22 (1936)
- NIDA, S. DR. VON: Der "Tierarzt" im 18. Jahrhundert. Berl. Tierärztl. Wschr. 29, 493f (1934)
- PLANK, J.: Almanach für wissenschaftlich-gebildete Thierärzte. Auf das Jahr 1835. München 1834
- PSCHORN, G.: Warnung vor dem Studium der Veterinärmedizin. Deutsches Tierärzteblatt 7, 506 (1985)

- REDER, A.: Ueber die Nothwendigkeit des Studiums der Thierarzneykunde. In: WEIDENKELLER, J. J. (Hrsg.): Jahrbuch der praktisch-polizeilichen- und gerichtlichen Thierheilkunde von und für Bayern, 261-263, Nürnberg 1833
- RIECK, W.: Zur Einführung. Berichte des Deutschen Veterinärrats. Abteilung zur Bekämpfung der Kurpfuscherei und des Geheimmittelwesens 1, 1-6 (1933)
- RIECK, W.: Zur Bekämpfung der Kurpfuscherei in Mecklenburg-Strelitz. Berichte des Deutschen Veterinärrats. Abteilung zur Bekämpfung der Kurpfuscherei und des Geheimmittelwesens 2, 9-13 (1933a)
- RUDHART, I.: Ueber den Zustand des Königreichs Baiern, Bd. 1. Stuttgart/Tübingen 1825
- RUDHART, I.: Ueber den Zustand des Königreiches Bayern, Bd. 3: Die Finanzverwaltung, Rechtspflege und die Kriegsanstalten des Königreichs Bayern. Erlangen 1827
- RYSS, A.: Gerichtliche Thier-Arzneykunde zum Behuf veterinärischer Vorlesungen, und für Gerichtsärzte. Würzburg 1808
- SCHMALTZ, R.: Entwicklungsgeschichte des tierärztlichen Berufes und Standes in Deutschland. Berlin 1936
- SCHMITT, H.: Der Werdegang der bayerischen Tierärzte. Münchn. Tierärztl. Wschr. 38, 697-704, 39, 717- 725 (1913)
- SCHÖNE, R. und U. ULRICH: Statistische Untersuchungen über die Tierärzteschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Deutsches Tierärzteblatt 4, 245-250 (1985)
- SCHRADER, G. W.: Castration einer Frau durch einen Schweineschneider. Magazin f. d. ges. Thierheilkunde 1, 142f (1858)
- SCHUHMAN, H.: Der Scharfrichter. Seine Gestalt — seine Funktion. Kempten 1964
- SCHULZ, F. E.: Die Entwicklung der Abdeckerei in Deutschland. Diss. Erlangen 1910
- STANGASSINGER, M.: Schematismus der Civil- und Militär-Thierärzte Bayerns. München 1849
- STEINBERGER, A.: Die Neuerungen des Polizeitierarztes Dr. Michael Stangassinger. Ein Beitrag zur Entwicklung der Fleisch- und Lebensmittelhygiene in München in der Mitte des 19. Jahrhun-

- derts. Diss. München 1967
- STEINSDORFF, J. A.: Wörterbuch zur Erklärung der in der Gerichtssprache vorkommenden eigenthümlichen Ausdrücke und Wörter in fremden Sprachen, nebst einem Anhang, enthaltend die Erklärung mehrerer im Geschäftsstyl üblichen deutschen Ausdrücke. Berlin 1833
- STRAUBINGER TAGBLATT, 17f (15. 11. 1979)
- STRAUSS, F. VON: Fortgesetzte Sammlung der im Gebiete der inneren Staats-Verwaltung des Königreichs Bayern bestehenden Verordnungen von 1835 bis 1852, NF. Bd. 10/16: Medicinalwesen. München 1854
- STÜMPFLER, H.: Die Kenntnisse des tierischen Körpers bei Aristoteles unter besonderer Berücksichtigung der Veterinärchirurgie. Beitrag zur Geschichte der Tierheilkunde. Diss. München 1925
- STURM, A.: Das Oberaltaicher Wirtschaftsbuch von 1754. Jahresber. d. hist. Vereins f. Straubing und Umgebung 36, 17- 98, Straubing 1934
- TÄTIGKEIT DER TIERÄRZTE VOR 75 JAHREN. Münchn. Tierärztl. Wschr. 14, 211 (1927)
- UNENTBEHRLICHES FREMDWÖRTERBÜCHLEIN FÜR ALLE, WELCHE ZEITUNGEN UND ANDERE POLITISCHE SCHRIFTEN NICHT NUR LESEN, SONDERN AUCH VERSTEHEN WOLLEN. Druck und Verlag von J. Dietz. Karlstadt am Main 1865
- VERFASSUNG UND VERWALTUNG DER GEMEINDEN IM KOENIGREICHE BAIERN, München 1818
- VOLKERT, W.: Das System der Staats- und Kommunalverwaltung in Bayern zwischen 1799 und 1866. In JESERICH, K. G. A., H. POHL u. G. C. VON UNRATH (Hrsg.): Deutsche Verwaltungsgeschichte 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des deutschen Bundes, 511-550. Stuttgart 1983
- VOLKERT, W.: Innere Verwaltung. In: VOLKERT, W. (Hrsg.): Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799-1980, 30-108, München 1983a
- WALCH, C.: Darstellung des Veterinär-Wesens in den einzelnen deutschen Staaten. In administrativer und ökonomischer Hin-

sicht historisch erörtert. o. O. 1836

WOCHENSCHRIFT FÜR THIERHEILKUNDE UND VIEHZUCHT 33/34, 273f (1872)

WOLSTEIN, J. G.: Anmerkungen über das Aderlassen bei Menschen
und Tieren. Wien 1791

ZWEHL, K. VON und S. BOEHNKE (Hrsg.): Aufbruch ins Industriezeit-
alter, Bd. 3, 127, München 1985

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich für die freundliche Aufnahme sowie für die hilfsbereite Unterstützung bedanken, die ich am Institut für Palaeoanatomie, Domestikationsforschung und Geschichte der Tiermedizin erfuhr.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Joachim BOESSNECK für die Annahme des Themas.

Herrn Dr. J. SCHAFFER danke ich herzlich für die laufende sorgfältige Betreuung der Arbeit.

Für die Unterstützung bei der Klärung juristischer Fachbegriffe danke ich besonders Frau Dr. M. KRIECHBAUM und Herrn H. GRZIWOZ vom Institut für Bayerische Rechtsgeschichte.

Danken möchte ich auch Frau I. ROHRMAYER vom Straubinger Stadtarchiv für die Überlassung der Akten in Form von Fotokopien.

Lebenslauf

Am 20. März 1958 wurde ich, Doris Margrit Raudonat, in Berlin als Tochter des Polizeioberkommissars Klaus Raudonat und der Lehrerin Lieselotte Raudonat, geborene Rogalla, geboren. Von 1965-1969 besuchte ich die Christoph-Földerich Grundschule, die 1967 in Grundschule am Weinmeisterhorn umbenannt wurde. Von 1969 bis 1971 war ich Schülerin der Konkordia-Grundschule, seit 1971 besuchte ich das Kant-Gymnasium in Berlin, an dem ich 1977 die Reifeprüfung ablegte. 1978 begann ich das Studium der Veterinärmedizin an der Freien Universität Berlin, wo ich 1984 die Tierärztliche Prüfung bestand.

The first part of the book is devoted to a general introduction to the subject of the history of the English language. It begins with a discussion of the origin of the English language, and then proceeds to a description of the various dialects which have been spoken in England from the earliest times to the present day. The second part of the book is devoted to a detailed account of the history of the English language from the time of the Norman Conquest to the present day. It begins with a description of the state of the English language in the twelfth century, and then proceeds to a description of the various changes which have taken place in the language since that time. The third part of the book is devoted to a description of the various dialects which have been spoken in England from the earliest times to the present day. It begins with a description of the state of the English language in the twelfth century, and then proceeds to a description of the various changes which have taken place in the language since that time. The fourth part of the book is devoted to a description of the various dialects which have been spoken in England from the earliest times to the present day. It begins with a description of the state of the English language in the twelfth century, and then proceeds to a description of the various changes which have taken place in the language since that time.

